IMAP
Change &
Culture

Situations- und Ressourcenanalyse

Partnerschaft für Demokratie

Recknitz-Trebeltal-Gemeinden

18. September 2026

Im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie Recknitz-Trebeltal Gemeinden, vertreten durch die Stadt Marlow

Gefördert vom

Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Partnerschaft für Demokratie

RECKNITZ-TREBELTAL-GEMEINDEN
gemeinsam erleben

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Autorinnen und Autoren dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

IMAP

Inhalt

1. Einleitung 5

2. Methodisches Vorgehen 7

2.1 Ablauf der Analyse 8

3. Situationsanalyse: Faktoren, die den Raumkontext maßgeblich prägen 10

3.1 Einwohnerzahl & Fläche 10

3.2 Demografische Entwicklung 13

3.3 Wirtschaftliche Situation 17

3.4 Wahlverhalten & Politische Einstellungsmuster 20

3.5 Jugendliche und politische Bildung 25

3.6 Politisch motivierte Kriminalität 27

4. Spezifische Problemlagen 30

4.1 Qualitative Analyse 30

4.1.1 Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteure, Amtsträger:innen und/oder andere Akteur:innen in den letzten drei Jahren 30

4.1.2 Ungleichwertigkeitsideologien und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 30

4.1.3 Hemmende Faktoren: Kommunikation, Förderzugang und Vernetzung 31

4.1.4 Welche Probleme sind besonders gravierend, welche haben Priorität? 32

5. Ursachen 34

5.1 Kontext- und Rahmenbedingungen 34

5.2 Mittelfristige Entwicklungsszenarien 36

6. Analyse der Ressourcen, Bedarfe, Potenziale 38

6.1 Zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Netzwerke 38

6.2 Kommunalpolitische Akteur:innen und Institutionen 41

6.3 Sektorübergreifende Kooperation 44

6.4 Unterstützungsbedarfe und Schutzangebote 46

6.5 Überregionale Vernetzung 48

6.6 Ansätze & Formate 48

6.7 Möglichkeiten der Partizipation und demokratischen Gestaltung 50

7. Fazit und Handlungsempfehlungen 54

7.1 Gesamteinordnung 54
7.2 Strategische Kernbefunde und Handlungsempfehlungen 55
8. Literaturverzeichnis 63

1. Einleitung

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ erhalten Städte, Gemeinden und Landkreise mit lokalen **Partnerschaften für Demokratie** (PfD) Unterstützung bei der Erarbeitung und Umsetzung von Handlungskonzepten zur Förderung von Demokratie und Vielfalt und gegen Extremismus.

Konkret sollen über die PfD zivilgesellschaftlich und demokratisch aktive Menschen und Organisationen, die sich in ihrem kommunalen Umfeld für die Demokratie engagieren, gestärkt und vernetzt werden. Für dieses Ziel arbeiten Verantwortliche und engagierte Personen aus der Kommunalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft partnerschaftlich daran, eine lebendige und vielfältige Demokratie vor Ort sowie eine Kultur der Kooperation, des respektvollen Miteinanders, der gegenseitigen Anerkennung und der Unterstützung zu stärken.

Im Jahr 2026 beauftragte die PfD der Recknitz-Trebeltal-Gemeinden[1] das IMAP Institut mit der Erstellung einer detaillierten Situations- und Ressourcenanalyse für ihren Sozialraum. Die Analyse zielt darauf ab, in einem strukturierten und evidenzbasierten Verfahren die aktuellen Herausforderungen im Kontext von Demokratieförderung, Beteiligung und Vielfalt zu ermitteln, die lokale Situation in Bezug auf relevante Themenfelder (wie demokratiefeindliche Vorfälle, politische Einstellungen und sozialräumliche Gegebenheiten) darzustellen sowie vorhandene Ressourcen und mögliche Potenziale zu identifizieren.

Die Durchführung erfolgt in enger Abstimmung mit relevanten lokalen Schlüsselakteur:innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik, um ein tiefes Verständnis zu gewährleisten und eine fundierte Grundlage für die strategische Weiterentwicklung und die Ableitung zielführender Maßnahmen der PfD der Recknitz-Trebeltal-Gemeinden zu schaffen.

Die Analyse basiert auf einer Dokumentenrecherche relevanter Daten und Publikationen (z. B. Sozialdatenberichte, Förderanträge und Polizeiliche Kriminalstatistiken) sowie dem Fachwissen und den Einschätzungen von Fachkräften und Expert:innen aus der Region. Sie fokussiert die spezifischen Problemlagen vor Ort, unterstützt ein koordiniertes Vorgehen bei der gemeinsamen Entwicklung von Handlungskonzepten und Strategien, vernetzt Akteur:innen der Demokratieförderung und stärkt die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit. Diese Arbeit schafft eine strategische Grundlage für die PfD Recknitz-Trebeltal-Gemeinden, auf deren Basis weitere Schritte zur nachhaltigen Förderung von Demokratie, Beteiligung, Vielfalt und zivilgesellschaftlichem Engagement zielgerichtet ausgerichtet und zukünftige Schwerpunkte gesetzt werden können.

Zu Beginn wird das methodische Vorgehen dargestellt. Hier wird insbesondere der Ablauf der Datensammlung, die Datenquellen (Dokumentenanalyse, Expert:innen-Interviews) sowie der Ablauf der Analyse erläutert. Kapitel 3 umfasst die Situationsanalyse für die Recknitz-Trebeltal-Gemeinden. Näher beleuchtete Themen hierbei sind: die demographische Entwicklung, die wirtschaftliche Situation, politische Einstellungsmuster, Wahlverhalten, politisch motivierte Kriminalität sowie die

[1] Die Partnerschaft für Demokratie umfasst bislang die Stadt Marlow, das Amt Recknitz-Trebeltal und die Gemeinde Wittenhagen. Ab 2027 wird das Fördergebiet um das Amt Miltzow mit den Gemeinden Sundhagen, Wittenhagen und Elmenhorst erweitert.

Lage von Jugendlichen in Bezug auf politische Bildung und eine gesamthafte Betrachtung der sozialräumlichen Gegebenheiten.

Anschließend werden spezifische Problemlagen der Recknitz-Trebeltal-Gemeinden beschrieben (Kapitel 4). Dazu zählen insbesondere: demokratiefeindliche und extremistische Vorfälle sowie die Verteilung dieser über verschiedene Sozialräume, Einschätzung von Akteur:innen, die mit den Herausforderungen konfrontiert sind und handlungserschwerende Faktoren. Kapitel 5 widmet sich anschließend den möglichen Ursachen. Kapitel 6 richtet den Blick sowohl auf die vorhandenen Ressourcen zur Bearbeitung der Problemlage vor Ort als auch auf die Unterstützungsbedarfe. Der Bericht wird mit einem Fazit über die Problemlagen und Bedarfe (Kapitel 7) geschlossen.

Über den gesamten Bericht hinweg ergänzen die Einschätzungen von Expert:innen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung vor Ort die Ergebnisse der Dokumenten- und Datenanalyse, um eine lokale Beschreibung der Situation zu gewährleisten.

2. Methodisches Vorgehen

Der methodische Fokus der Situations- und Ressourcenanalyse liegt auf einer triangulierten Vorgehensweise, die eine fundierte quantitative Datenbasis mit einer qualitativen Untersuchung der bestehenden Förder- und Beteiligungsstrukturen der Partnerschaft für Demokratie (PfD) verknüpft. Eine enge Abstimmung mit dem federführenden Amt zu dem Vorgehen und den inhaltlichen Schwerpunkten stand am Beginn des Prozesses. Zu diesem Zwecke fand in der Mitte des Jahres 2026 ein digitales Treffen mit dem federführenden Amt statt, bei dem das Vorgehen zur Erstellung der Situations- und Ressourcenanalyse abgesprochen sowie erste Themen und aktuelle Problemlagen in den Recknitz-Trebeltal-Gemeinden für die Analyse abgestimmt wurden.

Diese wurden gesammelt und mit Datenquellen zu einem Analyseraster verknüpft und in Abstimmung mit der Koordinierungs- und Fachstelle zu folgenden Themenschwerpunkten des Berichts festgelegt:

- Analyse von demokratiefeindlichen Tendenzen
- Förderung von Vielfalt, (Jugend-) Beteiligung und demokratischer Teilhabe
- Identifikation von Handlungsfeldern und möglichen Projektansätzen.

Die Beschreibung der Ist-Situation basiert zunächst auf einer detaillierten Auswertung von Sozial-, Demografie- und Sicherheitsdaten. Hierbei konzentriert sich die Analyse auf die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), auf den Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 2025, das Regionale Lagebild des Regionalzentrums, die LOBBI-Jahresstatistik, den DIA.MV-Jahresbericht, Daten des Statistischen Amtes M-V, den Wegweiser Kommune sowie Förderanträge und Projektdokumentationen sowie Veröffentlichungen des Bundesinnenministeriums, um die Altersstruktur, Migrationsanteile und soziale Lagen abzubilden. Ein besonderes Augenmerk gilt außerdem der Beteiligungskultur im Landkreis: Neben der Reichweitenanalyse (z. B. Nichterreichen demokratieskeptischer Zielgruppen) wird die Partizipation der Jugendlichen analysiert, um wahrgenommene Defizite in Beteiligungsstrukturen zu skizzieren.

Darauf aufbauend wird in der Ressourcenanalyse die Identifikation unerschlossener Themenfelder und ungenutzter Ressourcen innerhalb der bestehenden (PfD-) Strukturen vor Ort im Fokus

stehen. Hier wird das Ziel sein, vom Bedarf her zu schauen und verdeckte Themen- sowie Problemfelder vor Ort sichtbar zu machen.

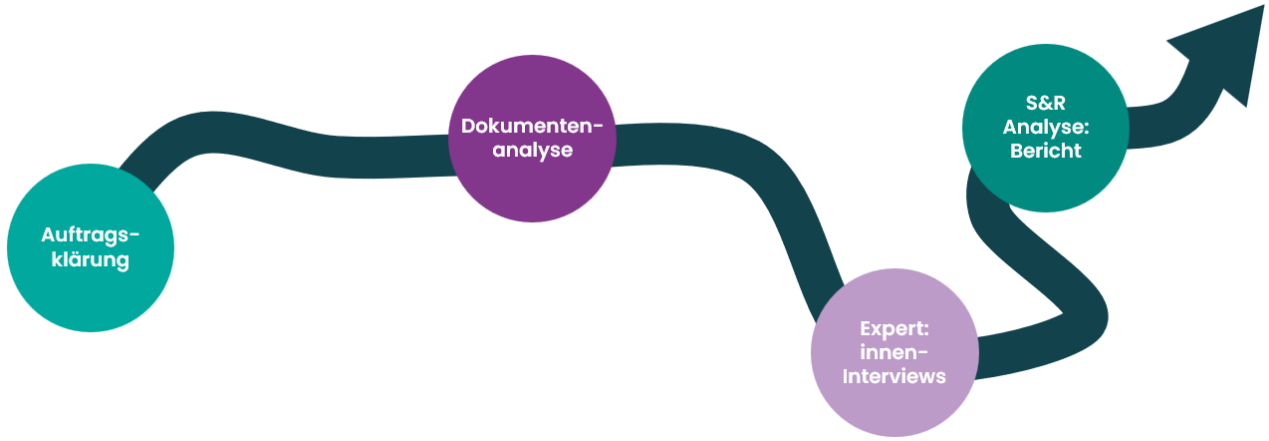

Abbildung 1: Methodisches Vorgehen

Nach der Auftragsklärung wurden, neben der Dokumentenanalyse, fünf Online-Einzelinterviews mit Schlüsselakteur:innen aus Zivilgesellschaft, Sozialarbeit und Kommunalpolitik geführt, um die Erkenntnisse der Analyse zu kontextualisieren und zu erweitern.

Wörtliche Zitate aus den Interviews werden in dieser Analyse in grünen Kästen dargestellt.

Die Interviews thematisieren dabei u.a. die Schwierigkeiten der **Mobilität im ländlichen Raum**, die **bürokratischen Hürden der Förderlandschaft** und die Notwendigkeit, **echte Selbstwirksamkeit** für Jugendliche zu schaffen, anstatt Beteiligung nur zu simulieren. Dieses mehrperspektivische Analysedesign mit der Einbindung unterschiedlicher lokaler Akteur:innen stellt sicher, dass verschiedene Perspektiven auf die Situation, Problemlagen und Ressourcen vor Ort abgebildet und dadurch ganzheitliche Ableitungen getroffen werden können. Im Folgenden werden die Datenquellen gesamthaft dargestellt und mit dem Ablauf der Analyse verknüpft, um das Design des Analyserasters detailliert zu erläutern.

2.1 Ablauf der Analyse

Die Durchführung der Situations- und Ressourcenanalyse erfolgt in einem mixed-method Ansatz, der quantitative Datenanalysen mit qualitativen Erhebungsmethoden verzahnt. Dieser Prozess gliedert sich in drei aufeinanderfolgende Phasen, um zunächst eine fundierte Datengrundlage zu schaffen, diese anschließend durch Expertenwissen zu kontextualisieren und schließlich in handlungsorientierte Strategien zu überführen.

Im ersten Schritt erfolgt die Erfassung der Ausgangslage durch eine umfassende Dokumentenanalyse und Online-Recherche. Hierbei wird der Raumkontext untersucht, indem demografische Entwicklungen, die wirtschaftliche Situation sowie politische Einstellungsmuster, das Wahlverhalten und die politische Bildung von Jugendlichen anhand von Quellen wie dem Zensus, Arbeitsmarktberichten oder dem *Deutschland Monitor* analysiert werden. Parallel dazu widmet sich die Recherche den spezifischen Problemlagen vor Ort, indem Berichte zu demokratiefeindlichen

und extremistischen Vorfällen sowie Ungleichwertigkeitsideologien ausgewertet werden. Dieser Teil wird in der aktuellen Situationsanalyse abgedeckt. Die Situationsanalyse der Recknitz-Trebeltal-Gemeinden dient somit der Analyse der Gegebenheiten vor Ort.

Darauf aufbauend werden im zweiten Schritt qualitative Erhebungen durchgeführt, um die Rechercheergebnisse zu qualifizieren und ein Tiefenverständnis für die lokalen Gegebenheiten zu entwickeln. In diesem Rahmen finden fünf leitfadengestützte Interviews mit einer Dauer von jeweils etwa einer Stunde statt. Zielgruppe dieser Gespräche sind Schlüsselakteur:innen aus der Zivilgesellschaft und Verwaltung. Inhaltlich fokussieren sich die Interviews auf die Identifikation von Ursachen und Kontextbedingungen der Problemlagen sowie auf die Erfassung der bestehenden Akteurslandschaft, der Kooperationsstrukturen und der spezifischen Unterstützungsbedarfe. Darüber hinaus geben die Expert:innen ihre Einschätzungen zu den Lebenswelten ihrer relevanten Zielgruppen, z. B. Jugendliche.

Die dritte Phase umfasst die interne Auswertung und Synthese der erhobenen Daten. Dabei werden die quantitativen Indikatoren mit den qualitativen Aussagen aus den Interviews zusammengeführt, um Probleme und Ressourcen gegeneinander abzuwägen und zu gewichten. Im Sinne einer Triangulation der Daten, kontextualisieren die Aussagen der Expert:innen die quantitativen Befunde, um diese an die Situation vor Ort auszurichten.

3. Situationsanalyse: Faktoren, die den Raumkontext maßgeblich prägen

3.1 Einwohnerzahl & Fläche

Das Amt Recknitz-Trebeltal und die amtsfreie Stadt Marlow liegen im westlichen beziehungsweise südwestlichen Teil des Landkreises Vorpommern-Rügen, östlich der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Das Amtsgebiet erstreckt sich entlang der Niederungen von Recknitz und Trebel und grenzt unter anderem an den Landkreis Rostock, das Amt Ribnitz-Damgarten und das Amt Franzburg-Richtenberg. Marlow schließt nördlich an das Amtsgebiet an. Beide Gebiete bilden einen ländlich geprägten Übergangsraum zwischen dem Großraum Rostock, dem vorpommerschen Binnenland und der südlichen Ostseeregion.[2] Naturräumlich werden sie wesentlich durch die Niederungen, Moor- und Feuchtgebiete sowie die landwirtschaftlich geprägten Flächen entlang der Flüsse Recknitz und Trebel bestimmt. Im Marlower Stadtgebiet sind das untere Recknitztal sowie das Große Moor bei Dänschenburg als Naturschutzgebiete ausgewiesen.

Das Amt Recknitz-Trebeltal entstand 2004 durch den Zusammenschluss der bis dahin eigenständigen Ämter Bad Sülze, Trebeltal und Tribsees. Zudem fusionierten im selben Jahr die Gemeinden Böhlendorf, Breesen und Langsdorf zur neuen Gemeinde Lindholz. Seither gehören dem Amt die Gemeinden Dettmannsdorf, Deyelsdorf, Drechow, Eixen, Grammendorf, Gransebieth, Hugoldsdorf und Lindholz sowie die Städte Bad Sülze und Tribsees an. Sitz der Amtsverwaltung ist die Stadt Tribsees, eine Außenstelle besteht in Bad Sülze.[3] Die Stadt Marlow ist amtsfrei und gliedert sich in 26 Ortsteile. Sie ist daher weniger als kompakte Kleinstadt, sondern vielmehr als großflächige ländliche Flächengemeinde zu verstehen.

Zum Jahr 2027 wird das Fördergebiet um das Amt Miltzow erweitert. Das Amt liegt im östlichen Teil des Landkreises zwischen Stralsund und Greifswald und umfasst die drei Gemeinden Sundhagen, Wittenhagen und Elmenhorst. Sitz der Amtsverwaltung ist Miltzow, ein Ortsteil der Gemeinde Sundhagen.[4] Das Amt Miltzow unterscheidet sich in seiner Lage und Verkehrsanbindung vom bisherigen Fördergebiet. Erstens grenzt es unmittelbar an die Hansestadt Stralsund und liegt zugleich im Einzugsbereich der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, während das Amt Recknitz-Trebeltal und Marlow von beiden Oberzentren deutlich weiter entfernt sind. Zweitens ist es vollständig an den Schienenverkehr angebunden, während im bisherigen Fördergebiet kein einziger Bahnhaltepunkt liegt. Beides wird in den folgenden Abschnitten zu Fläche und Verkehrsanbindung ausgeführt.

Fläche

Das Amt Recknitz-Trebeltal umfasst seine acht Gemeinden und zwei Städte mit einer Gesamtfläche von rund 341,2 km². Die Stadt Marlow verfügt über eine eigene Fläche von 140,5 km² – ein für

[2] Landkreis Vorpommern-Rügen: Ämter und Gemeinden. https://www.lk-vr.de/Kreisportrait/%C3%84mter-und-Gemeinden/ [zuletzt abgerufen am 04.08.2026]
[3] Stadt Bad Sülze: „Das Amt Recknitz-Trebeltal – unsere Verwaltung". https://bad-suelze.de/de/unsere-stadt/unter-uns/verwaltung/index.php [zuletzt abgerufen am 04.08.2026]
[4] Amt Miltzow, https://www.amt-miltzow.de/ [zuletzt abgerufen am 10.08.2026]

ihre Einwohnerzahl vergleichsweise großes Gebiet, da im Zuge früherer Eingemeindungen 26 Ortsteile zur Stadt gehören.[5]

Bei 8.172 Einwohner:innen im Amt Recknitz-Trebeltal ergibt sich eine Bevölkerungsdichte von etwa 23,9 Einwohnern je km², für Marlow bei 4.449 Einwohnern eine Dichte von rund 31,7 Einwohnern je km². Beide Werte liegen deutlich unter dem Durchschnitt des Landkreises Vorpommern-Rügen, der bei einer Fläche von rund 3.216 km² und 217.817 Einwohnern eine Bevölkerungsdichte von etwa 68 Einwohnern je km² aufweist.[6] Es handelt sich damit um einen ländlich geprägten, dünn besiedelten Raum im Trebel- und Recknitztal.

Verkehrlich ist das Amt Recknitz-Trebeltal über die Bundesautobahn 20 angebunden, die direkt durch Gransebieth, Tribsees und Lindholz verläuft. Die Stadt Marlow und weite Teile des Amtes Recknitz-Trebeltal sind weitgehend über Landes- und Kreisstraßen verbunden. Eine Anbindung an den Schienenpersonennahverkehr besteht für das Amt Recknitz-Trebeltal und die Stadt Marlow nicht – die nächstgelegenen Bahnhöfe befinden sich in Grimmen und Ribnitz-Damgarten außerhalb der Amts- und Stadtgrenzen. Bad Sülze ist vom Bahnhof Grimmen rund 30 Straßenkilometer beziehungsweise etwa 25 Fahrminuten entfernt und über eine Buslinie im 2-Stunden-Takt direkt angebunden; Marlow liegt rund 16 Straßenkilometer beziehungsweise etwa 15 bis 20 Fahrminuten vom Bahnhof Ribnitz-Damgarten entfernt und ist stündlich per Bus mit diesem verbunden.[7] Ergänzend steht seit Juni 2024 mit dem Rufbus VVR-SURFER der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen (VVR) ein bedarfsgesteuertes Angebot zur Verfügung, das inzwischen nahezu flächendeckend auch Tribsees, Bad Sülze und Marlow bedient; er verkehrt werktags von 8 bis 12 und 16 bis 21 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen von 8 bis 21 Uhr auf telefonische oder App-Bestellung und ist in den regulären VVR-Tarif eingebunden. Das Angebot ist damit an feste Bedienzeiten und an eine vorherige Bestellung gebunden.[8] Das Amt Miltzow ist dagegen vollständig schienenerschlossen. Sundhagen mit Wüstenfelde, Miltzow und Jeeser an RE 3 und RE 10 sowie Miltzow zusätzlich an der RE 7; Wittenhagen und Elmenhorst mit eigenen Haltepunkten an der RE 5 im annähernden Stundentakt. Der Bahnhof Miltzow ist Verknüpfungspunkt Schiene/ÖPNV, und die Relation Stralsund – Miltzow ist der höchsten Netzebene zugeordnet (Hauptnetz I, als SPNV). Dazu kommen B 96 über Sundhagen und B 194 über Abtshagen. Damit bestätigt sich der zweite eingangs genannte Unterschied: Das Fördergebiet umfasst ab 2027 zwei verkehrlich sehr ungleiche Teilräume, einen ohne Schiene und ohne Bundesstraße, einen mit fünf Zugangsstellen an drei Regionalexpress-Linien.[9]

---

[5] Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Gemeindeverzeichnis-Informationssystem (GV-ISys), Online-Abfrage. https://www.statistikportal.de/de/gemeindeverzeichnis [zuletzt abgerufen am 04.08.2026]

[6] Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (LAIV M-V): Bevölkerungsstand der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern. 30.06.2026. https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A113/A113%202025%2000.pdf [zuletzt abgerufen am 04.08.2026]

[7] Vgl. Fahrplan- und Entfernungsangaben Buslinie 320 (Bad Sülze–Grimmen) und Buslinie 204/707 (Marlow–Ribnitz-Damgarten), fahrplan-bus-bahn.de sowie rome2rio.com [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[8] Vgl. VVR – Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH, Rufbus MV (VVR-SURFER), https://vvr-bus.de/rufbus/ ; Amt Recknitz-Trebeltal, Fahrplan ÖPNV, https://www.recknitz-trebeltal.de/seite/212583/fahrplan-opnv.html [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[9] Landkreis Vorpommern-Rügen (Auftraggeber) / IGES Institut GmbH: *Nahverkehrsplan Landkreis Vorpommern-Rügen*, 22.03.2022. https://www.lk-vr.de/media/custom/3034_3885_1.PDF?1661777103 [zuletzt abgerufen am 04.08.2026]

Einwohner der Städte und Gemeinden

Mit 2.483 Einwohnern ist Tribsees als Amtssitz die einwohnerstärkste Gemeinde, gefolgt von Bad Sülze (1.649) und Dettmannsdorf (1.011). Die übrigen sieben Gemeinden liegen jeweils unter 700 Einwohnern; Hugoldsdorf ist mit 121 Einwohnern die kleinste Gemeinde. Bad Sülze und Tribsees weisen zugleich die höchste Bevölkerungsdichte auf, was auf ihren jeweiligen Siedlungskern zurückzuführen ist, während die übrigen, überwiegend dörflich strukturierten Gemeinden deutlich geringere Dichten aufweisen. Das Amt Miltzow ist mit 30,2 Einwohner:innen je km² etwas dichter besiedelt als das Amt Recknitz-Trebeltal (23,9) und liegt nahe am Wert der Stadt Marlow (31,7). Innerhalb des Amtes ist Sundhagen mit 159,81 km² die weitaus größte Gemeinde – sie umfasst rund 70 Prozent der Amtsfläche. Für das Fördergebiet insgesamt ergibt sich ab 2027 eine Fläche von 711,04 km² bei einer Dichte von 27,5 Einwohner:innen je km²; auch der erweiterte Zuschnitt bleibt damit deutlich unter dem Kreisdurchschnitt.[10]

Gemeinde	Einwohner (31.12.2025)[11]	Fläche (km²)[12]	Dichte (Ew./km²)[13]
Bad Sülze, Stadt	1.649	26,67	61,8
Dettmannsdorf	1.011	44,52	22,7
Deyelsdorf	454	29,85	15,2
Drechow	200	15,55	12,9
Eixen	664	56,16	11,8
Grammendorf	497	35,89	13,8
Gransebieth	503	23,34	21,6
Hugoldsdorf	121	14,22	8,5
Lindholz	590	40,02	14,7
Tribsees, Stadt	2.483	54,98	45,2
Amt Recknitz-Trebeltal (gesamt)	**8.172**	**341,20**	**23,9**
Marlow, Stadt	**4.449**	**140,52**	**31,7**
Sundhagen	5.077	159,81	31,8

[10] Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (LAIV M-V): Bevölkerungsstand der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern. 30.06.2026. https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A113/A113%202025%2000.pdf [zuletzt abgerufen am 04.08.2026]

[11] Ebd.

[12] Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (LAIV M-V): *Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern 2025*. 26.06.2026 https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A123/2025/A123%202025%2021.pdf [zuletzt abgerufen am 04.08.2026]

[13] Eigene Berechnung.

Gemeinde	Einwohner (31.12.2025)[11]	Fläche (km²)[12]	Dichte (Ew./km²)[13]
Wittenhagen	1.149	46,99	24,5
Elmenhorst	693	22,52	30,8
Amt Miltzow (gesamt)	**6.919**	**229,32**	**30,2**
Fördergebiet ab 2027 (gesamt)	**19.540**	**711,04**	**27,5**

Tabelle 1: Einwohnerzahlen Fördergebiet

Für die Situationsanalyse der Partnerschaft für Demokratie ergeben sich aus der räumlichen Struktur zwei Befunde. Erstens ist das künftige Fördergebiet verkehrlich zweigeteilt: Das Amt Recknitz-Trebeltal und die Stadt Marlow verfügen über keinen Schienenanschluss und sind auf Bus, Rufbus und private Fahrmöglichkeiten angewiesen, während das ab 2027 hinzutretende Amt Miltzow über fünf Zugangsstellen an drei Regionalexpress-Linien verfügt. Ein einheitliches, zentral organisiertes Beteiligungsformat trifft damit auf sehr ungleiche Voraussetzungen. Zweitens schließt der Rufbus die Lücke nur teilweise. Er verkehrt werktags von 8 bis 12 und von 16 bis 21 Uhr; die Zeit zwischen 12 und 16 Uhr, in die der Schulschluss und damit die Anreise zu Nachmittagsangeboten fällt, ist nicht abgedeckt. Für Jugendliche ohne eigene Fahrmöglichkeit bleibt die Teilnahme an ortsübergreifenden Angeboten deshalb auch mit dem Rufbus häufig davon abhängig, gefahren zu werden.

3.2 Demografische Entwicklung

Altersstruktur der Gemeinden

Innerhalb des Amtsgebietes bestehen erhebliche Unterschiede. Den höchsten Seniorenanteil weisen Bad Sülze (30,7 %) und Tribsees (30,4 %) auf; beide Städte liegen damit über dem Kreisdurchschnitt von 30,1 %. Zugleich konzentrieren sich dort die Hochaltrigen: Auf Bad Sülze und Tribsees entfallen zusammen 579 der 969 Personen ab 75 Jahren im Amtsgebiet, also rund 60 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von gut der Hälfte. Am anderen Ende liegen Eixen (23,3 %) und Hugoldsdorf (18,2 %) – bei Hugoldsdorf mit 121 Einwohner:innen ist der Wert allerdings statistisch instabil.

Auffällig ist die Spreizung beim Kinderanteil, die von 8,8 % in Lindholz bis 15,1 % in Gransebieth reicht. Lindholz weist damit zugleich den niedrigsten Kinder- und einen der niedrigsten Seniorenanteil des Amtsgebietes auf.

Das ab 2027 hinzutretende Amt Miltzow weist eine merklich jüngere Altersstruktur auf. Der Seniorenanteil liegt mit 25,0 % um 3,7 Prozentpunkte unter dem des Amtes Recknitz-Trebeltal und um 5,1 Prozentpunkte unter dem Kreisdurchschnitt; der Anteil der Hochaltrigen erreicht 8,3 % gegenüber 11,9 % im Amt Recknitz-Trebeltal. Besonders deutlich fällt der Unterschied bei den beiden kleineren Gemeinden aus: Elmenhorst (19,6 %) und Wittenhagen (21,0 %) liegen deutlich unter dem Durchschnitt des bisherigen Fördergebietes – einzige Ausnahme ist das aufgrund seiner geringen Einwohnerzahl statistisch instabile Hugoldsdorf (18,2 %) –, und Wittenhagen erreicht mit 15,6 % zugleich den höchsten Kinderanteil aller Gemeinden des künftigen Fördergebietes. Die Erweiterung

verschiebt damit das demografische Profil des Fördergebietes insgesamt in Richtung einer etwas jüngeren Bevölkerung.

Der Kinderanteil liegt in den meisten Gemeinden des Amtes zwischen 12 % und 15 %, in Deyelsdorf mit 11,5 % knapp und in Lindholz mit 8,8 % deutlich darunter. In Hugoldsdorf fällt der hohe Anteil junger Erwachsener von 14,9 % auf; bei einer Einwohner:innenzahl von 121 können jedoch bereits wenige Personen den Prozentwert erheblich verschieben, sodass dieser Wert nur eingeschränkt interpretierbar ist. Sowohl das Amt Recknitz-Trebeltal (13,2 %) als auch Marlow (13,1 %) weisen einen höheren Kinderanteil auf als der Landkreis (11,5 %) und das Land Mecklenburg-Vorpommern (12,2 %). Der Abstand beträgt gegenüber dem Kreiswert 1,6 bis 1,7 Prozentpunkte, gegenüber dem Landeswert 0,9 bis 1,0 Prozentpunkte. Dies deutet darauf hin, dass in dieser ländlichen Region relativ mehr Familien mit Kindern leben, als der Kreis- beziehungsweise Landesdurchschnitt vermuten ließe. Bei den 15- bis unter 25-Jährigen zeigt sich das umgekehrte Bild: Hier liegen das Amt (8,0 %) und insbesondere Marlow (7,2 %) unter dem Kreisdurchschnitt (8,5 %) und deutlicher unter dem Landesdurchschnitt (9,1 %). Dieses Muster ist für ländliche Räume typisch: Ein überdurchschnittlicher Kinderanteil trifft auf einen unterdurchschnittlichen Anteil junger Erwachsener – ein Hinweis darauf, dass viele junge Menschen die Region nach der Schulzeit für Ausbildung, Studium oder Arbeit verlassen.[14]

Der Alterungsprozess hat sich in den vergangenen Jahren beschleunigt: 2019 lag der Anteil der Personen ab 65 Jahren im Amt bei 24,7 % und in Marlow bei 23,5 %; bis 2025 stieg er auf 28,7 % beziehungsweise 27,6 % und damit um rund vier Prozentpunkte. Beide Gebiete liegen weiterhin unter dem Kreisdurchschnitt von 30,1 % (2025). In Kombination mit dem überdurchschnittlichen Kinderanteil ergibt sich ein Bild einer Region mit einer im Vergleich zum Kreis etwas jüngeren, aber ebenfalls zunehmend alternden Bevölkerung – bei gleichzeitig unterdurchschnittlichem Anteil an jungen Erwachsenen (Ausbildungs-/Berufseinstiegsalter).[15]

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (25 bis unter 65 Jahre) umfasst im Amt 4.098 Personen oder 50,1 Prozent und in Marlow 2.322 Personen oder 52,2 Prozent; der Kreiswert liegt bei 49,9 Prozent. Beide Gebiete liegen damit knapp über dem Kreisdurchschnitt.[16]

Mittelfristige Bevölkerungsentwicklung

Bereits vor dem aktuellen Berichtsjahr zeigte sich ein rückläufiger Trend: Zwischen 2014 und 2019 sank die Einwohnerzahl des Amtes Recknitz-Trebeltal von 8.792 auf 8.680 (-1,3 %), in Marlow von 4.633 auf 4.608 (-0,5 %). Der Landkreis Vorpommern-Rügen verzeichnete im selben Zeitraum

[14] Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (LAIV M-V): *Bevölkerung nach Alter und Geschlecht in Mecklenburg-Vorpommern, Teil 2: Gemeindeergebnisse 2025*. 26.06.2026. https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A133G/A133G%202025%2000.pdf [zuletzt abgerufen am 04.08.2026]

[15] Ebd.

[16] Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (LAIV M-V): *Bevölkerung nach Alter und Geschlecht in Mecklenburg-Vorpommern, Teil 2: Gemeindeergebnisse 2025*. 26.06.2026. https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A133G/A133G%202025%2000.pdf [zuletzt abgerufen am 04.08.2026]

dagegen ein leichtes Bevölkerungswachstum von +0,7 %.[17] Amt und Marlow entwickelten sich damit bereits vor 2025 gegen den kreisweiten Trend.

Das Amt Miltzow lag im selben Zeitraum nahezu unverändert bei 6.954 (2014) und 6.947 Einwohner:innen (2019), also -0,1 %. Es wies 2019 mit 20,7 % den drittniedrigsten Seniorenanteil aller Ämter und amtsfreien Kommunen des Landkreises auf – nach Süderholz (19,1 %) und dem Amt Altenpleen (20,0 %) – bei einem Kinderanteil (0 bis 15 Jahre) von 14,3 %. Zum Vergleich lagen das Amt Recknitz-Trebeltal 2019 bei 14,0 % Kinder- und 24,7 % Seniorenanteil, Marlow bei 12,6 % und 23,5 %, der Landkreis bei 12,5 % und 26,7 %. Bemerkenswert ist die gegenläufige Entwicklung beim Kinderanteil bis 2025: Im Amt Recknitz-Trebeltal sank er von 14,0 auf 13,2 %, in Marlow stieg er von 12,6 auf 13,1 %.[18]

Im anschließenden Zeitraum hat sich der Rückgang deutlich beschleunigt: Von 2019 bis 2025 verlor das Amt Recknitz-Trebeltal 508 Einwohner:innen (8.680 auf 8.172; -5,9 %), Marlow 159 Einwohner:innen (4.608 auf 4.449; -3,4 %). Der jährliche Verlust liegt damit spürbar über dem Niveau der Jahre 2014 bis 2019.

Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungen 2025

Im Jahr 2025 verzeichnete das Amt Recknitz-Trebeltal 44 Lebendgeborene und 131 Sterbefälle, woraus sich ein Sterbeüberschuss von 87 Personen ergibt. Diesem stand ein positiver Wanderungssaldo von 15 Personen gegenüber (536 Zuzüge, 521 Fortzüge), sodass die Bevölkerung des Amtes im Berichtsjahr insgesamt um 72 Personen bzw. rund 0,9 % zurückging. In Marlow zeigt sich ein ähnliches Bild: 19 Geburten standen 52 Sterbefällen gegenüber (Sterbeüberschuss: 33 Personen); bei einem leicht negativen Wanderungssaldo von 7 Personen (184 Zuzüge, 191 Fortzüge) sank die Einwohnerzahl 2025 um 40 Personen bzw. rund 0,8 %.[19]

Das Amt Miltzow entwickelte sich 2025 deutlich günstiger. Bei 37 Lebendgeborenen und 51 Sterbefällen (Sterbeüberschuss: 14 Personen) und einem Wanderungsgewinn von 14 Personen (373 Zuzüge, 359 Fortzüge) blieb die Einwohnerzahl mit einem Rückgang um eine Person praktisch konstant. Innerhalb des Amtes verlief die Entwicklung gegenläufig: Sundhagen verlor 19 Personen, Elmenhorst zwei, während Wittenhagen um 20 Personen beziehungsweise 1,8 % wuchs. Wittenhagen ist damit die einzige Gemeinde des künftigen Fördergebietes mit einem Geburtenüberschuss (11 Geburten gegenüber 5 Sterbefällen) und weist zugleich den höchsten Wanderungsgewinn auf.[20]

In beiden Gebieten ist die Bevölkerungsentwicklung damit strukturell durch einen deutlichen Sterbeüberschuss geprägt. Im Amt Recknitz-Trebeltal wird dieser nur zu einem kleinen Teil durch Zuwanderung ausgeglichen; in Marlow kommt ein leichter Wanderungsverlust hinzu, der den Rückgang zusätzlich verstärkt.

---

[17] Landkreis Vorpommern-Rügen (Auftraggeber) / IGES Institut GmbH: *Nahverkehrsplan Landkreis Vorpommern-Rügen*, 22.03.2022. https://www.lk-vr.de/media/custom/3034_3885_1.PDF?1661777103 [zuletzt abgerufen am 04.08.2026]

[18] Ebd.

[19] Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (LAIV M-V): *Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern 2025*. 26.06.2026 https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A113/A113%202025%2000.pdf [zuletzt abgerufen am 04.08.2026]

[20] Ebd.

Bevölkerungsvorausberechnung bis 2040

Eine amtliche Vorausberechnung für einzelne Gemeinden liegt in Mecklenburg-Vorpommern nicht vor, und keine Quelle deckt zugleich regionale Tiefe, Aktualität und methodische Stabilität ab. Die folgende Einschätzung stützt sich deshalb auf vier Quellen mit unterschiedlicher Reichweite.

Quelle	Auflösung	Basis / Horizont	Kernaussage
Zensus-Fortschreibung, Statistisches Amt M-V[21]	Gemeinde	Ist-Stand 31.12.2025	Ausgangsniveau und Realitätsabgleich
16. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Destatis[22]	Land	2022 / 2050	M-V 1,31 bis 1,41 Mio. je nach Wanderungsvariante
Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune[23]	Kreis (Gemeinden ab 5.000 Ew.)	2020 / 2040	M-V -7,3 %; Landkreise und kleine Gemeinden überproportional
5. Bevölkerungsprognose M-V (2019)[24]	Kreis und Mittelbereich	2017 / 2040	Vorpommern-Rügen -6,7 %; Mittelbereich Ribnitz-Damgarten -11,5 %, Grimmen -8,7 %

Tabelle 2: Bevölkerungsvorausberechnungen 2040

Bis 2040/2045 erwarten die Quellen für den Landkreis Vorpommern-Rügen einen Rückgang von 5 - 7 Prozent, für den Mittelbereich Ribnitz-Damgarten (dem das Amt Recknitz-Trebeltal und Marlow zugeordnet sind) überdurchschnittliche 11,5 Prozent. Diese Teile des Fördergebietes liegen damit deutlich über dem landesweiten Korridor von 5 bis 7 Prozent.

Lage: Ausschlaggebend ist dabei weniger die Küstennähe als die Lage zu einem Ober- oder Mittelzentrum. Amt Recknitz-Trebeltal und Marlow liegen abseits der Oberzentren im Einzugsbereich zweier Mittelzentren; das ab 2027 hinzutretende Amt Miltzow ist durch die direkte Grenzlage zu

[21] Ebd.

[22] 16. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – Statistisches Bundesamt Annahmen und Ergebnisse: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/annahmen_ergebnisse_16te_kBv.html [zuletzt abgerufen: 07.08.2026]

[23] Bevölkerungsvorausberechnung 2040 im Wegweiser Kommune – Bertelsmann Stiftung Klug, P. / Amsbeck, H. / Loos, R. / Weber, J. (2024): Länderbericht Mecklenburg-Vorpommern, Gütersloh, 09.04.2024: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/Bevoelkerungsvorausberechnung_2040/Laenderbericht-Mecklenburg-Vorpommern.pdf [zuletzt abgerufen: 07.08.2026]

[24] Bevölkerungsprognose Mecklenburg-Vorpommern bis 2040 – Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung M-V (2019) Regionalisierung für die Landkreise, kreisfreien Städte sowie die Mittelbereiche der Zentralen Orte: https://www.regierung-mv.de/static/Regierungsportal/Ministerium%20f%C3%BCr%20Energie,%20Infrastruktur%20und%20Digitalisierung/Dateien/Downloads/Bev%C3%B6lkerungsprognose-Regionalisierung.pdf, Landesprognose: https://www.regierung-mv.de/static/Regierungsportal/Ministerium%20f%C3%BCr%20Energie,%20Infrastruktur%20und%20Digitalisierung/Dateien/Downloads/Bev%C3%B6lkerungsprognose-Landesprognose.pdf [zuletzt abgerufen: 07.08.2026]

Stralsund – dem Mittelbereich mit dem geringsten prognostizierten Rückgang – günstiger gestellt. Der bereits eingetretene Bevölkerungsverlust 2025 bestätigt dieses Bild: Amt und Marlow verloren zusammen 112 Personen, während Amt Miltzow praktisch stabil blieb (vgl. Abschnitt 3.2). Die Erweiterung führt damit zwei demografisch unterschiedliche Teilräume zusammen.

Alterung und Erwerbsfähige: Für den Landkreis erwartet die 5. Landesprognose M-V bis 2040 einen Seniorenanteil von 35,1 Prozent gegenüber einem Ist-Wert von 30,1 Prozent 2025 (vgl. Abschnitt 3.2); Vorpommern-Rügen dürfte damit 2040 eines der höchsten Medianalter aller Kreise des Landes aufweisen. Im Mittelbereich Ribnitz-Damgarten sinkt die Zahl der Erwerbsfähigen bis 2040 um 28,7 Prozent – mit Folgen für Ehrenamt, Vereinsarbeit und die Besetzung von Fahrpersonal in ÖPNV und Versorgung. Der Rückgang bei Kindern und Jugendlichen setzt zeitversetzt ein und wirkt sich überwiegend erst nach 2030 aus.

3.3 Wirtschaftliche Situation

Wirtschaftsstruktur

Amtsspezifische Wirtschaftsdaten werden für das Amt Recknitz-Trebeltal, die Stadt Marlow und das Amt Miltzow nicht gesondert veröffentlicht; die folgenden Kennzahlen beziehen sich daher, soweit nicht anders angegeben, auf den Landkreis bzw. das Land Mecklenburg-Vorpommern als nächstgelegene verfügbare Bezugsebene. Für den Landkreis Vorpommern-Rügen insgesamt weist der Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung einen Beschäftigungsanteil von 2,6 Prozent im primären (Land-, Forstwirtschaft und Fischerei), 15,6 Prozent im sekundären (Produzierendes Gewerbe) und 81,8 Prozent im tertiären Sektor (Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Dienstleistungen, öffentliche Verwaltung, Soziales u. a.) aus[25] – ein Bild, das die starke touristische und dienstleistungsorientierte Ausrichtung des Kreises widerspiegelt. Nach der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder erwirtschaftete der Landkreis 2022 ein Bruttoinlandsprodukt von 6,8 Milliarden Euro; je Einwohner:in entspricht das 30.060 Euro und damit nur 65,0 Prozent des Bundesdurchschnitts, je Erwerbstätigem 67.919 Euro (79,9 Prozent des Bundesdurchschnitts). Der Verdienst je Arbeitnehmer:in lag mit 32.318 Euro ebenfalls deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (81,2 Prozent).[26]

Tourismus

Bad Sülze führt seit rund 100 Jahren die Bezeichnung Kurort und gilt laut Aussage der Stadt als ältestes Sol- und Moorbad Norddeutschlands. Die Stadt betreibt heute unter anderem eine Reha-Klinik sowie ein im ehemaligen Alten Salzamt untergebrachtes Salzmuseum mit Kurpark, das die bis 1907 betriebene Salzgewinnung vor Ort dokumentiert.[27] [28] Touristisch von Bedeutung sind

[25] Bertelsmann Stiftung. Sozialbericht – Vorpommern-Rügen, LK. Wegweiser Kommune. https://www.wegweiser-kommune.de/berichte/sozialbericht+vorpommern-ruegen-lk [Zuletzt abgerufen am 10.08.2026].
[26] Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2024, Kapitel 12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Tabelle 12.5 (Gesamtwirtschaftliche Kenngrößen 2022 nach Kreisen). https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/Statistisches%20Jahrbuch/2024_nach_Kapiteln/12%20Volkswirtschaftliche%20Gesamtrechnungen.pdf [Zuletzt abgerufen am 10.08.2026].
[27] Stadtplan-MV.de. Ortsporträt Bad Sülze. https://stadtplan-mv.de/ort/bad-suelze/ [Zuletzt abgerufen am 10.08.2026].
[28] Stadt Bad Sülze. Kurort (Ältestes Sol- und Moorbad Norddeutschlands). https://www.bad-suelze.de/de/aktiv-gastlich/kurort/ [Zuletzt abgerufen am 07.08.2026].

zudem Wasserwanderrastplätze und Kanutouren entlang von Trebel und Recknitz[29] sowie – im Marlower Stadtgebiet – der seit 1990 bestehende Vogelpark Marlow, der jährlich zur herbstlichen Kranichrast Besucher anzieht.[30]

Das ab 2027 hinzutretende Amt Miltzow ist touristisch stärker auf den Wassersport ausgerichtet: Mit dem Hafen Stahlbrode und der Marina Neuhof am Strelasund verfügt es über zwei bedeutende Anlegestellen, die von der Nähe zur Hansestadt Stralsund profitieren.[31] Marlow, Bad Sülze und die Gemeinden entlang von Recknitz und Trebel sind zudem im Tourismusverein Vogelparkregion Recknitztal e. V. organisiert, der die touristische Vermarktung der Region bündelt – eine bereits bestehende Kooperationsstruktur über Gemeindegrenzen hinweg, an die auch eine künftige Koordination über die drei PfD-Teilgebiete anknüpfen könnte.[32]

Regionale Wertschöpfung und Gewerbeflächen

Über das Bundesprogramm Land(auf)Schwung wurden im Fördergebiet mehrere Projekte zur regionalen Wertschöpfung gefördert. Dazu zählt das Zentrum für Gemüsefermentation in Grammendorf im Amt Recknitz-Trebeltal, das überschüssiges Gemüse aus der Region zu veganen, probiotischen Produkten verarbeitet,[33] sowie das Begegnungscafé „Alter Pfarrhof" im Dorf Elmenhorst, das im Amt Miltzow als kultureller und sozialer Treffpunkt der Gemeinde dient.[34]

Beide Projekte stehen exemplarisch für eine wiederholt erfolgreiche Einbindung des Fördergebiets in mehrjährige Bundes- und EU-Förderprogramme zur ländlichen Entwicklung – eine administrative Antrags- und Umsetzungskompetenz, die auch für künftige PfD-Projekte eine Ressource darstellt.

Als Gewerbestandort weist die Stadt Marlow das voll erschlossene und flexibel teilbare Gewerbegebiet „Am Funkturm" aus[35]; im Rahmen der städtischen Bauleitplanung sind zudem ein Solarpark sowie eine Agri-Photovoltaikanlage im Ortsteil Jahnkendorf vorgesehen[36], was auf eine zunehmende Diversifizierung in Richtung erneuerbarer Energien hindeutet. Wirtschaftlich ist das Amt

[29] Amt Recknitz-Trebeltal. Kanutour https://www.recknitz-trebeltal.de/seite/844821/kanutour.html [Zuletzt abgerufen am 07.08.2026]
[30] Stadtplan-MV.de. Stadtplan von Marlow. https://stadtplan-mv.de/landkreis-vorpommern-ruegen/stadtplan-marlow/ [Zuletzt abgerufen am 07.08.2026]
[31] Amt Miltzow. Tourismus. https://www.amt-miltzow.de/seite/279828/tourismus.html [Zuletzt abgerufen am 10.08.2026].
[32] Tourismusverein Vogelparkregion Recknitztal e. V. Startseite. https://www.vogelparkregion-recknitztal.de/ [Zuletzt abgerufen am 10.08.2026].
[33] Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH). Fermentiert statt abserviert in Vorpommern-Rügen – Das Zentrum für Gemüsefermentation im Trebeltal https://www.bmleh.de/SharedDocs/Praxisbericht/DE/laendliche-Regionen/vorp-ruegen-zentrum-gemuesefermentation-las.html [zuletzt abgerufen am 14.08.2026]
[34] Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH). Land(auf)Schwung: Förderregion Vorpommern-Rügen. https://www.bmleh.de/DE/themen/laendliche-regionen/wirtschaft/las-portrait-vorpommern-ruegen.html [Zuletzt abgerufen am 10.08.2026].
[35] Stadt Marlow. Gewerbegebiet am Funkturm im Ortsteil Marlow. https://www.stadtmarlow.de/gewerbegebiete-stadt-marlow/ [Zuletzt abgerufen am 10.08.2026].
[36] Stadt Marlow. Sitemap / Übersicht Bauleitplanung (u. a. Vorhabenbezogener B-Plan Nr. 30 Sondergebiet „Solarpark Tressentin (Süd)"; Vorhabenbezogener B-Plan Nr. 14 „AGRI-PV-Anlage Jahnkendorf"). https://www.stadtmarlow.de/sitemap/ [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

Recknitz-Trebeltal überwiegend landwirtschaftlich geprägt; nennenswerte Industrieansiedlungen bestehen im Amtsgebiet nicht.[37]

Der mit Abstand größte Arbeitgeber im Amtsgebiet ist die Bundeswehr: In der Recknitztal-Kaserne in Bad Sülze ist die Flugabwehrraketengruppe 24 mit vier Kampfstaffeln sowie einer Stabs- und Versorgungsstaffel stationiert und mit dem Flugabwehrsystem Patriot ausgestattet[38]. Rund 550 Soldatinnen und Soldaten leisten dort ihren Dienst[39]; zusätzlich befindet sich dort ein Sanitätsversorgungszentrum der Bundeswehr. Die Einheit unterhält seit 2013 eine Patenschaft mit der Stadt Marlow.[40]

Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenquote im Landkreis lag 2025 im Jahresdurchschnitt bei 9,2 Prozent[41] und ist Stand Juli 2026 auf 8,4 Prozent gesunken[42]. Im Jahresdurchschnitt 2025 waren im Landkreis 10.348 Personen arbeitslos gemeldet.[43] Die IHK zu Rostock, die auch für den Landkreis zuständig ist, stufte die Geschäftslage der Unternehmen in Vorpommern-Rügen in ihrer Herbstumfrage 2025 im regionalen Vergleich als herausfordernd ein: Nur 26 Prozent der befragten Betriebe bewerteten ihre Lage als gut, 21 Prozent als negativ.[44] Dynamisch betrachtet zeigt sich eine vorsichtig stabile Beschäftigungslage: Die Zahl der Arbeitsplätze im Landkreis ist in den vergangenen fünf Jahren um 0,6 Prozent gestiegen.[45]

Soziale Risikolagen und Armut

Der Sozialbericht der Bertelsmann Stiftung weist für den Landkreis (Stand 2023) eine SGB-II-Quote von 9,3 Prozent, eine Kinderarmutsquote von 14,4 Prozent, eine Jugendarmutsquote von 11,9

---

[37] Landkreis Vorpommern-Rügen. Wirtschaftsförderung – Gewerbegebiete. https://www.lk-vr.de/Kreisverwaltung/Wirtschaftsförderung/Gewerbegebiete/ [zuletzt abgerufen am 14.08.2026]. Die vom Landkreis als Vorzeigestandorte präsentierten Gewerbe- und Industrieflächen (Pommerndreieck, Mukran-Port, Businesscenter Rügen) liegen ausschließlich außerhalb des Amtsgebiets Recknitz-Trebeltal.

[38] Bundeswehr. Flugabwehrraketengruppe 24. https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/organisation-/luftwaffentruppenkommando/flugabwehrraketengeschwader-1/flugabwehrraketengruppe-24 [Zuletzt abgerufen am 10.08.2026].

[39] Gemeinschaft der Flugabwehr- und Flugabwehrraketentruppe e. V. (GFF e. V.). FlaRakG 1 – Flugabwehrraketengruppe 24. https://www.gff-ev.de/flarakg-1/ [zuletzt abgerufen am 14.08.2026].

[40] Stadt Marlow. Sitzung der Stadtvertretung 2013, Tagesordnungspunkt: Änderung des Patenschaftsvertrages der Stadt Marlow mit der Stabsstaffel der Flugabwehrraketengruppe 24 in Bad Sülze. https://www.stadtmarlow.de/plugin.php?menuid=50&template=pkalender/templates/pkalender_front.html&kal_id=25&monats_id=3&wy=2013&cal_view=&html2pdf_sumbit=1 [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[41] Agentur für Arbeit Stralsund. Jahresrückblick 2025: Arbeitsmarkt in Vorpommern-Rügen erstaunlich robust. https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/stralsund/presse/2026-2-jahresruckblick-2025-arbeitsmarkt-in-vorpommern-rugen-erstaunlich-robust [Zuletzt abgerufen am 10.08.2026].

[42] Bundesagentur für Arbeit. Arbeitsmarkt im Überblick, Berichtsmonat Juli 2026 – Vorpommern-Rügen: Arbeitslosenquote 8,4 % (9.366 Arbeitslose). https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Kreise/Mecklenburg-Vorpommern/13073-Vorpommern-Ruegen.html [zuletzt abgerufen am 14.08.2026].

[43] Ebd.

[44] IHK zu Rostock. Der konjunkturelle Ruck lässt im Bezirk der IHK zu Rostock auf sich warten (Herbstumfrage 2025). https://www.ihk.de/rostock/servicemarken/presse/medieninformationen/der-konjunkturelle-ruck-laesst-auf-sich-warten-6787646 [Zuletzt abgerufen am 10.08.2026].

[45] Bertelsmann Stiftung. Sozialbericht – Vorpommern-Rügen, LK. Wegweiser Kommune. https://www.wegweiser-kommune.de/berichte/sozialbericht+vorpommern-ruegen-lk [Zuletzt abgerufen am 10.08.2026].

Prozent sowie einen Anteil erwerbstätiger Aufstocker:innen von 18,3 Prozent aus.[46] Die Altersarmutsquote liegt mit 1,4 Prozent scheinbar deutlich darunter, misst jedoch eine andere Größe: den Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahren, der Grundsicherung im Alter nach SGB XII bezieht. Niedrige Werte sind dafür in Ostdeutschland die Regel. Alle ostdeutschen Flächenländer liegen unter 2 Prozent, während Nordrhein-Westfalen 4,7 und Hessen 4,6 Prozent erreichen. Ursache sind die vergleichsweise lückenlosen Erwerbsbiografien der heutigen Rentnergeneration und die daraus folgenden höheren Rentenanwartschaften, nicht eine geringere Einkommensarmut im Alter. Die übrigen Werte deuten auf eine spürbare Einkommensarmut im erwerbsfähigen Alter hin, wie sie insbesondere im Niedriglohnsektor des Tourismus verbreitet ist.[47]

Für die Situationsanalyse der Partnerschaft für Demokratie ergeben sich aus der wirtschaftlichen Lage mehrere relevante Befunde. Erstens steht einer vergleichsweise stabilen Beschäftigungsentwicklung (+0,6 Prozent Arbeitsplätze in fünf Jahren) eine schwache Wirtschaftsleistung gegenüber – das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner:in erreicht nur 65 Prozent des Bundesdurchschnitts, und die IHK-Konjunkturumfrage zeigt, dass die Unternehmen der Region ihre Lage pessimistischer einschätzen als in anderen Kreisen des Kammerbezirks. Diese Diskrepanz zwischen amtlicher Stabilität und gefühlter wirtschaftlicher Unsicherheit kann sich in der Bevölkerung als Verunsicherung niederschlagen. Zweitens stützt sich die regionale Wirtschaft auf wenige große Anker außerhalb eines breiten privaten Mittelstands – Landwirtschaft, saisonaler Tourismus und die Bundeswehr, was die Region anfällig für Strukturbrüche macht, sollte einer dieser Anker wegfallen. Drittens zeigt die hohe Aufstocker-Quote (18,3 Prozent) einen Niedriglohnsektor, in dem Erwerbstätigkeit nicht zuverlässig vor Armut schützt – ein Nährboden für Gefühle von Ungerechtigkeit und mangelnder Teilhabe. In Kombination mit der demografischen Alterung und Abwanderung (Abschnitt 3.2) besteht damit die Gefahr, dass wirtschaftliche Unsicherheit zur Resonanzfläche für demokratiefeindliche und populistische Erzählungen vom „Abgehängtsein" wird – insbesondere bei jungen Menschen ohne lokale Berufsperspektive und bei gering verdienenden Beschäftigten im saisonalen Tourismussektor.

3.4 Wahlverhalten & Politische Einstellungsmuster

Kommunalwahl 2024

Bei der Kommunalwahl am 9. Juni 2024 wurde im Amt Recknitz-Trebeltal bei einer Wahlbeteiligung von 63,8 Prozent die CDU mit 31,1 Prozent stärkste Kraft bei der Kreistagswahl im Amtsgebiet, gefolgt von der AfD mit 29,9 Prozent, DIE LINKE (13,7 Prozent) und Einzelbewerbern beziehungsweise sonstigen Gruppierungen (13,5 Prozent); SPD (6,1 Prozent), FDP (3,1 Prozent) und GRÜNE (2,4 Prozent) blieben einstellig. In der Stadt Marlow behielt die CDU bei einer Wahlbeteiligung von 65,8 Prozent mit 38,3 Prozent einen deutlicheren Vorsprung vor der AfD (25,7 Prozent), verlor gegenüber 2019

[46] Bertelsmann Stiftung. Sozialbericht – Vorpommern-Rügen, LK. Wegweiser Kommune. https://www.wegweiser-kommune.de/berichte/sozialbericht+vorpommern-ruegen-lk [Zuletzt abgerufen am 10.08.2026].

[47] Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune, Sozialbericht Vorpommern-Rügen, Stand 2023, https://www.wegweiser-kommune.de/berichte/sozialbericht+vorpommern-ruegen-lk; zur Definition und zum Ost-West-Vergleich vgl. Bertelsmann Stiftung, Datenaktualisierung im Wegweiser Kommune: Regionale Unterschiede bei der Altersarmut, https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/daten-fuer-die-gesellschaft/projektnachrichten/datenaktualisierung-im-wegweiser-kommune [Zuletzt abgerufen am 15.09.2026].

(44,5 Prozent) aber ebenso wie SPD und DIE LINKE Anteile, während die AfD ihr Ergebnis von 2019 (14,9 Prozent) nahezu verdoppelte und der Anteil der Einzelbewerber und sonstigen Listen von 6,2 auf 17,1 Prozent stieg.[48]

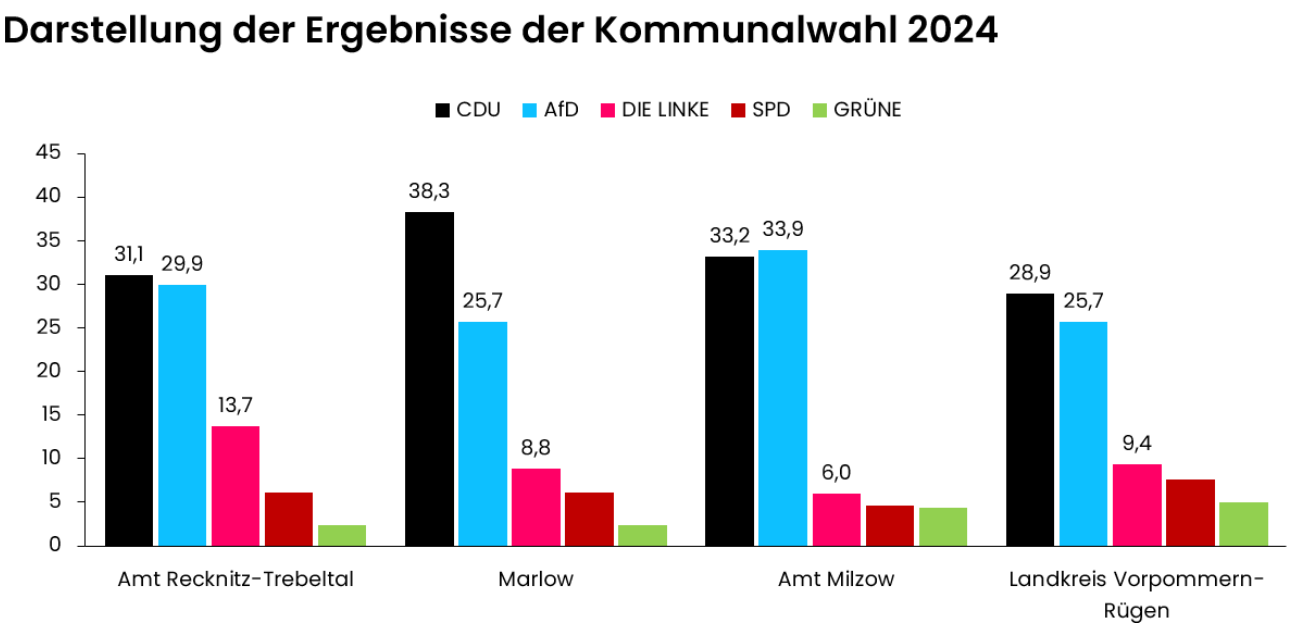

Abbildung 2: Darstellung der Ergebnisse der Kommunalwahl 2024

Trotz der in den Abschnitten 3.1 bis 3.3 beschriebenen günstigeren demografischen und wirtschaftlichen Ausgangslage zeigt sich beim Wahlverhalten ein gegenläufiges Bild: Im Amt Miltzow wurde die AfD bei einer mit 54,6 Prozent deutlich niedrigeren Wahlbeteiligung mit 33,9 Prozent knapp vor der CDU (33,2 Prozent) stärkste Kraft – das höchste AfD-Ergebnis aller drei Teilgebiete; DIE LINKE (6,0 Prozent) und SPD (4,6 Prozent) spielten kaum eine Rolle. Damit lag die AfD im Amt Miltzow aber auch im Amt Recknitz-Trebeltal sowohl über dem Kreisdurchschnitt (25,7 Prozent) als auch über dem Landesergebnis (26,8 Prozent), während Marlow auf dem Kreisniveau lag. Kreisweit blieb die CDU mit 28,9 Prozent stärkste Kraft vor der AfD (25,7 Prozent); landesweit übernahm die AfD mit 26,8 Prozent erstmals die Führung vor der CDU (25,5 Prozent) und verzeichnete mit +12,2 Prozentpunkten gegenüber 2019 den größten Zugewinn aller Parteien.[49]

Landtagswahl 2021 und Landtagswahl 2026

Bei der Landtagswahl am 26. September 2021 lag die AfD auf Landeslistenebene bereits in allen drei Teilgebieten über dem Landesdurchschnitt von 16,7 Prozent: im Amt Recknitz-Trebeltal erreichte sie 20,4 Prozent (Wahlbeteiligung 65,9 Prozent), in Marlow 18,8 Prozent (Beteiligung 72,2 Prozent) und im Amt Miltzow 23,1 Prozent (Beteiligung 72,1 Prozent). Stärkste Kraft war jeweils die SPD (Amt Recknitz-Trebeltal 37,4 Prozent, Marlow 37,5 Prozent, Amt Miltzow 31,4 Prozent, Land 39,6 Prozent), vor CDU (19,6 / 18,3 / 19,0 / 13,3 Prozent) und DIE LINKE (9,2 / 9,5 / 8,3 / 9,9 Prozent). Auffällig

[48] Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Hefte, Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2024 – Wahl der Kreistage der Landkreise und der Gemeindevertretungen der kreisfreien Städte, Endgültiges Ergebnis (Kennziffer B731E 2024 01), Tabelle 3.13 (Ergebnisse nach Gemeinden). https://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/MVHeft_derivate_00007926/B731E%202024%2001.pdf [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[49] Ebd.

ist, dass die CDU in allen drei Teilgebieten deutlich über ihrem Landesergebnis lag, während die AfD schon 2021 überdurchschnittlich abschnitt – ein Befund, der sich in den Kommunalwahlergebnissen 2024 verstärkt fortsetzt.[50]

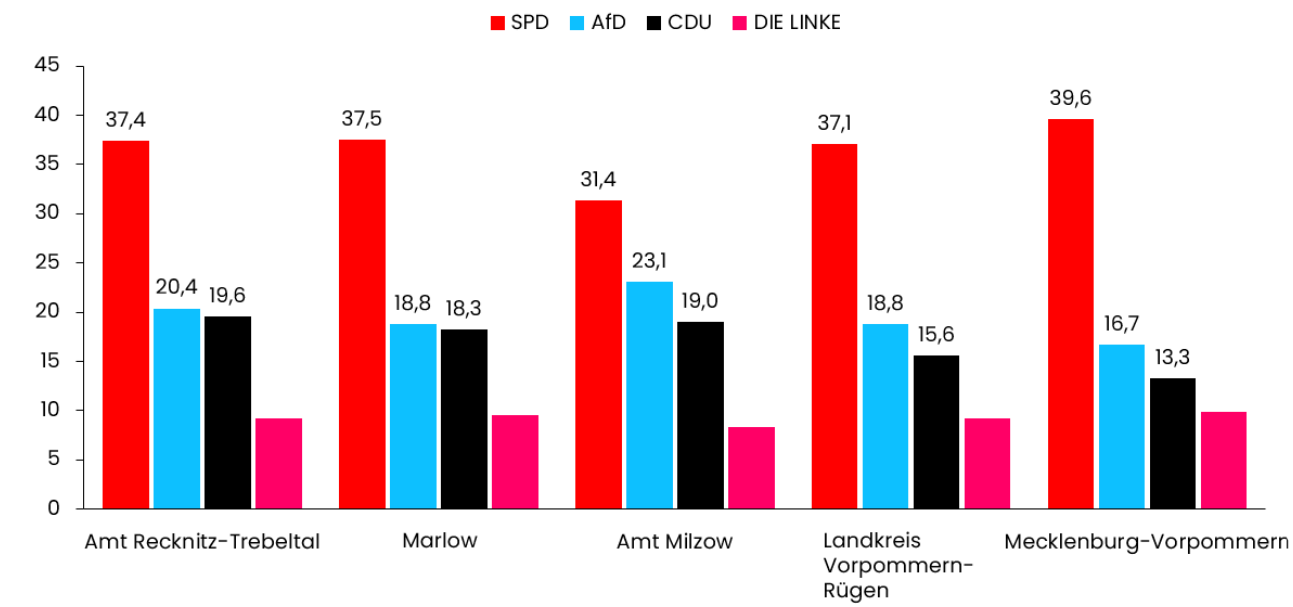

Abbildung 3: Darstellung der Ergebnisse der Landtagswahl 2021

Die nächste Landtagswahl findet am 20. September 2026 statt. Nach dem LänderTREND von Infratest dimap käme die AfD im Juli 2026 landesweit auf 36 Prozent und wäre stärkste Kraft, vor der SPD unter Ministerpräsidentin Manuela Schwesig mit 29 Prozent, DIE LINKE (12 Prozent), CDU (9 Prozent) und GRÜNE (5 Prozent); das BSW läge mit 4 Prozent unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Die AfD hätte ihr Landtagswahlergebnis von 2021 damit mehr als verdoppelt. Bei der direkten Ministerpräsidenten-Frage bleibt die AfD jedoch deutlich zurück: 49 Prozent der Befragten würden im Juli 2026 die amtierende Ministerpräsidentin Schwesig direkt wählen, nur 27 Prozent den AfD-Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Leif-Erik Holm (8 Prozent den CDU-Kandidaten Peters); eine Regierungsbildung unter AfD-Führung findet in der Bevölkerung damit keine mehrheitliche Zustimmung. Zugleich äußerten sich im Juli 2026 nur noch 42 Prozent der Befragten zufrieden mit der Arbeit der Landesregierung (55 Prozent kritisch) – 2021 hatte die Zustimmung noch bei rund zwei Dritteln gelegen. [51] Für das Fördergebiet ist relevant, dass eine Landtagswahl mit einem derartigen Ergebnis unmittelbar in die laufende PfD-Förderperiode fällt und die bereits im Wahlverhalten seit 2021 sichtbare Polarisierung landesweit bestätigen würde.

[50] Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Hefte, Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern, Endgültiges Ergebnis (Kennziffer B721E 2021 01), Tabelle 3.1 (Landesergebnis) und Tabelle 3.12 (Ergebnisse nach Gemeinden, Landeslisten/Zweitstimmen). https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Landtagswahlen/2021/ [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[51] Infratest dimap, LänderTREND Mecklenburg-Vorpommern, Erhebungen Januar und Juli 2026 https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2026/januar/ und https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2026/juli/ [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

Bundestagswahl 2025 und Europawahl 2024

Die repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2025 liegt nur für Mecklenburg-Vorpommern insgesamt vor, da für das Fördergebiet keine gesonderte Auswertung nach Alter und Geschlecht veröffentlicht wird; angesichts der in Abschnitt 3.2 beschriebenen Altersstruktur des Fördergebiets dürften die landesweiten Muster jedoch auch hier relevant sein. Landesweit entfielen auf die AfD 35,0 Prozent der gültigen Zweitstimmen, mit dem höchsten Zuspruch in den Altersgruppen 35 bis unter 45 Jahre (46,0 Prozent) und 45 bis unter 60 Jahre (43,7 Prozent) und dem niedrigsten bei den ab 70-Jährigen (21,1 Prozent). Bei den 18- bis unter 25-Jährigen erreichte die AfD 34,3 Prozent, während DIE LINKE in dieser Altersgruppe mit 27,4 Prozent ihr stärkstes Ergebnis erzielte; SPD (6,4 Prozent) und CDU (6,2 Prozent) blieben bei jungen Wählenden schwach. Nach Geschlecht zeigt sich ein deutliches Gefälle: Bei Männern kam die AfD auf 41,9 Prozent, bei Frauen auf 28,6 Prozent; unter den 18- bis 25-jährigen Männern stimmten 44,0 Prozent für die AfD, unter den gleichaltrigen Frauen nur 24,6 Prozent, während umgekehrt 38,0 Prozent der jungen Frauen, aber nur 16,7 Prozent der jungen Männer DIE LINKE wählten. Die Wahlbeteiligung lag landesweit bei 79,5 Prozent (+8,3 Prozentpunkte gegenüber 2021) und war bei den 18- bis unter 21-Jährigen mit 72,6 Prozent am niedrigsten.[52]

Ein vergleichbares Muster zeigt die Europawahl 2024, bei der erstmals ab 16 Jahren gewählt werden konnte. Landesweit entfielen 28,3 Prozent der gültigen Stimmen auf die AfD, 21,5 Prozent auf die CDU und 10,3 Prozent auf die SPD; das im selben Jahr gegründete BSW kam auf 16,4 Prozent. Bereits in der jüngsten Gruppe der 16- bis unter 25-Jährigen lag die AfD mit 31,6 Prozent über dem Durchschnitt, ihre höchsten Werte erreichte sie bei den 35- bis unter 45-Jährigen (36,0 Prozent) und den 45- bis unter 60-Jährigen (34,5 Prozent). Das Geschlechtergefälle war noch ausgeprägter als bei der Bundestagswahl: 59,9 Prozent der AfD-Wählerschaft waren Männer, nur 40,1 Prozent Frauen; bei den 16- bis 25-Jährigen votierten 39,7 Prozent der jungen Männer, aber lediglich 23,5 Prozent der jungen Frauen für die AfD, während junge Frauen mit 35,9 Prozent überdurchschnittlich häufig sonstige Parteien und Kleinlisten wählten.[53]

Einstellungen zur Demokratie

Der Mecklenburg-Vorpommern-Monitor 2020 – die jüngste öffentlich verfügbare Repräsentativbefragung zu Einstellungen im Land – zeigte bereits einen deutlichen Anstieg beim Handlungsbedarf gegen Rechtsextremismus: 74 Prozent der Befragten hielten dessen Bekämpfung für eine sehr wichtige Aufgabe der Landespolitik, ein Zuwachs von 13 Prozentpunkten gegenüber 2019 und der größte Sprung aller abgefragten Themenfelder; gleichzeitig bewerteten nur 44 Prozent die diesbezügliche Arbeit der Landesregierung als sehr oder eher gut, was den Bereich zum ausgewiesenen „dringendsten Korrekturbedarf" machte. Demokratische Grundwerte genossen 2020 hingegen weiterhin hohe Zustimmung: Freie Wahlen wurden von 91 Prozent, Parteienvielfalt von 60

[52] Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Hefte, Wahl zum 21. Deutschen Bundestag in Mecklenburg-Vorpommern am 23. Februar 2025, Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik (Kennziffer B711R 2025 01), Abschnitte 2.2.2 und 3.3.1/3.3.3. https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Bundestagswahlen/2025/Ergebnisse/ [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[53] Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Hefte, Europawahl in Mecklenburg-Vorpommern am 9. Juni 2024, Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik (Kennziffer B751R 2024 01), Abschnitte 3.3.1/3.3.2 und Tabelle 4.1. https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Europawahlen/2024/ [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

Prozent als Gewinn der Wiedervereinigung gewertet; als klaren Verlust benannte eine Mehrheit (56 Prozent) allein wachsende soziale Unterschiede. Die aktuelle Stimmungslage hat sich seither verschärft: Nach dem LänderTREND vom Juli 2026 äußerten sich nur noch 42 Prozent der Bürgerinnen und Bürger zufrieden mit der Arbeit der Landesregierung, während 2021 rund zwei Drittel zufrieden gewesen waren.[54]

Der AfD-Kreisverband Vorpommern-Rügen zählt nach Presseangaben rund 700 Mitglieder und ist damit einer der mitgliederstärksten Kreisverbände Ostdeutschlands; der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern kommt insgesamt auf rund 2.700 Mitglieder und Förderer.[55] Sein Vorsitzender Dario Seifert, seit 2025 Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis und seit Mai 2026 erster Generalsekretär der AfD Mecklenburg-Vorpommern, gehörte nach eigenen Angaben ab 2012 knapp zwei Jahre den Jungen Nationaldemokraten (JN, heute Junge Nationalisten) an, der Jugendorganisation der NPD beziehungsweise von Die Heimat; der AfD trat er im Dezember 2015 bei.[56]

Für die Situationsanalyse der Partnerschaft für Demokratie ergeben sich aus dem Wahlverhalten mehrere Befunde: So lag die AfD in allen drei Teilgebieten des Fördergebiets bereits 2021 über dem Landesdurchschnitt und wurde 2024 im Amt Miltzow bei zugleich unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung erstmals stärkste Kraft bei der Kreistagswahl im Amtsgebiet – ein Befund, der für die Erweiterung des Fördergebiets besonderes Gewicht hat. Dennoch fällt auf, dass gerade dieses Teilgebiet nach den übrigen Befunden der Situationsanalyse günstiger dasteht als die anderen beiden. Auf diesen Widerspruch wird in Abschnitt 5.1 zurückgekommen. Zudem verläuft die Zustimmung zur AfD deutlich entlang von Alter und Geschlecht: Sie ist bei Männern mittleren Alters am höchsten und bei jungen Frauen am niedrigsten, die ihrerseits stärker zu DIE LINKE und zu sonstigen, kleineren Listen tendieren; diese Polarisierung dürfte auch die politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen vor Ort prägen. Abzuwarten ist, inwiefern der bevorstehende Wahltermin im September 2026 den Trend bestätigt: Landesweite Umfragen sehen die AfD auf mehr als dem Doppelten ihres Ergebnisses von 2021, während die Zufriedenheit mit der Landesregierung merklich gesunken ist. Für die PfD-Arbeit im Amt Recknitz-Trebeltal, in Marlow und – ab 2027 – im Amt Miltzow bedeutet dies, dass Projekte zur Demokratieförderung auf ein Umfeld mit spürbar wachsender Distanz zu etablierten Parteien und einer sich vertiefenden Polarisierung nach Alter und Geschlecht treffen.

---

[54] Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern, Mecklenburg-Vorpommern-Monitor 2020 (Oktober 2020, https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/MV-Monitor-2020/) ; Infratest dimap, LänderTREND Mecklenburg-Vorpommern, Juli 2026 (https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2026/juli/) [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[55] t-online: „Dieser Ex-Neonazi soll die AfD zum Erfolg führen." https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_101275578/dario-seifert-dieser-ex-neonazi-soll-die-afd-zum-erfolg-fuehren-.html [Zuletzt abgerufen am 14.09.2026]. Die Angabe zur Landesmitgliedschaft wird bestätigt durch Bundeszentrale für politische Bildung, Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026: Alternative für Deutschland („ca. 2.700 Mitglieder und Förderer"), https://www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/mecklenburg-vorpommern-2026/580535/alternative-fuer-deutschland/ [Zuletzt abgerufen am 14.09.2026].

[56] Nordkurier. *AfD-Bundestagskandidat war in der rechtsextremen Szene*. https://www.nordkurier.de/regional/mecklenburg-vorpommern/afd-bundestagskandidat-war-in-der-rechtsextremen-szene-1160963 [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

3.5 Jugendliche und politische Bildung

Im Rahmen der „Partnerschaft für Demokratie" ist ein eigenständiges, selbstorganisiertes Jugendforum mit Sitz und Stimmrecht im Begleitausschuss zur Förderung von Beteiligung junger Menschen vorgesehen. Als Ausgangspunkt dienen die Kinder- und Jugendfeuerwehren in Marlow und Bad Sülze; das Jugendforum selbst befindet sich aktuell im Wiederaufbau und sucht aktiv nach jungen Menschen, die sich einbringen wollen.[57] Beides ist Bestandteil der Programmstruktur und nicht optional: Über das Jugendforum sollen junge Menschen an den Förderentscheidungen der Partnerschaft selbst mitwirken. Die Partnerschaft beschreibt das Forum auf ihrer Website als Vorhaben, an das nach einem „erfolgreichen Anfang" in den vergangenen Jahren wieder angeknüpft werden soll, und sucht aktiv nach Jugendlichen, die sich einbringen.[58] Damit fehlt der Partnerschaft derzeit genau das Gremium, über das Jugendliche an ihren eigenen Förderentscheidungen beteiligt werden sollen.

Konkrete Beteiligungsformate bestehen bereits auf kommunaler Ebene: In Bad Sülze etablierte sich aus dem früheren Kinderparlament das Kinder- und Jugendgremium, das jungen Menschen im Rahmen des Projekts „Klein.Stadt.Erwachen" (Träger: portablo gGmbH) eine Plattform für Mitbestimmung in der Stadtentwicklung bietet und unter anderem von Aktion Mensch, der D-S-E-E und dem Bundesprogramm „Demokratie leben!" gefördert wird. Ergänzend hat portablo mit der Klappstuhlkonferenz (seit September 2020) für den Freundeskreis Popkultur e. V. ein mobiles Beteiligungsformat entwickelt, bei dem Bürger:innen buchstäblich auf Klappstühlen direkt am Ort des jeweiligen Anliegens zusammenkommen, statt in einem Sitzungssaal zu tagen.[59]

Überregional ergänzt wird dies durch das Arbeitsbündnis Jugend und Beruf des Landkreises Vorpommern-Rügen, das allen Jugendlichen im Kreisgebiet einen gelungenen Übergang von der Schule in die Arbeitswelt ermöglichen und Warteschleifen im Übergangssystem vermeiden soll. Mit dem Amt Miltzow kommt ab 2027 zudem das neu eröffnete Demokratiezentrum in Wittenhagen (Ortsteil Abtshagen) hinzu, das als offener Treffpunkt Raum für Veranstaltungen, Workshops und die Beteiligung von Vereinen, Initiativen sowie jungen und älteren Bürger:innen bietet. Auch die bestehende Vereinslandschaft ist dort kinder- und jugendorientiert aufgestellt: Der SV Abtshagen wurde 2025 als „kinder- und jugendfreundlicher Verein" ausgezeichnet, und die Kinder-

[57] PfD Recknitz-Trebeltal-Gemeinden, Jugendforum, https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/jugendforum/ [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].
[58] PfD Recknitz-Trebeltal-Gemeinden, Jugendforum, https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/jugendforum/ [Zuletzt abgerufen am 15.09.2026].
[59] Klein.Stadt.Erwachen / Stadt Bad Sülze, Kinder- und Jugendgremium, https://www.kleinstadterwachen.de/bad-suelze/ehrenamt/Kinder-und-Jugendgremium.php; portablo gGmbH, Projekte, https://www.portablo.de/wDeutsch/kompetenzen/projekte/ [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026]. Klein.Stadt.Erwachen . Die Klappstuhlkonferenz. https://www.klein-stadterwachen.de/bad-suelze/initiativen/Die-Klappstuhlkonferenz.php [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

und Jugendfeuerwehr des Amtsbereichs richtete 2026 ein eigenes Ausbildungswochenende aus.[60][61]

Konkret verankert ist die Jugendarbeit zudem im ESF-geförderten Jugendtreff Tribsees des Amtes Recknitz-Trebeltal, der gemeinsam mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen finanziert wird und Kindern und Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren pädagogische Begleitung, Einzelfallberatung und Unterstützung bei schulischen Aufgaben bietet.[62]

An der Regionalen Schule „Recknitz-Trebeltal" in Tribsees sowie an der Grundschule „Heinrich Bandlow" in Tribsees und der Dahlien-Grundschule in Bad Sülze ist zudem Schulsozialarbeit über das Familiensozialprojekt Vorpommern e. V. etabliert. Für ein eigenständiges Schülervertretungs- oder Juniorwahl-Format an den Schulen vor Ort liegen dagegen keine öffentlich dokumentierten Angebote vor; weiterführende Schulen mit gymnasialer Oberstufe befinden sich außerhalb des Fördergebiets in Ribnitz-Damgarten und Grimmen.[63]

Die räumliche Distanz zwischen den Ortsteilen dürfte zur bislang fragmentierten Struktur der Jugendbeteiligung beitragen: Bad Sülze, Tribsees und Marlow verfügen über eigenständige, örtlich verankerte Formate (Kinder- und Jugendgremium, Jugendtreff, Jugendfeuerwehren) statt eines gemeinsamen Angebots – plausibel auch deshalb, weil Jugendliche angesichts der fehlenden Schienenanbindung und eines primär bedarfsgesteuerten Busangebots (vgl. Kapitel 3.1) für die Teilnahme an übergreifenden Veranstaltungen häufig auf das Gebrachtwerden durch Erwachsene angewiesen sein dürften. Hinzu kommt, dass die geringen Einwohnerzahlen der einzelnen Gemeinden (vgl. Kapitel 3.1) der Angebotsvielfalt enge Grenzen setzen: Eine Ausdifferenzierung mit mehreren parallelen, spezialisierten Anlaufstellen erfordert eine kritische Masse, die in Gemeinden mit wenigen Tausend Einwohner:innen kaum erreichbar ist.

Auch bei spezialisierten Angeboten zeigt sich eine strukturelle Lücke: Für queere Kinder und Jugendliche existiert im Fördergebiet selbst keine eigene Anlaufstelle. Die nächstgelegenen queeren Strukturen liegen jeweils außerhalb der Region: In der Hansestadt Stralsund war von 2019 bis 2026 die Initiative „QUEER!WIR HIER." aktiv.[64] Ein aktives queeres Netzwerk existiert dort derzeit nicht mehr. Seit 2026 bemüht sich die neu gegründete Initiative „Queertreff Stralsund" darum, mit regelmäßigen Treffen wieder ein Netzwerk queerer Personen in Stralsund aufzubauen.[65] Alternativ bietet der

[60] Amt Miltzow, Vereinsverzeichnis/Aktuelles („SV Abtshagen als kinder- und jugendfreundlicher Verein 2025 ausgezeichnet", 25.03.2026; „Berufsfeuerwehrwochenende der Kinder- und Jugendfeuerwehr", 24.03.2026), https://www.amt-miltzow.de/verzeichnis/index.php?mandatstyp=2 [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[61] Landkreis Vorpommern-Rügen, Arbeitsbündnis Jugend und Beruf, https://www.lk-vr.de/Willkommen/Übergang-Schule-Beruf/Arbeitsbündnis-Jugend-und-Beruf/ ; Gemeinde Wittenhagen, Demokratiezentrum, https://www.gemeinde-wittenhagen.de/verzeichnis/mandat.php?mandat=271642&kategorie=4956 [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[62] Amt Recknitz-Trebeltal, Jugendsozialarbeit, https://www.recknitz-trebeltal.de/seite/599608/jugendsozialarbeit.html [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026]. Vgl. auch die Stellenausschreibung „Mitarbeiter/in im Jugendklub Tribsees" (Amt Recknitz-Trebeltal, 11.06.2020) mit Angaben zur Zielgruppe (10–18 Jahre) und den Aufgaben (Einzelfallhilfe, Hausaufgabenbetreuung), https://www.recknitz-trebeltal.de/news/1/579106 [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[63] Landkreis Vorpommern-Rügen, Verzeichnis Schulsozialarbeit/Berufsberatung (Tätigkeitsgebiete Amt Recknitz-Trebeltal), https://www.lk-vr.de/media/custom/3034_4466_1.PDF und https://www.lk-vr.de/media/custom/2152_4087_1.PDF [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[64] Queer Stralsund. https://www.queer-stralsund.de/ [zuletzt abgerufen am 14.08.2026].

[65] Queertreff Stralsund. https://queertreff-hst.de/#about [zuletzt abgerufen am 14.08.2026].

CSD Rostock e. V. mit den HanseQueer-Kulturwochen ein weiteres Angebot.[66] Landesweit organisiert der LSVD Queer-Mecklenburg-Vorpommern e. V. mit Sitz in Wismar und einer Koordinierungs- und Beratungsstelle Ost in Neubrandenburg ein Netzwerk queerer Vereine und Beratungsangebote[67]; eine auf den Landkreis Vorpommern-Rügen bezogene Antidiskriminierungsberatung bietet der Antidiskriminierungsverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. mit seiner Beratungsstelle Ost in Greifswald an[68] – auch dies liegt außerhalb des Fördergebiets. Untersuchungen zu LSBTIQ*-Jugendlichen im ländlichen Raum deuten darauf hin, dass ein Fehlen lokaler Angebote typischerweise mit langen Wegen, geringer Sichtbarkeit und fehlenden Austauschmöglichkeiten einhergeht; als mögliches Vorbild für ein regionales Unterstützungsangebot kann etwa das Projekt „Ländlicher Raum" der hessischen Landesfachstelle Queere Jugendarbeit dienen.[69]

Insgesamt zeichnet sich für die politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen ein Bild ab, das über die genannten Distanz- und Größeneffekte hinausgeht: Die bestehenden Formate – Jugendfeuerwehren, Kinder- und Jugendgremium, Schulsozialarbeit – sind überwiegend ehrenamtlich oder projektförmig organisiert, ohne verlässlich verstetigte Personal- und Finanzierungsstrukturen; eine Ausnahme bildet der Jugendtreff Tribsees, der über seine ESF-Kofinanzierung mit dem Landkreis bereits eine verstetigte Struktur aufweist. Dass Träger vor Ort dabei wiederholt heterogene Förderquellen erschlossen haben – von Aktion Mensch und der D-S-E-E über das Bundesprogramm „Demokratie leben!" bis zum Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe" bei der Klappstuhlkonferenz –, zeigt allerdings, dass es weniger an Antragskompetenz und Vernetzungsfähigkeit fehlt als an einer verstetigten Struktur. Soll die PfD-Arbeit stärker in Richtung politischer Bildung weiterentwickelt werden – etwa Demokratieerfahrung, Beteiligung an kommunalen Entscheidungen oder spezialisierte Schutzangebote für marginalisierte Gruppen –, dürfte dies eine gezielte Stärkung dieser Strukturen voraussetzen: verlässliche Koordination über die drei Teilgebiete hinweg, mindestens eine hauptamtliche Ansprechperson im Kernbereich sowie eine engere Anbindung an überregionale Fach- und Beratungsstellen.

3.6 Politisch motivierte Kriminalität

Die PMK-Statistik wird in Mecklenburg-Vorpommern nur auf Landesebene veröffentlicht; für den Landkreis Vorpommern-Rügen und die drei Zielgebiete wird daher in der Analyse ergänzend auf den Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern, die allgemeine Kriminalstatistik und das Monitoring zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen zurückgegriffen.

Landesweiter Rahmen

2025 registrierte das LKA 3.360 PMK-Fälle in MV (+1,3 % gegenüber 2024, nach einem Anstieg um rund 74 % im Vorjahr), größtenteils PMK-rechts (2.282 Fälle, +4,5 %); 751 der 2.081 ermittelten

[66] CSD Rostock e. V. https://www.csd-hro.de/ [zuletzt abgerufen am 14.08.2026].
[67] LSVD Queer-Mecklenburg-Vorpommern e. V. Koordinierungsstellen. https://www.queer-mv.de/seite/651769/koordinierungsstellen.html [zuletzt abgerufen am 14.08.2026].
[68] Antidiskriminierungsverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. Beratung. https://antidiskriminierung-mv.de/beratung/ [zuletzt abgerufen am 14.08.2026].
[69] Landesfachstelle Hessen „Queere Jugendarbeit", Projekt Ländlicher Raum, https://www.queere-jugendarbeit.de/lr/ [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

Tatverdächtigen waren Kinder und Jugendliche.[70] Der Verfassungsschutzbericht 2025 bestätigt den Trend: Das rechtsextreme Personenpotenzial in MV stieg erstmals auf über 2.000 Personen (2.030; 2005 noch 1.200) – Der III. Weg und die Junge Nationalisten (Jugendorganisation von Die Heimat/ehem. NPD) verzeichneten dabei leichte Mitgliederzuwächse, während die AfD in MV – anders als in Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen – nicht als Beobachtungsobjekt geführt wird.[71]

Jugendliche

Der Verfassungsschutz widmet der Jugendradikalisierung ein eigenes Kapitel: Der Anstieg des rechtsextremen Personenpotenzials wird „unter anderem auf den verstärkten Zulauf junger Akteure aus einem weitgehend unstrukturierten Spektrum" zurückgeführt, mit erhöhter Delinquenz besonders bei 14- bis 17-Jährigen. Rekrutierung erfolgt gezielt niedrigschwellig über Kampfsport, Musik und soziale Medien statt über ideologische Inhalte.[72] Explizit für MV hält der Bericht fest, dass 2025 mehrere Fälle bekannt wurden, in denen Jugendliche in Telegram/Discord Inhalte rund um die Attentäter von Christchurch und Halle verbreiteten, sowie dass zwei mutmaßliche Initiatoren der rechtsterroristischen Jugendgruppierung „Letzte Verteidigungswelle" aus MV stammen.[73] Landesweit ist zudem die Gruppe „Mecklenburgs Jugend Voran" über TikTok/Instagram aktiv und pflegt Kontakte zum Stützpunkt Nord/Ost von Der III. Weg.[74]

Befunde für die Zielregion

Für den Landkreis Vorpommern-Rügen weist der Verfassungsschutzbericht die parteiungebundene Kameradschaft „Bruderschaft Grimmen" sowie den „Huskarlar MC Stralsund" (Rockergruppierung mit rechtsextremen Bezügen) als aktive Strukturen aus. Zwei konkrete Vorfälle 2025 betreffen Grimmen – amtsfreie Stadt unmittelbar angrenzend an das Amt Miltzow und Mittelzentrum für Teile des Amtes Recknitz-Trebeltal: eine „Schulhof-Offensive" der Nationalrevolutionären Jugend (NRJ, Jugendorganisation von Der III. Weg) am 19. September 2025 an der Robert-Koch-Regionalschule mit Flyerverteilung und Infostand am Folgetag, sowie eine rechtsextreme Musikveranstaltung mit rund 30 Teilnehmenden. Im Amt Recknitz-Trebeltal selbst dokumentiert der Bericht einen aktiven „Stammtisch" der Reichsbürgerorganisation „Großherzogtum Friedrich Maik" (Bad Sülze) – mit rund 100 Mitgliedern eine der größten Reichsbürgergruppierungen in MV, antisemitisch, queerfeindlich und QAnon-nah.[75]

---

[70] Ministerium für Inneres und Bau Mecklenburg-Vorpommern. *Politisch motivierte Kriminalität bleibt relevant – Fallzahlen auf Vorjahresniveau*. https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/108531/6259838 [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[71] Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern. *Verfassungsschutzbericht 2025*, Schwerin, Juni 2026. https://www.verfassungsschutz-mv.de/publikationen/?id=30360&processor=veroeff [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

[72] Ebd.

[73] Ebd.

[74] Oben Rechts. *Von TikTok auf die Straße*. https://oben-rechts.org/posts/2025-05-05-junge-neonazis-von-tik-tok-auf-die-strasse/ [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].
Aus dem Weg. *Der Stützpunkt Nord/Ost*. https://www.ausdemweg.net/der-stuetzpunkt-nord-ost/ [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026]. (Antifaschistische Rechercheprojekte, keine neutralen Presse- oder Behördenquellen)

[75] Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern. *Verfassungsschutzbericht 2025*, Schwerin, Juni 2026. https://www.verfassungsschutz-mv.de/publikationen/?id=30360&processor=veroeff [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

Die zivilgesellschaftlichen Monitoring-Zahlen für den Landkreis fallen vergleichsweise niedrig aus: LOBBI registrierte 2025 zehn rechte Angriffe (2024: 22), DIA.MV sechs antisemitische Vorfälle.[76] LOBBI selbst warnt jedoch davor, niedrige Zahlen in ländlichen Räumen als geringere Betroffenheit zu deuten, da Begegnungsorte fehlen und Meldeketten instabiler sein können.[77] Konkret dokumentiert sind ein Vorfall in Miltzow (31.05.2024: rechte Parolen und Körperverletzung nach Zeugeneinschreiten im Zug) sowie antisemitische/rechtsextreme Schmierereien im Recknitztal (Mai 2025, Gemeinde nicht näher bestimmbar).[78] Für Marlow und die übrigen Gemeinden des Amtes Recknitz-Trebeltal konnten keine weiteren dokumentierten Vorfälle identifiziert werden – was angesichts der genannten Untererfassung nicht als Beleg für geringere Betroffenheit zu werten ist.

Zeitraum	Ort	Vorfall bzw. Beobachtung
19.09.2025 und Folgetag	Grimmen, Robert-Koch-Regionalschule	„Schulhof-Offensive" der Nationalrevolutionären Jugend (NRJ) mit Flyer-Verteilung und einem Infostand am Folgetag.
31.05.2024	Miltzow	Rechte Parolen und Körperverletzung gegen Zeug:innen im Zug.
Mai 2025	Recknitztal, Gemeinde nicht näher bestimmbar	Antisemitische und rechtsextreme Schmierereien.

Tabelle 3: Zusammenfassende Darstellung der konkret dokumentierten Vorfälle mit Bezug zur Zielregion, 2024-2026

[76] DIA.MV. *Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Mecklenburg-Vorpommern 2025*, Rostock, 2026. https://report-antisemitism.de/documents/DIA-Jahresbericht-2025.pdf [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].
[77] LOBBI e. V. *Hintergrundpapier zur Veröffentlichung der Jahresstatistik: Rechte Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern 2025*, Rostock, 16.04.2026. https://lobbi-mv.de/wp-content/uploads/2026/04/2026-04-16_Rechte-Gewalt-in-MV-2025-Hintergrundpapier.pdf [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].
[78] DIA.MV. *Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Mecklenburg-Vorpommern 2025*, Rostock, 2026. https://report-antisemitism.de/documents/DIA-Jahresbericht-2025.pdf [Zuletzt abgerufen am 11.08.2026].

4. Spezifische Problemlagen

4.1 Qualitative Analyse

Es wurden fünf leitfadengestützte Expert:inneninterviews mit Akteur:innen aus unterschiedlichen lokalen Handlungsfeldern geführt. Dies ermöglicht eine vertiefende Einordnung der zuvor dargestellten Befunde der Situationsanalyse.

4.1.1 Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteure, Amtsträger:innen und/oder andere Akteur:innen in den letzten drei Jahren

Keine der fünf interviewten Personen berichtet aus eigener Erfahrung von körperlichen Angriffen oder eindeutig demokratiefeindlich motivierten Bedrohungen kommunalpolitisch oder zivilgesellschaftlich engagierter und damit exponierter Personen.

Von Vandalismus, Sachbeschädigung sowie der Verbreitung von aggressiven politischen Parolen im digitalen Raum wird hingegen von mehreren Interviewpartner:innen gesprochen. Insbesondere die Kommunikation im digitalen Raum habe in Form kritischer Kommentare oder verbaler Attacken zugenommen, teilweise auch direkt an Lokalpolitiker:innen adressiert. Eine interviewte Person sieht darin allerdings eher ein Muster nachträglicher anonymer Kritik als eine direkte persönliche Konfrontation. Auch bei den beschriebenen Fällen von Vandalismus in Form von Sprayereien und Aufklebern wird keine direkt demokratiefeindliche Motivation festgestellt.

Dass in den Interviews keine gezielten Angriffe geschildert werden, fügt sich in das zuvor in Kapitel 3.6 skizzierte Bild ein. Es ist nicht als Beleg dafür zu verstehen, dass solche Ereignisse im Fördergebiet grundsätzlich nicht auftreten, sondern dass im unmittelbaren Arbeits- und Erfahrungsumfeld der Befragten vor allem Sachbeschädigungen und konfliktbehaftete Kommunikation wahrgenommen werden.

4.1.2 Ungleichwertigkeitsideologien und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Auch hinsichtlich konkreter Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist die Interviewgrundlage begrenzt. Rassistische, antisemitische, queerfeindliche oder anderweitig gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen gerichtete Vorfälle werden von den Befragten kaum anhand eigener unmittelbarer Beobachtungen beschrieben.

Eine interviewte Person aus der Schulsozialarbeit berichtet für das eigene unmittelbare berufliches Umfeld zunächst von keinen entsprechenden Erfahrungen. Über ehemalige Schüler:innen und fachliche Austauschstrukturen erfahre sie jedoch, dass Ausgrenzung auch im weiteren Umfeld vorkomme. Konkrete Formen, Häufigkeiten oder Betroffenengruppen lassen sich aus dieser Aussage nicht bestimmen. Im Bereich von Sportvereinen wird zudem auf die Bedeutung erwachsener Bezugspersonen insbesondere für Fragen der Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen hingewiesen. Gleichzeitig werden solche Strukturen als für pädagogische Themen teilweise schwer erreichbar beschrieben.

In mehreren Interviews wird statt konkreten Diskriminierungsfällen stärker die wahrgenommene politische Verschiebung nach rechts thematisiert, welche punktuell mit queerfeindlichen Haltungen korreliert. Insbesondere besteht die Sorge, dass Jugendliche entsprechende politische Positionen annehmen, ohne sich tatsächlich mit den politischen Programmen und Orientierungen

auseinandergesetzt zu haben. Soziale Medien werden hierbei als Hort der politischen Meinungsbildung beschrieben. Diese Wahrnehmung stellt für sich genommen keinen konkreten Nachweis konkreter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dar; korrespondiert jedoch mit den in Kapitel 3.4 dargestellten Veränderungen im Wahlverhalten.

4.1.3 Hemmende Faktoren: Kommunikation, Förderzugang und Vernetzung

Klar abgrenzbare organisierte Akteursgruppen, welche die demokratische Arbeit grundsätzlich verhindern, werden kaum benannt. Stattdessen werden vor allem kommunikative, institutionelle und bürokratische Faktoren als hinderlich beschrieben.

Besonders deutlich tritt die Kommunikation zwischen Partnerschaft für Demokratie, Verwaltung und kommunalpolitischen Entscheidungsträger:innen hervor. Zwei interviewte Personen äußern unabhängig voneinander die Einschätzung, dass einzelne Bürgermeister:innen im Zusammenhang mit Entscheidungen über die Fortführung der Partnerschaft nicht ausreichend über deren Projekte und Wirkungen informiert gewesen seien.

> „Manche Kommunen haben nicht diesen Effekt vor Augen, weil es an Vereine geht und sie manchmal gar nicht den Durchblick haben, was genau alles so passiert ist."

Was der Zurückhaltung einzelner Kommunen zugrunde liegt, lässt sich aus dem Interviewmaterial nicht abschließend bestimmen. Die Befragten führen sie auf die fehlende Sichtbarkeit dessen zurück, was mit den Fördermitteln vor Ort tatsächlich ermöglicht wurde; ob daneben inhaltliche oder haushaltspolitische Erwägungen eine Rolle spielen, wurde nicht in den Interviews erwähnt. In einem weiteren Interview wird beschrieben, dass die Information der Gremien vor Entscheidungen über die Partnerschaft keinem geregelten Verfahren folgt: Es bestehen weder eine feste Berichtspflicht noch ein wiederkehrender Tagesordnungspunkt oder eine standardisierte Aufbereitung der geförderten Projekte. Ob und in welcher Tiefe Entscheidungsträger:innen informiert sind, hängt damit von einzelnen Kontakten und Gelegenheiten ab. Dass das Thema unabhängig voneinander mehrfach angesprochen wird, weist jedoch auf einen Bedarf nach kontinuierlicher und nachvollziehbarer Kommunikation hin.

Darüber hinaus wurde ein zweiter Problembereich mehrfach beschrieben: die hinter der Förderung stehende Bürokratie. Antragstellung, Zielformulierung sowie Nachweispflichten werden als hohe Zugangshürden beschrieben, insbesondere für kleine Vereine. Ein:e Interviewpartner:in bezeichnet vor allem auch den Aufwand bei niedrigen Fördersummen als unverhältnismäßig hoch, was besonders bei ehrenamtlich geführten Vereinen eine erhebliche Hürde darstelle. Es wird in den Interviews auch Verständnis für den Prozess geäußert, da ein gewisser administrativer und evaluativer Aufwand zur transparenten Verwendung öffentlicher Mittel dazugehöre.

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene werden teilweise geschlossene Vereins- und Institutionsstrukturen als hinderlich beschrieben. Obwohl Akteur:innen ähnliche Ziele verfolgten, fehle es mitunter noch an gegenseitiger Transparenz und einer stärkeren Vernetzung untereinander. Informelle Netzwerke sowie persönliche Kontakte gewinnen damit zunehmend an Bedeutung, womit die Vernetzung allerdings auch an Personen und nicht an Institutionen orientiert ist. Insgesamt legen die Interviews damit nahe, dass weniger einzelne eindeutig blockierende Akteur:innen als vielmehr

Kommunikationswege, Zugangsbarrieren und die Qualität bestehender Beziehungen darüber entscheiden, wie gut lokale Konflikte bearbeitet werden können.

4.1.4 Welche Probleme sind besonders gravierend, welche haben Priorität?

Über die Interviews hinweg verdichten sich zwei übergeordnete Problembereiche: erstens, eine zunehmende Schwierigkeit politisch unzufriedene bzw. demokratiedistanzierte Menschen zu erreichen. Zweitens, strukturelle Bedingungen, die konkrete Beteiligung sowie demokratisches Engagement erschweren.

Mehrere Interviewpartner:innen äußern Sorge über eine weitere politische Verschiebung nach rechts. Dabei steht weniger das Vorhandensein einer konkret organisierten extremistischen Szene im unmittelbaren persönlichen Umfeld im Vordergrund als eine wahrgenommene zunehmende Distanz zu etablierten politischen Strukturen. Besonders mit Blick auf Jugendliche wird eine politische Meinungsbildung über soziale Medien kritisch gesehen. Eine interviewte Person beschreibt die Sorge, dass Menschen „gedanklich abrutschen" und auch Jugendliche zunehmend „mit reingezogen" würden.

Für Kinder und Jugendliche treten zugleich sehr konkrete strukturelle Hindernisse hervor. In Marlow und Teilen des Amtes Recknitz-Trebeltal werden weite Wege, kleine und räumlich verstreute Peer-Gruppen sowie begrenzte Freizeitmöglichkeiten als Hemmnisse sozialer Teilhabe beschrieben. Für Tribsees wird besonders auf eine personelle Lücke in der offenen Jugendarbeit hingewiesen. Zum Zeitpunkt des Interviews sei die vorgesehene Jugendclubstelle nicht besetzt gewesen:

„Seit anderthalb Jahren mittlerweile […] das ist eben das, was fehlt".

Damit wird die bereits in Kapitel 3.5 beschriebene institutionelle Struktur des Jugendtreffs qualitativ differenziert: Eine vorhandene Finanzierung beziehungsweise organisatorische Verankerung gewährleistet noch nicht automatisch ein tatsächlich verfügbares und personell abgesichertes Angebot.

Gleichzeitig bestätigen die Interviews, dass die Mobilitätsbedingungen innerhalb des künftigen Fördergebiets nicht einheitlich sind. Während mehrere Befragte aus Marlow und dem Amt Recknitz-Trebeltal eingeschränkte Mobilität als Beteiligungshürde beschreiben, wird die Situation in Wittenhagen ausdrücklich anders bewertet. Dort werden Bahnhof, Straßenanbindung und Rufbus als vergleichsweise gute Voraussetzungen hervorgehoben.

Diese Gegenperspektive entspricht den in Kapitel 3.1 herausgearbeiteten infrastrukturellen Unterschieden zwischen den Teilräumen. Während in Marlow und Teilen des Amtes Recknitz-Trebeltal fehlende Schienenanbindungen, größere Entfernungen und eine stärkere Abhängigkeit von Bus-, Rufbus- oder privaten Fahrmöglichkeiten die Teilnahme an zentralen Angeboten erschweren können, verfügt insbesondere Wittenhagen beziehungsweise das Amt Miltzow über eine günstigere verkehrliche Ausgangslage mit mehreren Bahnzugängen und einer stärkeren Anbindung an das überregionale Straßennetz. Für die weitere Arbeit der Partnerschaft spricht dies dafür, Beteiligungsangebote stärker an den jeweiligen lokalen Voraussetzungen auszurichten: In schlechter angebundenen Teilräumen sind dezentrale, wohnortnahe Formate und gegebenenfalls

zusätzliche Mobilitätslösungen wichtiger, während in Wittenhagen und weiteren gut angebundenen Orten eher auch teilraumübergreifende oder zentralisierte Formate tragfähig erscheinen.

Die langfristige Belastbarkeit ehrenamtlicher Strukturen entspricht einem weiteren mehrfach benannten Schwerpunkt. Bedingt durch knappe personelle Kapazitäten berichten mehrere Interviewpartner:innen davon, dass häufig dieselben Personen Verantwortung übernehmen und damit ebenfalls immer näher an ihre zeitlichen Grenzen geraten. Mit dieser personellen Struktur geht auch eine zunehmende Alterung des Ehrenamtes sowie fehlender Nachwuchs einher. Erneut zeigt sich hier allerdings kein einheitliches Bild über die gesamte Förderregion hinweg: In Wittenhagen wird beispielsweise ein vergleichsweise breit koordiniertes Netzwerk von Vereinen, Feuerwehr, Kirchen, Schulen und weiteren Akteur:innen beschrieben.

Ein bereits zuvor benannter Aspekt wurde von mehreren Interviewpartner:innen hervorgehoben: die bürokratischen und kommunikativen Rahmenbedingungen. Konkret werden drei Elemente in mehreren Interviews als Voraussetzung dafür beschrieben, dass vorhandenes Engagement tatsächlich in Projekte überführt werden kann. Erstens die Zugänglichkeit von Fördermitteln für kleine Vereine, zweitens frühzeitige Förderentscheidungen sowie drittens die transparente Darstellung der Wirkung der Partnerschaft.

Von einer höheren Abstraktionsebene betrachtet, verbindet sich die Frage der Demokratieförderung damit unmittelbar mit der Erfahrung von Selbstwirksamkeit: Beteiligung und Engagement werden besonders dort als tragfähig beschrieben, wo konkrete Ergebnisse sichtbar und Anliegen ernst genommen werden sowie der Nutzen eines Projekts für den eigenen Lebensraum nachvollziehbar bleibt.

5. Ursachen

Die genannten Problemlagen im Fördergebiet entstehen nicht im luftleeren Raum. Vielmehr existieren spezifische Kontext- und Rahmenbedingungen, die als Gelegenheitsstrukturen wirken. Diese Strukturen erleichtern es antidemokratischen Akteuren, Fuß zu fassen, und erschweren gleichzeitig die Arbeit der Zivilgesellschaft.

5.1 Kontext- und Rahmenbedingungen

Folgende Einflussfaktoren lassen sich identifizieren:

1. **Geografische und infrastrukturelle Bedingungen**

Der Landkreis Vorpommern-Rügen selbst beschreibt die Sicherung von Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe in ländlichen Räumen als zentrale Herausforderung und verweist auf die Notwendigkeit flexibler Verkehrsangebote, um Daseinsvorsorge und Erreichbarkeit aufrechtzuerhalten.[79] Große Entfernungen, verstreute Ortsteile und kleine Bevölkerungsgruppen können die Erreichbarkeit von Angeboten erschweren und erhöhen den Aufwand für Vernetzung, Ehrenamt und Beteiligungsprozesse. Dies betrifft insbesondere Jugendliche, ältere Menschen sowie Personen ohne eigenen Pkw.

Erneut zeigt sich in den Interviews zugleich, dass diese strukturellen Bedingungen innerhalb des künftigen Fördergebietes sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Während insbesondere für Marlow und Teile des Amtes Recknitz-Trebeltal weite Wege und eingeschränkte Mobilität als Beteiligungshürde beschrieben werden, wird dies in Wittenhagen deutlich günstiger eingeschätzt. Besonders die vorhandene Bahnanbindung sowie die Nähe zu Stralsund werden als vergleichsweise gute Rahmenbedingungen hervorgehoben.

2. **Demografischer Wandel und Belastbarkeit des Ehrenamtes**

Eine weitere Rahmenbedingung betrifft die Belastbarkeit des Ehrenamtes sowie Effekte des demographischen Wandels. Für den Kontext der Demokratieförderung ergeben sich aus den demografischen Entwicklungen mehrere Herausforderungen. Zum einen reduziert der Rückgang junger Erwachsener potenziell die Zahl der Personen, die sich langfristig in Vereinen, Initiativen oder kommunalpolitischen Strukturen engagieren können. Zum anderen steigt mit der Alterung der Bevölkerung der Bedarf an wohnortnahen Angeboten, sozialer Infrastruktur und niedrigschwelligen Beteiligungsformaten. Gleichzeitig wächst die Bedeutung ehrenamtlicher Strukturen, da öffentliche und private Angebote in dünn besiedelten Räumen häufig auf freiwilliges Engagement angewiesen sind.

Dies spiegelte sich auch in mehreren Interviews wider, in welchen berichtet wurde, dass ein erheblicher Teil des gesellschaftlichen Lebens von vergleichsweise wenigen engagierten Personen getragen wird, womit eine starke Abhängigkeit von einzelnen Schlüsselakteur:innen entstehen kann.

[79] Landkreis Vorpommern-Rügen (Auftraggeber) / IGES Institut GmbH: Nahverkehrsplan Landkreis Vorpommern-Rügen, 22.03.2022. https://www.lk-vr.de/media/custom/3034_3885_1.PDF?1661777103 [zuletzt abgerufen am 04.08.2026].

Der überdurchschnittliche Anteil von Kindern und Familien deutet auf vorhandene Potenziale hin, insbesondere für die Förderung von Familienbeteiligung, Jugendengagement und generationenübergreifenden Projekten. Die demografische Entwicklung legt jedoch nahe, dass die Bindung junger Menschen an die Region und die langfristige Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe zentrale Zukunftsaufgaben für Kommunen, Zivilgesellschaft und Partnerschaft für Demokratie darstellen.

3. Politische Distanz, Zukunftsunsicherheit und veränderte politische Kommunikation

Mehrere Interviewpartner:innen beschreiben eine zunehmend wahrgenommene Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen sowie eine damit verbundene Distanz gegenüber etablierten politischen Strukturen. Diese Wahrnehmungen beziehen sich nicht ausschließlich auf akute lokale Problemlagen, sondern Zukunftsängste und politische Unzufriedenheit seien auch trotz als gut beschriebenem Gemeindeleben vorhanden. Auch bislang nur begrenzt vor Ort spürbare Entwicklungen stehen im Zentrum dieser Sorgen.

Die Bedeutung einer nachvollziehbaren und lebensweltbezogenen politischen Kommunikation wird in einem Interview als besonders wichtig hervorgehoben, um die Menschen zu erreichen. Selbst der Begriff der „Demokratie" wird als abstrakt und damit nur bedingt anschlussfähig erlebt. Entscheidend in der Kommunikation sei daher, politische und gesellschaftliche Fragen auf konkrete Erfahrungen des Zusammenlebens vor Ort zu beziehen, um Entscheidungen nachvollziehbar zu vermitteln.

Besonders mit Blick auf junge Erwachsene und Jugendliche wird die politische Meinungsbildung über soziale Medien kritisch gesehen. Eine interviewte Person beschreibt die Sorge, dass politische Positionen über verkürzte und schnelle Antworten vermittelt würden, womit Jugendliche darüber schnell in gewisse politische Deutungsmuster hineingezogen werden könnten. Diese Einschätzung korrespondiert mit dem „Regionalen Lagebild des Regionalzentrums für demokratische Kultur Vorpommern-Rügen", welches digitale Räume als zentralen Ort rechtsextremer Ansprache und Rekrutierungsstätte junger Menschen beschreibt. So wird exemplarisch die verstärkte Sichtbarkeit der Partei „Der III. Weg" unter anderem in Tribsees benannt.[80]

4. Institutionelle und kommunikative Rahmenbedingungen

Ein weiterer erschwerender Faktor für die Verstetigung vorhandenen Engagements besteht in den institutionellen und förderbezogenen Rahmenbedingungen. Mehrere Interviews verweisen darauf, dass kleine Vereine und Initiativen nur begrenzte Kapazitäten für Antragstellung, Abrechnung und Projektorganisation besitzen. Zugleich können verspätete Förderentscheidungen die praktische Umsetzung erschweren. Aus Marlow wird beispielsweise berichtet, dass geeignete Honorarkräfte bei einem späten Projektstart teilweise bereits anderweitig gebunden sind.

Eine weitere institutionelle Herausforderung betrifft die Sichtbarkeit der Partnerschaft für Demokratie auch innerhalb kommunalpolitischer Gremien. In den Interviews wurde dazu die Einschätzung geäußert, dass einzelnen kommunalpolitischen Entscheidungsträger:innen Umfang und Wirkung der durch die PfD ermöglichten Projekte nicht ausreichend bekannt gewesen seien. Eine

[80] Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Rügen (2026): Regionales Lagebild für den Landkreis Vorpommern-Rügen. Stralsund, August 2026.

Idee, um diesem Problem perspektivisch zu begegnen wird ebenfalls in diesem Interview formuliert: eine regelmäßige Darstellung der geförderten Projekte und ihrer Ergebnisse auch in den politischen Gremien.

Die genannten Faktoren wirken nicht unabhängig voneinander. Räumliche und demografische Bedingungen erhöhen den Aufwand für Beteiligung und Engagement, während begrenzte personelle Ressourcen und Förderlogiken die Handlungsmöglichkeiten der vorhandenen Akteur:innen einschränken können. Gleichzeitig können politische Unzufriedenheit, Zukunftsängste und vereinfachte Kommunikationsangebote insbesondere dort leichter Anschluss finden, wo konkrete Möglichkeiten zur Beteiligung und Selbstwirksamkeit fehlen. Umgekehrt zeigen die Interviews, dass sichtbare Ergebnisse, direkte Ansprache und tragfähige lokale Netzwerke diese Belastungen teilweise auffangen können. Dabei fällt auf, dass das Amt Miltzow nach den Befunden der Kapitel 3.1 bis 3.3 und 6.1 in fast allen Struktur- und Ressourcenmerkmalen günstiger dasteht als die übrigen Teilgebiete und dennoch das höchste AfD-Ergebnis aufweist. Erklärungsansätze, die allein auf Infrastruktur, Erreichbarkeit und Vereinsdichte setzen, greifen für das Fördergebiet daher zu kurz.

5.2 Mittelfristige Entwicklungsszenarien

Auf der Grundlage der beschriebenen Rahmenbedingungen lassen sich für die nahe Zukunft mehrere mögliche Entwicklungen skizzieren. Diese sind nicht als deterministische Prognose zu verstehen, sondern ausdrücklich als Szenarien, die von der Entwicklung einer Vielzahl von Rahmenbedingungen beeinflusst werden.

1. **Weitere Ausdünnung von Engagement- und Beteiligungsstrukturen**

Bei Fortsetzung aktueller Entwicklungen des demographischen Wandels sowie weitere Abwanderung junger Erwachsener besteht die Gefahr, dass die Konzentration ehrenamtlicher Aufgaben auf wenig Personen zunimmt und bestehende Strukturen damit sukzessive an Belastungsgrenzen geraten. Besonders betroffen hiervon könnten kleinere Vereine, kulturelle Angebotsformate sowie lokale Beteiligungsformate sein. Besonders relevant ist dies für Kinder und Jugendliche. Am Beispiel Tribsees wird sichtbar, dass selbst eine grundsätzlich vorhandene Finanzierung nicht automatisch zu einem verfügbaren Angebot führt, wenn Fachkräfte fehlen. Zum Zeitpunkt des Interviews war die Jugendclubstelle seit längerer Zeit nicht besetzt, wodurch insbesondere in den Abendstunden ein kontinuierlicher Treffpunkt fehlte.

2. **Zunehmende politische Polarisierung**

Ein zweites Szenario betrifft die weitere politische Polarisierung. Die in Kapitel 3.4 dargestellten Wahlergebnisse und aktuellen politischen Trends zeigen bereits heute eine deutliche Verschiebung. In mehreren Interviews wurde damit die Sorge verbunden, dass Kultur-, Bildungs- und Demokratieförderung künftig stärker infrage gestellt werden sowie finanziell weiter eingeschränkt werden könnten. Besonders dann, wenn die konkrete Wirkung der Partnerschaft innerhalb kommunalpolitischer Gremien nicht ausreichend sichtbar ist, könnte diese Entwicklung problematisch werden. Die Handlungskorridore zivilgesellschaftlicher Akteur:innen werden durch sinkende politische Unterstützung weiter eingeschränkt, was wiederum in direkter Wechselwirkung mit einer sinkenden Sichtbarkeit der Projekte und damit einer sinkenden Wahrnehmung und Legitimation der Partnerschaft steht.

3. Stabilisierung durch stärkere Vernetzung und lokale Beteiligung

Das Gegengewicht zu den skizzierten Risiken stellen die vorhandenen Ressourcen dar. In mehreren Teilräumen existieren schließlich bereits sehr gut funktionierende Netzwerke und Beteiligungsformate. Exemplarisch zu nennen sind das Kinder- und Jugendgremium sowie die Klappstuhlkonferenz in Bad Sülze, langjährige schulische Projektarbeit in Marlow sowie das Demokratiezentrum und die ausgeprägten Vereinsstrukturen in Wittenhagen.

Mit der Erweiterung um das Amt Miltzow besteht daher auch die Möglichkeit, bestehende Erfahrungen stärker über Gemeindegrenzen hinweg nutzbar zu machen. Voraussetzung wäre, die unterschiedlichen Ausgangslagen der Teilräume zu berücksichtigen und erfolgreiche Ansätze nicht schematisch zu übertragen. Gelingt eine solche Vernetzung, kann die erweiterte Partnerschaft dazu beitragen, bestehende lokale Strukturen zu stabilisieren und Erfahrungen aus einzelnen Gemeinden für das gesamte Fördergebiet zugänglich zu machen.

Die mittelfristige Entwicklung des Fördergebietes hängt damit wesentlich davon ab, ob es gelingt, vorhandenes Engagement personell zu verbreitern, Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche dauerhaft zu sichern und die Wirkung demokratischer Arbeit gegenüber Bevölkerung und politischen Entscheidungsträger:innen sichtbar zu machen.

6. Analyse der Ressourcen, Bedarfe, Potenziale

Die nachhaltige Verankerung demokratischer Kultur und zivilgesellschaftlichen Engagements in den Recknitz-Trebeltal-Gemeinden und der umliegenden Region erfordert eine enge Abstimmung zwischen bestehenden Strukturen und den tatsächlichen Herausforderungen vor Ort. Das folgende Kapitel beleuchtet im Detail, welche Angebote und Möglichkeiten der Partizipation und demokratischen Gestaltung bereits existieren, wie zielführend diese zur Bewältigung lokaler Problemlagen eingesetzt werden können und wo Barrieren die Wirksamkeit hemmen. Darüber hinaus wird untersucht, welche innovativen Ansätze und Maßnahmen – auch im Austausch mit anderen Kommunen – tragfähige Lösungswege eröffnen und welche konkreten Unterstützungs-, Beratungs- und Schutzangebote sich durch die überregionale Vernetzung für die beteiligten Akteur:innen aktivieren lassen. Aufgrund der Zusammensetzung der Interviewstichprobe liegen für einzelne Teilräume deutlich dichtere qualitative Informationen vor als für andere. Eine geringere Zahl benannter Strukturen ist daher nicht mit einer geringeren zivilgesellschaftlichen Aktivität gleichzusetzen.

6.1 Zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Netzwerke

Das Fördergebiet verfügt über eine vielfältige zivilgesellschaftliche Landschaft, die insbesondere durch Vereine, ehrenamtlich getragene Initiativen, schulische und sozialpädagogische Strukturen sowie lokal verankerte Begegnungs- und Beteiligungsformate geprägt ist. Die Interviews verdeutlichen zugleich, dass diese Ressourcen innerhalb des Fördergebietes unterschiedlich stark ausgeprägt und unterschiedlich organisiert sind. Während etwa in Bad Sülze und Wittenhagen vergleichsweise eng vernetzte Strukturen beschrieben werden, bestehen in anderen Teilräumen stärker projektbezogene oder institutionell gebundene Formen des Engagements. Demnach liegt in einem verstärkten Austausch lokaler Erfahrungen ein gewisses Potenzial für zukünftige Partnerschaften.

Ehrenamt und Vereinsstrukturen

Insbesondere für die kleineren Städte und Gemeinden wird das Ehrenamt in den Interviews als zentraler Pfeiler des gesellschaftlichen Lebens beschrieben. Dies betrifft klassische Vereinsstrukturen ebenso wie Feuerwehren, kulturelle Einrichtungen, soziale Initiativen und kommunale Beteiligungsformate. Besonders deutlich wird dies für Bad Sülze. Eine interviewte Person beschreibt die Bedeutung des Ehrenamtes dort folgendermaßen:

> „In unseren Orten ist es so, dass das gesellschaftliche Leben durchs Ehrenamt existiert. Bei uns ist das Museum ehrenamtlich geführt, bei uns ist der Faschingsklub ehrenamtlich, die Feuerwehr ist ehrenamtlich […]. Es ist alles Ehrenamt."

Diese Einschätzung deckt sich mit der vorhandenen Recherche zur lokalen Vereinslandschaft. Für Bad Sülze wurden etwa 15 Vereine und Initiativen sowie eine größere Zahl ehrenamtlich engagierter Personen dokumentiert. Dazu gehören unter anderem Sport-, Kultur- und Sozialvereine. Auch

in Tribsees bestehen mit dem Frauenverein, dem NABU-Ortsverband einschließlich Jugendarbeit sowie weiteren sozialen und kulturellen Trägern unterschiedliche Anknüpfungspunkte[81].

Eine besondere Ressource in Bad Sülze stellt das dort entwickelte Ehrenamtsnetzwerk dar. Nach Aussage eine:r Interviewpartner:in ermöglicht dieses Netzwerk nicht nur eine bessere Abstimmung zwischen engagierten Personen und Vereinen, sondern schafft auch Zugänge zu gemeinsamen Veranstaltungen und Projekten. Als Stärke wird insbesondere hervorgehoben, dass sich Engagierte entsprechend ihrer Interessen und Ressourcen beteiligen können. Gleichzeitig benennt der:die Interviewpartner:in eine noch bestehende Entwicklungsaufgabe: Einzelne Vereine und Institutionen arbeiteten weiterhin vergleichsweise stark für sich und könnten sich stärker füreinander öffnen. Ihre Einschätzung bringt dieses Potenzial prägnant auf den Punkt:

„Wir haben ja manchmal alle das gleiche Ziel, aber dann macht das jeder so für sich so ein bisschen. […] Mensch, wir wollen das Gleiche. Lasst uns doch noch ein bisschen mehr aufeinander zugehen und einfach mehr Gemeinschaft […] schaffen."

Beteiligungs- und Begegnungsorte in Bad Sülze

Über klassische Vereinsstrukturen hinaus haben sich in Bad Sülze mehrere Formate entwickelt, die gesellschaftliches Engagement unmittelbar mit Beteiligung und Demokratieförderung verbinden. Dazu gehören insbesondere das Kinder- und Jugendgremium, die Klappstuhlkonferenz und die Mitmachgalerie. Die Klappstuhlkonferenz ist dabei bewusst als mobiles Beteiligungsformat konzipiert: Bürger:innen kommen nicht in einen klassischen Sitzungssaal, sondern politische und gesellschaftliche Fragen werden unmittelbar an den Orten aufgegriffen, auf die sie sich beziehen. Bereits in einem Interview wurde diese „Lebensweltorientierung" als notwendige Eigenschaft und als Stärke hervorgehoben. So beschreibt ein:e lokale:r Akteur:in, dass bei der Klappstuhlkonferenz gezielt Orte aufgesucht werden und Bürger:innen gefragt werden: „Was wollt ihr hier, was kann passieren?" Gerade solche Formate seien „für die Bürger greifbar", weil sie deren unmittelbaren Lebensraum beträfen.

Mit der Mitmachgalerie kommt ein weiterer Begegnungsort hinzu, der nicht ausschließlich als explizites Demokratieprojekt verstanden werden muss, aber wichtige Voraussetzungen demokratischer Teilhabe schafft. Dort werden nach Angaben aus den Interviews unterschiedliche Altersgruppen über Kreativangebote, Lesungen, Kochangebote oder offene Begegnungsformate angesprochen. Damit werden niedrigschwellige Gelegenheiten für Partizipation und Austausch zwischen verschiedenen sozialen Gruppen ermöglicht.

Schule und Schulsozialarbeit als zivilgesellschaftliche Ankerpunkte

Eine weitere zentrale Ressource bilden Schulen und die mit ihnen verbundenen sozialpädagogischen Strukturen. Besonders deutlich wird dies in Marlow. Ein:e dort tätige:r Interviewpartner:in berichtet von einer über Jahre gewachsenen Projekterfahrung an einer Grundschule. Unterschiedliche Projekte wurden gemeinsam mit dem Schulverein, externen Kooperationspartner:innen und über Fördermittel der Partnerschaft umgesetzt. Nach Einschätzung der:des Interviewten hat diese

[81] Klein.Stadt.Erwachen: Engagement-Netzwerk Bad Sülze. https://www.kleinstadterwachen.de/bad-suelze/ehrenamt/Engagement-Netzwerk.php [zuletzt abgerufen am 21.08.2026].

kontinuierliche Projektarbeit nicht nur einzelne Angebote ermöglicht, sondern auch die Haltung innerhalb der Schule verändert:

> „Wir sind projekterfahren, […] wir sehen auch den Zugewinn und wir haben auch echt schöne Sachen realisiert."

Besonders relevant ist dabei, dass nicht ausschließlich Schüler:innen angesprochen wurden. Die geförderten Projekte hätten nach Aussage aus den Interviews auch dazu beigetragen, die Elternarbeit „auf andere ganz neue […] Füße" zu stellen und damit über klassische Formen schulischer Elternarbeit hinauszugehen. Die Schule fungiert damit als Zugangspunkt zu Kindern, Eltern, Lehrkräften und weiteren Kooperationspartner:innen zugleich.

Ähnliche Funktionen übernehmen die Schulsozialarbeit und das Familiensozialprojekt Vorpommern e. V. im Amt Recknitz-Trebeltal. In Tribsees wurden in Kooperation mit Schulen beispielsweise Beteiligungsprojekte umgesetzt, bei denen Kinder aus verschiedenen Orten ihre Wahrnehmungen ihres Sozialraums, Wünsche und Verbesserungsvorschläge zusammentrugen. In mehreren Interviews wird damit sichtbar, dass bereits das Gefühl, mit dem eigenen Anliegen ernstgenommen und gehört zu werden einen entscheidenden Einfluss haben kann.

Kulturelle und soziale Vernetzung in Tribsees

Auch für Tribsees werden zivilgesellschaftliche Kooperationsstrukturen beschrieben, die über einzelne Vereine hinausgehen. Ein:e Interviewpartner:in berichtet beispielsweise von einem Arbeitskreis, in dem unterschiedliche ehrenamtlich Aktive der Stadt zusammengebracht wurden. Daraus entstanden gemeinsame Projekte mit der Kirchgemeinde, einem Kulturverein und weiteren lokalen Trägern. Der:Die Interviewpartner:in beschreibt die eigene Funktion dabei ausdrücklich als Vernetzungsrolle.

Demokratiezentrum und koordinierte Vereinslandschaft in Wittenhagen

Mit dem ab 2027 hinzukommenden Amt Miltzow erweitert sich die Partnerschaft um einen Teilraum, in dem insbesondere für Wittenhagen eine vergleichsweise stark koordinierte Vereins- und Engagementstruktur beschrieben wird. Eine zentrale Ressource ist das Demokratiezentrum in Abtshagen, ein von der Gemeinde Wittenhagen errichteter Neubau am örtlichen Sportplatz, der das frühere Vereinshaus ersetzt. Bei Gesamtkosten von rund 748.000 Euro wurde er unter anderem aus dem Bürgerfonds des Landes gefördert. Er soll nach Darstellung der Gemeinde Vereinen, Bürgerinitiativen und Bürgerversammlungen als offener Ort dienen und zivilgesellschaftliche Strukturen, insbesondere das Ehrenamt, stärken; Hauptnutzer ist zunächst der SV Abtshagen. Eine eigene fachliche Ausstattung für Demokratiebildung ist damit nicht verbunden. Für die Partnerschaft liegt der Wert des Zentrums daher zunächst im Raumangebot und in der Signalwirkung des Namens, nicht in einer vorhandenen Fachstruktur.

Besonders hervorzuheben ist die regelmäßige Abstimmung der lokalen Akteur:innen. In einem Interview wird beschrieben, dass regelmäßig rund 25 Vertreter:innen aus Vereinen und weiteren lokalen Strukturen zusammenkommen. Gemeinsam werden Veranstaltungen, Jubiläen und Projekte abgestimmt. Dadurch entsteht weniger ein formales Netzwerk mit eigener Organisationsstruktur als vielmehr eine kontinuierliche Arbeitsbeziehung zwischen den zentralen

zivilgesellschaftlichen Akteur:innen vor Ort. Im gleichen Interview wird eine grundsätzliche Erfahrung beschrieben, die auch für andere Teilräume relevant sein kann: Nicht alle Aktivitäten müssten durch kommunalpolitische Strukturen selbst organisiert werden. Vielmehr sei es hilfreich, wenn Vereine, Feuerwehr, kirchliche Akteur:innen und weitere Initiativen eigenständig ihre jeweiligen Interessen vertreten könnten und zugleich regelmäßig miteinander in Austausch stünden.

Potenzial für die erweiterte Partnerschaft

Insgesamt verfügt das zukünftige Fördergebiet damit über erhebliche zivilgesellschaftliche Ressourcen, allerdings in unterschiedlichen Formen. In Bad Sülze bestehen ausgeprägte Ehrenamts- und Beteiligungsnetzwerke, in Marlow eine langjährige schulbezogene Projektstruktur, in Tribsees insbesondere sozialpädagogische, kulturelle und projektbezogene Kooperationen und in Wittenhagen eine eng koordinierte Vereinslandschaft mit einem eigenen Demokratiezentrum. Hinzu kommen zahlreiche Sport-, Kultur-, Sozial-, Umwelt- und Feuerwehrvereine in den übrigen Gemeinden.

6.2 Kommunalpolitische Akteur:innen und Institutionen

Eine konstruktive Bearbeitung der identifizierten Problemlagen ist im Fördergebiet wesentlich auf die Zusammenarbeit von Kommunalpolitik, Verwaltung, Schulen und sozialpädagogischen beziehungsweise beratenden Institutionen angewiesen. In den Interviews wird deutlich, dass vor allem dort Handlungsspielräume entstehen, wo politische Entscheidungsträger:innen lokale Projekte aktiv unterstützen, Verwaltungs- und Förderstrukturen zugänglich machen und mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in regelmäßigem Austausch stehen. Gleichzeitig wird deutlich, dass diese Zusammenarbeit bislang teilweise stark personenabhängig ist und sich zwischen den einzelnen Teilräumen unterscheidet.

Bürgermeister:innen und kommunale Vertretungen als zentrale Schnittstellen

Eine besondere Rolle kommt den Bürgermeister:innen und kommunalen Vertretungen zu. Dies ist im Amt Recknitz-Trebeltal auch strukturell bedeutsam, weil die Gemeinden überwiegend durch ehrenamtliche Bürgermeister:innen geführt werden, während Marlow über einen hauptamtlichen Bürgermeister verfügt. Im Amt Miltzow kommt mit dem Amtsvorsteher und den dortigen Gemeindevertretungen eine weitere kommunalpolitische Ebene hinzu.

Die Interviews zeigen, dass kommunalpolitische Akteur:innen insbesondere dann zu einer Ressource werden, wenn sie als Vermittler:innen zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Bevölkerung agieren.

> „Wir müssen aufpassen, dass das Leben vor unserer Haustür in Ordnung ist, dass wir aufeinander aufpassen und dass wir gut miteinander umgehen. […] Da muss man keine großen […] Worte, sondern da muss man es runterbrechen auf das, was jeder versteht und auf Augenhöhe mit Bürgern reden."

Diese Perspektive ist für die PfD besonders relevant, weil sie auf eine Funktion kommunalpolitischer Akteur:innen verweist, die über formale Beschlüsse hinausgeht: Bürgermeister:innen können als lokal bekannte und niedrigschwellig erreichbare Personen politische Themen in konkrete Anliegen des unmittelbaren Lebensumfelds übersetzen. Eine konkrete Aufgabe der Kommunen wird in

einem Interview darin beschrieben, geeignete Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement zu schaffen, um Eigeninitiative überhaupt erst zu ermöglichen:

> „Man muss sich einfach auf den Weg machen und wenn man das macht, dann zieht man auch die richtigen Leute an und die haben dann auch Lust mitzumachen."

Mit dem Demokratiezentrum in Abtshagen besteht dort zusätzlich eine kommunalpolitisch unterstützte Infrastruktur, an die die zukünftige PfD organisatorisch unmittelbar anknüpfen kann.

Politische Gremien als Voraussetzung für Verstetigung und Legitimation

Neben den Bürgermeister:innen sind Stadt- und Gemeindevertretungen, Ausschüsse und Amtsausschüsse zentrale Akteur:innen, weil sie über Haushalte, kommunale Ressourcen und teilweise auch die institutionelle Unterstützung der PfD entscheiden. Die Interviews zeigen allerdings, dass die Wirkung der Partnerschaft innerhalb dieser Gremien nicht überall gleichermaßen bekannt ist.

Bereits in Kapitel 4 wurde herausgearbeitet, dass interviewte Personen ein Defizit im Informationsfluss zwischen Partnerschaft und kommunalpolitischen Gremien beschreiben. Aus dieser Sicht erscheint eine regelmäßige Berichterstattung der PfD in den zuständigen politischen Gremien sinnvoll. Konkret wird vorgeschlagen, ein- bis zweimal jährlich im Amtsausschuss darzustellen, welche Projekte umgesetzt und welche Wirkungen erzielt wurden. Damit wäre die Information der Gremien an ein festes Verfahren gebunden und nicht mehr von einzelnen Kontakten abhängig. Das entlastet vor allem ehrenamtlich ausgeübte Mandate, in denen für eigene Recherche wenig Zeit bleibt. Darin liegt ein zentraler Ressourcenansatz: Die politischen Gremien sind nicht nur Entscheidungsebenen, sondern können zu Multiplikatoren der PfD werden, sofern die Arbeit der Partnerschaft dort kontinuierlich sichtbar gemacht wird. Angesichts der in Kapitel 3.4 beschriebenen politischen Verschiebungen und der in den Interviews geäußerten Sorge um die zukünftige Finanzierung von Kultur-, Bildungs- und Demokratieprojekten gewinnt diese institutionelle Verankerung zusätzlich an Bedeutung.

Kommunalpolitik als Vernetzungsakteur

Ein weiteres Potenzial zeigt sich in Tribsees. Dort beschreibt ein:e Interviewpartner:in ihre Rolle ausdrücklich als Schnittstelle zwischen unterschiedlichen lokalen Akteur:innen. Über die Stadtvertretung, den Kultur-, Bildungs- und Sozialausschuss sowie die Tätigkeit im Familiensozialprojekt werden Informationen und Fördermöglichkeiten zwischen Kommune und Trägerlandschaft vermittelt.

Diese Vernetzungsfunktion wurde in der Vergangenheit unter anderem genutzt, um einen lokalen Arbeitskreis aufzubauen, in dem ehrenamtliche Akteur:innen, Kirchgemeinde, Kulturverein und weitere Träger gemeinsam Projekte entwickelten. Die Kommune übernahm dabei nicht sämtliche Aufgaben selbst, sondern unterstützte die Vernetzung und Antragstellung.

Gerade für kleine Kommunen mit begrenzten hauptamtlichen Kapazitäten ist diese Form der Vermittlung bedeutsam. Die Interviews deuten darauf hin, dass personenbezogene Netzwerke derzeit einen Teil der fehlenden institutionellen Schnittstellen kompensieren. Darin liegen zugleich eine Stärke und eine Schwäche: Solche Strukturen ermöglichen pragmatisches Handeln, sind aber anfällig für personelle Wechsel.

Schulen, Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit

Zu den wichtigsten institutionellen Partner:innen der Demokratieförderung gehören die Schulen und die dort angesiedelten beziehungsweise mit ihnen kooperierenden sozialpädagogischen Fachkräfte. Im Fördergebiet bestehen unter anderem Schulsozialarbeitsangebote an der Regionalen Schule Recknitz-Trebeltal in Tribsees, an der Grundschule Heinrich Bandlow in Tribsees und an der Dahlien-Grundschule in Bad Sülze. Hinzu kommen Jugendsozialarbeit und sozialraumorientierte Schulsozialarbeit.

Die Interviews zeigen, dass eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Schule, Schulsozialarbeit und PfD langfristige Wirkungen entfalten kann. Dort wurden über viele Jahre hinweg Projekte für Schüler:innen, Lehrkräfte und Eltern umgesetzt. Ein:e Interviewpartner:in beschreibt, dass die Schule dadurch eine ausgeprägte Projektkompetenz entwickelt habe und auch die Elternarbeit verändert worden sei.

In Tribsees wird dagegen zugleich eine institutionelle Lücke sichtbar. Dort besteht zwar grundsätzlich eine im Haushalt vorgesehene Stelle für den Jugendclub, sie war zum Zeitpunkt des Interviews jedoch seit etwa anderthalb Jahren unbesetzt. Als Reaktion wurde eine sozialraumorientierte Schulsozialarbeit eingerichtet, die stärker außerhalb des klassischen Schulkontextes arbeiten und Jugendliche dort erreichen soll, wo sie sich aufhalten.

Der:Die Interviewpartner:in beschreibt den Ansatz folgendermaßen:

> „[Die Stelle] soll im Grunde dahin gehen, wo die sind, wo die Schüler sind […] und mit ihnen auch sprechen: Was wünscht ihr euch, was erwartet ihr von mir als Stelle?“

Damit steht im Fördergebiet bereits eine institutionelle Struktur zur Verfügung, die für aufsuchende Beteiligungsarbeit genutzt werden kann. Ihre Wirkung hängt jedoch wesentlich davon ab, ob entsprechende Stellen dauerhaft besetzt und fachlich unterstützt werden können.

Jugendhilfe und Übergang Schule–Beruf

Über die Schulen hinaus bestehen auf Landkreisebene weitere institutionelle Strukturen, die für die Bearbeitung der in Kapitel 3 beschriebenen Herausforderungen relevant sind. Hierzu zählt das Arbeitsbündnis Jugend und Beruf des Landkreises Vorpommern-Rügen, das Jugendliche beim Übergang von Schule in Ausbildung und Erwerbsleben unterstützen und Warteschleifen im Übergangssystem vermeiden soll. Solche Institutionen können Demokratiearbeit selbstverständlich nicht einfach ersetzen, entsprechen aber wichtigen Kooperationspartnern, wenn politische Partizipation und soziale Integration mit den Zukunftsperspektiven junger Erwachsener zusammengedacht werden sollen.

Für die PfD ist diese Struktur insbesondere deshalb von Bedeutung, weil die Situationsanalyse einen unterdurchschnittlichen Anteil junger Erwachsener und eine Abwanderung im Ausbildungs- und Berufseinstiegsalter herausgearbeitet hat.

Kreisweite Präventions- und Beratungsstrukturen

Über die unmittelbar kommunalen Strukturen hinaus stehen der Partnerschaft weitere Institutionen auf Landkreisebene zur Verfügung. Nach dem Regionalen Lagebild für Vorpommern-Rügen

gehören hierzu insbesondere der Kommunale Präventionsrat des Landkreises, Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, zuständige Fachdienste, Polizei und Bundespolizei, Staatsanwaltschaft sowie das Regionalzentrum für demokratische Kultur. Der Kommunale Präventionsrat verbindet seit 2011 staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur:innen und bildet damit eine institutionalisierte Schnittstelle für Extremismus- und Kriminalitätsprävention sowie Demokratiebildung. Das Lagebild benennt Schulen zudem ausdrücklich als zentrale demokratische Lernorte und verweist darauf, dass Beratungsanfragen zu sozialem Lernen, demokratischer Schulkultur, Gewaltvorfällen und Krisen zunehmen. Für die PfD eröffnet sich damit die Möglichkeit, bei Problemlagen nicht ausschließlich eigene Kompetenzen aufzubauen, sondern auf bereits vorhandene fachliche Beratungsstrukturen zurückzugreifen[82].

Institutionelles Potenzial der erweiterten Partnerschaft

Zusammenfassend verfügt das Fördergebiet über eine breite institutionelle Basis: Bürgermeister:innen und Gemeindevertretungen, Stadt- und Amtsausschüsse, kommunale Verwaltungen, Schulen und Schulsozialarbeit, Jugendsozialarbeit sowie kreisweite Präventions- und Beratungsstrukturen können jeweils unterschiedliche Beiträge zur Bearbeitung der identifizierten Problemlagen leisten.

Die Interviews zeigen jedoch, dass die Wirksamkeit dieser Strukturen nicht allein von ihrer formalen Existenz abhängt. Entscheidend sind vielmehr Kommunikation, persönliche Verantwortungsübernahme, kontinuierliche Beziehungen und eine sichtbare Rückkopplung zwischen Projekten und politischen Entscheidungsebenen. Insbesondere die bevorstehende Erweiterung und organisatorische Neuaufstellung der PfD zum Jahr 2027 bietet deshalb die Möglichkeit, solche Schnittstellen bewusster zu gestalten.

Eine zentrale Aufgabe wird dabei sein, die politische und administrative Verantwortung nicht auf einzelne besonders engagierte Personen zu konzentrieren. Regelmäßige Berichte der PfD in den kommunalpolitischen Gremien, feste Ansprechpersonen in den Teilräumen und eine kontinuierliche Einbindung von Schulen, Jugendhilfe und Beratungsstrukturen könnten dazu beitragen, bestehende personengebundene Kooperationen stärker institutionell abzusichern. Damit würde zugleich einem Problem begegnet, das sich durch mehrere Interviews zieht: Gute Strukturen sind vielerorts vorhanden, ihre Stabilität hängt jedoch teilweise noch stark davon ab, wer sich persönlich für sie verantwortlich fühlt.

6.3 Sektorübergreifende Kooperation

Im Fördergebiet bestehen bereits vielfältige Kooperationen zwischen Kommunalpolitik, Verwaltung, Schulen, sozialen Trägern, Vereinen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Die Interviews weisen deshalb weniger auf einen grundsätzlichen Mangel an Netzwerken als auf Unterschiede in ihrer Verbindlichkeit und Kontinuität hin. Mehrfach wird deutlich, dass Zusammenarbeit dort besonders gut funktioniert, wo Personen über längere Zeit miteinander arbeiten,

[82] Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Rügen (2026): Regionales Lagebild für den Landkreis Vorpommern-Rügen. Stralsund, August 2026.

Zuständigkeiten bekannt sind und Informationen regelmäßig weitergegeben werden. Gleichzeitig sind einige dieser Beziehungen stark an einzelne engagierte Personen gebunden.

Ein wiederkehrendes Thema ist die Kommunikation zwischen der Partnerschaft für Demokratie und den kommunalpolitischen Ebenen. In einem Interview wird deshalb angeregt, die geförderten Projekte und ihre Ergebnisse regelmäßig in den zuständigen politischen Gremien vorzustellen. Gerade in Gemeinden mit ehrenamtlich ausgeübten kommunalpolitischen Funktionen kann eine solche regelmäßige Rückkopplung dazu beitragen, Informationen über die Arbeit der PfD verlässlich weiterzugeben. Die Teilräume bringen dabei unterschiedliche Kooperationserfahrungen mit (vgl. Abschnitt 6.1); für die Zusammenarbeit bietet es sich an, an diesen bestehenden Strukturen anzuknüpfen statt neue aufzubauen.

Neben formalen Kooperationsstrukturen spielen persönliche Kontakte eine wichtige Rolle. Ein:e Interviewpartner:in beschreibt, dass insbesondere bei konfliktbehafteten Themen niedrigschwellige Zugänge über bestehende soziale Beziehungen hilfreich sein können:

„Sowas muss immer niederschwellig angeboten werden. Immer einer kennt einen, der einen kennt, der einen kennt."

Solche informellen Zugänge sind gerade in kleineren Gemeinden eine wichtige Ressource. Gleichzeitig sollten Informationen und Zuständigkeiten nicht ausschließlich an persönlichen Kontakten hängen. Für eine dauerhaft tragfähige Zusammenarbeit braucht es daher beides: verlässliche institutionelle Schnittstellen und die Möglichkeit, Menschen über vorhandene persönliche Beziehungen zu erreichen.

Auch innerhalb der Zivilgesellschaft besteht weiteres Kooperationspotenzial. In einem Interview wird beschrieben, dass Vereine und Initiativen teilweise ähnliche Ziele verfolgen, bislang aber noch zu häufig nebeneinander arbeiten:

„Wir haben ja manchmal alle das gleiche Ziel, aber dann macht das jeder so für sich so ein bisschen."

Hier können bestehende Netzwerke stärker für gemeinsame Projektplanung und themenbezogenen Austausch genutzt werden. Zusätzliche dauerhafte Gremien erscheinen dafür nicht zwingend notwendig. Entscheidend ist vielmehr, bestehende Strukturen füreinander zu öffnen und relevante Akteur:innen bei gemeinsamen Themen miteinander in Kontakt zu bringen.

Eine wichtige Schnittstellenfunktion übernehmen zudem Schulen und Schulsozialarbeit. Sie verfügen über unmittelbare Zugänge zu Kindern und Jugendlichen und stehen zugleich mit Eltern, Jugendhilfe, Vereinen und kommunalen Akteur:innen in Kontakt. In Tribsees verfolgt die sozialraumorientierte Schulsozialarbeit bereits den Ansatz, Jugendliche auch außerhalb des Schulgebäudes zu erreichen und ihre Bedarfe im Sozialraum aufzugreifen. Solche aufsuchenden Ansätze können Kooperation zwischen Schule, Jugendarbeit, Vereinen und Beteiligungsformaten erleichtern.

Für die Zusammenarbeit mit Sicherheits- und Beratungsbehörden liegen aus den lokalen Interviews nur wenige konkrete Erfahrungen vor. Mit dem Kommunalen Präventionsrat und dem Regionalzentrum für demokratische Kultur bestehen auf Kreisebene jedoch bereits Kooperationsstrukturen, an die angeknüpft werden kann (vgl. Abschnitt 6.5).

Für die Partnerschaft besteht damit vor allem die Aufgabe, vorhandene lokale und kreisweite Strukturen stärker miteinander zu verbinden. Besonders wichtig sind dabei regelmäßige Kommunikation, bekannte Zuständigkeiten und verlässliche Ansprechpartner:innen.

6.4 Unterstützungsbedarfe und Schutzangebote

Die Interviews zeichnen insgesamt kein Bild fehlender Handlungsfähigkeit. Im Fördergebiet bestehen zahlreiche aktive Vereine, Initiativen, Schulen und Beteiligungsformate. Gleichzeitig werden wiederkehrende Bedingungen benannt, die die Umsetzung von Projekten erschweren. Dazu gehören vor allem begrenzte personelle und zeitliche Ressourcen, administrative Anforderungen bei der Projektförderung, fehlende Planungssicherheit sowie punktueller Bedarf an zusätzlicher Fachkompetenz.

Personelle Entlastung und Verbreiterung des Engagements

Mehrere Interviewpartner:innen beschreiben, dass ein erheblicher Teil des gesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements von einem vergleichsweise kleinen Kreis aktiver Personen getragen wird. Dadurch entstehen Belastungen und eine hohe Abhängigkeit von einzelnen Schlüsselpersonen. Ein:e Interviewpartner:in fasst dies knapp zusammen:

„Das sind ja auch oft immer dieselben Gesichter, die sich dann engagieren."

Damit verbunden ist der Wunsch, Verantwortung stärker auf mehrere Personen zu verteilen und bei einzelnen Aufgaben professionelle Unterstützung hinzuziehen zu können. Der Bedarf besteht daher nicht nur darin, weitere Ehrenamtliche zu gewinnen. Ebenso wichtig ist es, bestehendes Engagement zu entlasten und dort fachliche Unterstützung verfügbar zu machen, wo ehrenamtliche Strukturen an ihre Grenzen kommen. Dass nicht allein finanzielle Mittel ausschlaggebend sind, zeigt das Beispiel der offenen Jugendarbeit in Tribsees (vgl. Abschnitt 6.2).

Unterstützung bei Förderverfahren

Mehrere Befragte beschreiben Antragstellung, Nachweisführung und Abrechnung insbesondere für kleine, ehrenamtlich geführte Vereine als belastend. Gerade bei geringen Fördersummen könne der administrative Aufwand dazu führen, dass auf eine Antragstellung verzichtet werde.

Beratung bei der Antragstellung, Unterstützung bei Zielformulierung und Abrechnung sowie Vorlagen und Muster hält die Koordinierungs- und Fachstelle bereits vor und bewirbt sie gegenüber den Projektträgern. Diese Angebote werden bislang jedoch nur begrenzt in Anspruch genommen. In der Folge kommt es im laufenden Verfahren zu Nachforderungen, die die Antragstellung zusätzlich verlängern.

Fehlende Nutzung von Beratungsangeboten entstehen üblicherweise aus folgenden Gründen: Unzureichende Bekanntheit, eine Hemmschwelle, Beratung von sich aus nachzufragen, oder ein Zuschnitt, der zu den zeitlichen Möglichkeiten ehrenamtlich geführter Vereine nicht passt. Der Unterstützungsbedarf liegt damit weniger im Aufbau neuer Beratungsangebote als in ihrer tatsächlichen Bewerbung und Nutzung.

Planungssicherheit

Neben dem Umfang administrativer Anforderungen wird auch der Zeitpunkt von Förderentscheidungen thematisiert. Ein:e Interviewpartner:in beschreibt, dass ein später Projektstart die Suche nach geeigneten externen Fachkräften erschwert, weil diese zu diesem Zeitpunkt teilweise bereits anderweitig gebunden seien.

„Man muss spätestens immer seine Anträge im Frühling […] abgeben, damit man dann auch mal irgendwie starten kann."

Für Schulen, Vereine und externe Bildungsträger sind deshalb möglichst frühzeitig absehbare Förderzeiträume wichtig. Gerade Angebote, die mit externen Fachkräften umgesetzt werden, benötigen häufig mehrere Monate Vorlauf.

Fachliche Unterstützung

In einzelnen Interviews wird zudem der Wunsch nach punktueller professioneller Unterstützung geäußert, etwa in den Bereichen politische Bildung, Moderation, Medienbildung, Konfliktberatung oder bei der Begleitung komplexerer Beteiligungsprozesse. Die vorhandenen Bildungsangebote der Koordinierungs- und Fachstelle wurden bislang jedoch nur von wenigen Akteur:innen genutzt.

Nicht jede dieser Kompetenzen muss dauerhaft innerhalb der PfD selbst vorgehalten werden. Entscheidend ist vielmehr, dass relevante Fachstellen oder externe Akteur:innen bekannt sind, bei Bedarf hinzugezogen werden können und entsprechende Leistungen finanzierbar sind.

Anerkennung ehrenamtlichen Engagements

Auch die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit wird als wichtiger Faktor beschrieben. Ein:e Interviewpartner:in regt beispielsweise gemeinsame Veranstaltungen oder andere Formen der Würdigung für Menschen an, die regelmäßig Verantwortung übernehmen.

Dabei muss Anerkennung nicht zwingend finanzieller Art sein. Öffentliche Sichtbarkeit, gemeinsame Veranstaltungen, persönliche Wertschätzung oder praktische Unterstützung können ebenfalls dazu beitragen, Engagierte langfristig zu halten.

Schutz exponierter Akteur:innen

Aus den fünf Interviews ergibt sich derzeit kein klarer Hinweis auf einen eigenständigen Bedarf an dauerhaft eingerichteten lokalen Schutzstrukturen. Wiederkehrende gezielte Angriffe oder konkrete Bedrohungslagen gegenüber zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch engagierten Personen werden in den Interviews nicht übereinstimmend beschrieben.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass keine Gefährdungen bestehen. Das Regionale Lagebild für Vorpommern-Rügen verweist auf eine erhöhte rechtsextreme Aktivität im Landkreis, die Präsenz des „III. Wegs" unter anderem in Tribsees und ein weiterhin hohes Risiko rechtsextrem motivierter Gewalt. Besonders queere, linke und migrantisch gelesene Personen werden dort als mögliche Betroffene von Anfeindungen genannt.

Vor diesem Hintergrund ist vor allem wichtig, dass bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote bekannt und kurzfristig erreichbar sind. Dazu gehören insbesondere klare Ansprechpersonen sowie Weitervermittlung zu Fachberatungsstellen und Opferberatung. Ein

eigenständiger Aufbau dauerhafter Schutzstrukturen innerhalb der PfD lässt sich aus dem vorliegenden Interviewmaterial dagegen nicht ableiten.

6.5 Überregionale Vernetzung

Die in Kapitel 6.4 beschriebenen Unterstützungsbedarfe müssen nicht vollständig innerhalb der Partnerschaft selbst abgedeckt werden. Für spezialisierte Themen wie Rechtsextremismus, Konflikt- und Krisenberatung, Antidiskriminierung oder Unterstützung bei Bedrohungslagen bestehen bereits Fachstrukturen auf Kreis- und Landesebene.

Eine zentrale Anlaufstelle ist das Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Rügen, welches in verschiedene kreisweite Kooperationsstrukturen eingebunden und unter anderem in den Bereichen Extremismusprävention, Demokratiebildung und Krisenberatung tätig ist. Zudem wirkt es im Regionalen Beratungsnetzwerk und im Kommunalen Präventionsrat des Landkreises mit.

Für lokale Vereine, Schulen und weitere engagierte Akteur:innen bedeutet dies, dass bei Konflikten oder demokratiefeindlichen Vorfällen nicht sämtliche Fachkompetenz vor Ort aufgebaut werden muss. Wichtig ist vielmehr, dass bestehende Angebote bekannt sind und bei Bedarf unkompliziert genutzt werden können.

Auch für Diskriminierungsfälle und für Zielgruppen, für die im Fördergebiet keine eigenen spezialisierten Angebote bestehen, gibt es überregionale Beratungsstrukturen. Dazu gehören unter anderem Angebote des Antidiskriminierungsverbandes Mecklenburg-Vorpommern sowie queere Beratungs- und Vernetzungsangebote. Da entsprechende Anlaufstellen überwiegend außerhalb des Fördergebietes liegen, können digitale, mobile oder zeitweise vor Ort angebotene Beratungsformate insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität hilfreich sein.

Überregionale Vernetzung kann darüber hinaus zur Qualifizierung lokaler Akteur:innen beitragen. In den Interviews werden unter anderem Unterstützungsbedarfe bei Förderverfahren, Jugendbeteiligung, Zielgruppenansprache und politischer Kommunikation sichtbar. Für solche Themen können Fachstellen und andere Partnerschaften für Demokratie Erfahrungen und erprobte Ansätze zur Verfügung stellen.

6.6 Ansätze & Formate

Aus den vorliegenden Interviews und den bereits bestehenden lokalen Angeboten lassen sich mehrere Ansätze ableiten, die für die zukünftige Arbeit der PfD besonders geeignet erscheinen. Auffällig ist dabei, dass erfolgreiche Formate von den Befragten weniger über ihren expliziten Demokratiebegriff als über ihre Lebensweltnähe, konkrete Nutzbarkeit und sichtbare Wirkung beschrieben werden. Maßnahmen sollten deshalb an vorhandene lokale Strukturen anknüpfen und Beteiligung mit konkreten Erfahrungen von Selbstwirksamkeit verbinden.

Niedrigschwellige und lebensweltnahe Beteiligungsformate

Das zugrunde liegende Prinzip lässt sich von der Klappstuhlkonferenz in Bad Sülze ablesen (vgl. Abschnitt 6.1): Beteiligung funktioniert eher, wenn ein konkretes Thema, ein vertrauter Ort und ein

sichtbarer Bezug zum eigenen Alltag zusammenkommen. Für Übertragungen in andere Gemeinden ist dabei weniger das konkrete Format als dieses zugrunde liegende Prinzip relevant.

Beteiligung mit sichtbaren Ergebnissen

Besonders bei Kindern und Jugendlichen wird in den Interviews deutlich, dass Beteiligung nicht zwingend über formale Gremien erfolgen muss. Wichtig ist vielmehr, dass ihre Anliegen wahrgenommen und nachvollziehbar weiterbearbeitet werden.

Im Rahmen des Kids-Konvents wurden beispielsweise Wünsche von Kindern zu ihrem Sozialraum gesammelt und an kommunale Gremien weitergegeben. Ein:e Interviewpartner:in betont:

„Es reicht ja manchmal auch 'ne Kleinigkeit, um den Kindern auch zu zeigen, dass die Kinder auch gehört werden und wissen, dass das, was sie sich wünschen […], auch ernst genommen wird."

Beteiligungsprozesse gewinnen dadurch an Glaubwürdigkeit, dass Entscheidungsspielräume transparent benannt und zumindest einzelne sichtbare Ergebnisse erreicht werden.

Das diese Angebote zielführend wirken können, lässt sich am Vergleichsfall Anklam im Landkreis konkretisieren. Dort ist das Jugendparlament nicht nur beratend, sondern stimmberechtigtes Bündnismitglied, trifft sich regelmäßig mit dem Bürgermeister und kann eigene Anträge in die Stadtvertretersitzung einbringen. Das Ergebnis kann sich laut den Interviewpartner:innen zeigen lassen: Auf Initiative des Jugendparlaments entstanden ein Trinkwasserbrunnen und ein Grillplatz an der Peene, es organisierte eine Podiumsdiskussion zwischen Bürgermeisterkandidat:innen, und zuletzt bewarben sich 18 Jugendliche um einen Sitz. Selbst eine Sechstklässlerin kandidierte mit Unterstützung ihrer Schule. Essenziell für diesen Erfolg ist die von den Jugendlichen selbst benannte Erfahrung realer Wirksamkeit: „Die sehen jetzt auch, wenn sie sich stark machen für ihre Interessen, passiert auch was." Getragen wird das Format zudem von einer erklärten politischen Priorität: „Dem Bürgermeister ist auch sehr wichtig, dass es ein Jugendparlament gibt."

Dies zeigt, welche strukturellen Elemente: Stimmrecht im Bündnis, regelmäßiger Austausch mit der Verwaltungsspitze, sowie ein formales Antragsrecht zielführend sind, um aus dem im Aufbau befindlichen Jugendparlament ein wirksames Beteiligungsinstrument zu machen.

Aufsuchende und dezentrale Jugendbeteiligung

Die Größe des Fördergebietes und die unterschiedlichen Mobilitätsbedingungen erschweren zentral organisierte Jugendbeteiligung. Gleichzeitig bestehen in mehreren Orten bereits eigene Beteiligungsformen.

Aufsuchende und dezentrale Ansätze können deshalb eine wichtige Ergänzung darstellen. Die sozialraumorientierte Schulsozialarbeit in Tribsees verfolgt bereits den Ansatz, Jugendliche auch außerhalb der Schule zu erreichen. Vergleichbare Prinzipien können für projektbezogene Jugendbeteiligung, wechselnde Veranstaltungsorte oder lokale Jugendformate genutzt werden.

Damit können lokale Strukturen erhalten bleiben, ohne dass für das gesamte Fördergebiet ein einheitliches zentralisiertes Modell notwendig ist.

Bestehende Begegnungsorte nutzen

Demokratische Beteiligung findet nicht nur in ausdrücklich als Demokratieprojekt bezeichneten Angeboten statt. Mitmachgalerie, Schulen, Vereine, Feuerwehren, Kirchen, kulturelle Einrichtungen und das Demokratiezentrum in Abtshagen schaffen Räume, in denen Menschen miteinander in Kontakt kommen, Entscheidungen aushandeln und gemeinsame Aktivitäten gestalten.

Gerade für Personen, die über klassische politische Bildungsangebote nur schwer erreichbar sind, können solche Orte geeignete Zugänge bieten. Demokratiebildung kann dort an Fragen des unmittelbaren Zusammenlebens, an lokale Geschichte, gemeinsame Projekte oder Konflikte im Alltag anknüpfen.

Medienbildung mit persönlichen Beziehungen verbinden

Mehrere Interviewpartner:innen äußern Sorge darüber, dass politische Meinungsbildung insbesondere bei Jugendlichen zunehmend über soziale Medien stattfindet. Auch das Regionale Lagebild beschreibt digitale Räume als wichtigen Ort rechtsextremer Ansprache und Rekrutierung.

Medienbildung sollte deshalb nicht ausschließlich über Informationsangebote erfolgen. Besonders erfolgversprechend sind Formate, die an bestehende Vertrauensbeziehungen in Schule, Jugendarbeit oder Vereinen anknüpfen und Raum für Diskussion, Quellenprüfung und die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Informationen bieten.

Externe Angebote dort nutzen, wo lokale Strukturen fehlen

Bei spezialisierten Themen, für die im Fördergebiet keine eigenen Angebote bestehen, können mobile oder überregionale Ansätze sinnvoll sein. Dies betrifft beispielsweise queere Jugendliche oder spezifische Beratungsbedarfe bei Diskriminierung und extremistischen Vorfällen.

Nicht überall braucht es dafür eine dauerhaft eigene Einrichtung. Je nach Bedarf können Kooperationen mit bestehenden Fachstellen, mobile Angebote oder zeitweise vor Ort stattfindende Formate geeigneter sein.

Insgesamt zeigen die Interviews vor allem die Bedeutung lebensnaher, dezentraler und an bestehenden Beziehungen orientierter Ansätze. Besonders tragfähig erscheinen Formate, bei denen Menschen konkrete Gestaltungsmöglichkeiten erleben und nachvollziehen können, was aus ihrer Beteiligung entsteht.

6.7 Möglichkeiten der Partizipation und demokratischen Gestaltung

Im Fördergebiet bestehen bereits zahlreiche Möglichkeiten der Beteiligung und demokratischen Gestaltung. Sie unterscheiden sich jedoch hinsichtlich Zielgruppe, Reichweite und Institutionalisierungsgrad deutlich zwischen den einzelnen Teilräumen. Insgesamt ergibt sich weniger das Bild eines grundsätzlichen Mangels an Beteiligungsmöglichkeiten als vielmehr einer fragmentierten Beteiligungslandschaft, deren Angebote teilweise nur lokal bekannt sind und deren Kontinuität häufig von einzelnen engagierten Personen abhängt.

Kinder- und Jugendbeteiligung in Bad Sülze

In Bad Sülze besteht mit dem Kinder- und Jugendgremium eine vergleichsweise weit entwickelte Form der Kinder- und Jugendbeteiligung. Hinzu kommen schulische und projektbezogene Beteiligungsangebote sowie die Klappstuhlkonferenz als generationsübergreifendes Format. In einem

Interview werden zudem frühere Erfahrungen mit einem Jugendparlament beschrieben, dessen Mitglieder in kommunalpolitische Prozesse eingebunden und bei eigenen Projekten unterstützt wurden:

„Wir haben ja ein Jugendparlament gegründet […], die jungen Leute, die mit einbezogen werden in die Arbeit des Stadtparlamentes, die sich Projekte rausnehmen, die gestalten."

Gleichzeitig wird in einem weiteren Interview darauf hingewiesen, dass auch vorhandene Beteiligungsgremien nicht automatisch eine große oder dauerhaft aktive Gruppe erreichen. Kontinuierliche Ansprache und Begleitung bleiben daher notwendig.

Beteiligung über Schule und Sozialraum in Tribsees

In Tribsees besteht zum Zeitpunkt der Interviews kein eigenständiges Kinder- und Jugendparlament. Beteiligung erfolgt vor allem über Schulen, Schulsozialarbeit und projektbezogene Formate wie den Kids-Konvent. Dieser bringt Kinder beziehungsweise Schüler:innen aus unterschiedlichen Orten zusammen, um über ihren Sozialraum und ihre Wünsche zu sprechen und Vorschläge an Stadt- und Gemeindevertretungen heranzutragen.

Ein:e Interviewpartner:in formuliert zugleich ausdrücklich den Wunsch nach einer stärker institutionalisierten Vertretung:

„Ich würde mir ja mal wünschen, dass wir noch mal irgendwo so ein Kinder- und Jugendparlament haben. Im Amtsbereich haben wir nicht."

Damit besteht bereits eine projektbezogene Beteiligungsbasis. Zugleich wird der Wunsch nach einer stärker verstetigten Form der Jugendvertretung deutlich. Entscheidend ist dabei weniger die Bezeichnung des Gremiums als die Frage, ob junge Menschen kontinuierlich Zugang zu Entscheidungsträger:innen erhalten und Rückmeldungen zu ihren Anliegen bekommen.

Projektorientierte Beteiligung in Marlow

In Marlow ist Jugendbeteiligung nach dem derzeitigen Material weniger über ein eigenständiges kommunales Jugendgremium institutionalisiert. Eine wichtige Funktion übernehmen stattdessen die Grundschule, Schulsozialarbeit und projektbezogene Kooperationen. Über die langjährige Zusammenarbeit mit der PfD konnten verschiedene Projekte für Kinder, Eltern und die gesamte Schule umgesetzt werden. Nach Einschätzung einer interviewten Person hat diese Kontinuität dazu geführt, dass die Schule inzwischen über umfangreiche Projekterfahrung verfügt und entsprechende Formate innerhalb des Kollegiums breit akzeptiert sind. Gerade für jüngere Kinder bietet dieser institutionelle Zugang einen Vorteil: Beteiligungsangebote müssen nicht zunächst eine schwer erreichbare Zielgruppe mobilisieren, sondern können in deren unmittelbaren Alltag eingebunden werden. Zugleich entsteht beim Übergang auf weiterführende Schulen eine Lücke, da viele Jugendliche anschließend außerhalb Marlows beschult werden und damit für lokale Beteiligungsstrukturen schwieriger erreichbar werden. Diese Übergangsphase sollte für zukünftige Angebote besonders berücksichtigt werden.

Demokratiezentrum und Vereinsstrukturen in Wittenhagen

Mit dem ab 2027 hinzukommenden Amt Miltzow erweitert sich die Beteiligungslandschaft um das Demokratiezentrum in Abtshagen. Zum Zentrum und seiner Funktion vgl. Abschnitt 6.1.

In einem Interview werden zudem eine ausgeprägte lokale Vereinskultur und eine regelmäßige Abstimmung zwischen Vertreter:innen unterschiedlicher Organisationen beschrieben. Nach dieser Darstellung kommen wiederkehrend rund 25 Personen zusammen, um Veranstaltungen und Aktivitäten abzustimmen.

Diese Form der Beteiligung ist weniger als klassisches Bürger:innenforum organisiert, schafft aber dennoch kontinuierliche Zugänge zur Gestaltung des Gemeinwesens. Sie verweist auf eine für ländliche Räume wichtige Form demokratischer Partizipation: Mitgestaltung findet häufig über Vereine, Feuerwehr, Schule, Kirche und lokale Projekte statt, nicht ausschließlich über institutionalisierte politische Beteiligungsgremien.

Das Jugendforum der Partnerschaft

Neben den kommunalen Formaten verfügt die Partnerschaft über ein eigenes Beteiligungsgremium. Das Jugendforum wird nach eigener Beschreibung von Jugendlichen eigenständig organisiert und geleitet und ist im Begleitausschuss personell und mit Stimmrecht vertreten. Über die Verteilung der Fördermittel entscheidet der Begleitausschuss; das Jugendforum wirkt daran mit eigener Stimme mit. Zusätzlich stellt die Partnerschaft jährlich Mittel für Veranstaltungen, Aktionen und Fortbildungen junger Menschen zu Demokratie- und Toleranzthemen bereit. Damit unterscheidet sich das Forum von allen übrigen Beteiligungsformaten im Fördergebiet: Es arbeitet gebietsweit statt ortsgebunden, und es verbindet Beteiligung mit einer Stimme in dem Gremium, das über die Fördermittel entscheidet.

Potenziale und Grenzen

Die bestehenden Beteiligungsangebote können zur Bearbeitung der identifizierten Problemlagen beitragen, weil sie Begegnung ermöglichen, konkrete Erfahrungen von Mitgestaltung schaffen und Menschen erreichen, die über klassische politische Veranstaltungen nur schwer angesprochen werden. Besonders in den Interviews wird deutlich, dass Beteiligung dort als tragfähig wahrgenommen wird, wo sie an konkrete Interessen und den unmittelbaren Lebensalltag anknüpft. Gleichzeitig bestehen deutliche Grenzen.

1. Die Angebote sind räumlich ungleich verteilt. Mit der Erweiterung der Partnerschaft kommen Teilräume zusammen, die sich hinsichtlich Verkehrsanbindung, vorhandener Infrastruktur und etablierter Beteiligungsformen deutlich unterscheiden. Ein einziges zentrales Beteiligungsformat dürfte deshalb insbesondere für Kinder und Jugendliche nur eingeschränkt geeignet sein.
2. Viele Angebote sind stark von einzelnen engagierten Personen abhängig. Gremien, Projekte und Netzwerke werden häufig von wenigen Schlüsselpersonen getragen. Personelle Wechsel oder der Rückzug einzelner Engagierter können daher unmittelbare Auswirkungen auf die Kontinuität bestehender Strukturen haben.
3. Beteiligungsangebote erreichen nicht automatisch diejenigen, die sich bislang wenig oder gar nicht beteiligen. Mehrere Interviews beschreiben eine Differenz zwischen einer

vergleichsweise aktiven Gruppe und Personen, die nur schwer für entsprechende Angebote gewonnen werden können. Die Herausforderung besteht daher darin, bestehende Formate so zu gestalten, dass neue Zielgruppen angesprochen werden, ohne die bereits Engagierten zusätzlich zu überlasten.

Die bisherigen Erfahrungen sprechen deshalb für eine Beteiligungslandschaft, die lokale Strukturen erhält und zugleich Verbindungen zwischen den einzelnen Teilräumen ermöglicht. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen erscheint eine vollständige Vereinheitlichung der Beteiligungsformen weder notwendig noch zweckmäßig. Entscheidend ist vielmehr, dass lokale Angebote sichtbar, erreichbar und untereinander anschlussfähig sind. Damit können die vorhandenen Beteiligungsformen einen wichtigen Beitrag dazu leisten, demokratische Selbstwirksamkeit im unmittelbaren Lebensumfeld erfahrbar zu machen.

7. Fazit und Handlungsempfehlungen

7.1 Gesamteinordnung

Die Situations- und Ressourcenanalyse zeigt für das Fördergebiet kein einheitliches Bild, sondern einen ländlich geprägten Raum mit unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, lokalen Problemlagen und zugleich beachtlichen zivilgesellschaftlichen Ressourcen. Das Amt Recknitz-Trebeltal und die Stadt Marlow sind durch geringe Bevölkerungsdichten, demografische Alterung und teilweise größere Entfernungen zu zentralen Versorgungs- und Bildungsangeboten geprägt. Mit der Erweiterung um das Amt Miltzow ab 2027 kommt ein Teilraum hinzu, der demografisch etwas jünger und verkehrlich deutlich besser angebunden ist. Das zukünftige Fördergebiet verbindet damit unterschiedliche kommunale und sozialräumliche Voraussetzungen, die auch für Beteiligung, Erreichbarkeit und die Ausgestaltung demokratischer Angebote relevant sind.

Für die Demokratieförderung ist dabei weniger eine einzelne Problemlage bestimmend als das Zusammenspiel mehrerer Entwicklungen. In den Interviews werden politische Unzufriedenheit, ein zunehmender Rückzug auf vereinfachende politische Deutungen und die Bedeutung sozialer Medien für die Meinungsbildung insbesondere jüngerer Menschen thematisiert. Gleichzeitig machen die Gespräche deutlich, dass diese Entwicklungen vor Ort keineswegs zu einem allgemeinen Rückzug aus dem Gemeinwesen führen. Vielmehr bestehen in mehreren Gemeinden aktive Vereine, ehrenamtliche Netzwerke, Schulen, Beteiligungsformate und engagierte kommunalpolitische Akteur:innen, die das gesellschaftliche Leben wesentlich tragen. Gerade diese Gleichzeitigkeit von demokratischer Skepsis auf der einen und ausgeprägtem lokalem Engagement auf der anderen Seite prägt das Untersuchungsgebiet. Die Interviews legen dabei nahe, dass demokratische Beteiligung vor allem dort anschlussfähig ist, wo sie konkret erfahrbar wird und sich auf das unmittelbare Lebensumfeld bezieht. So wird etwa betont, dass Demokratie vor Ort nicht über abstrakte Begriffe, sondern über ein funktionierendes Miteinander, nachvollziehbare Entscheidungen und Kommunikation auf Augenhöhe vermittelt werden müsse.

Diese lokale Perspektive steht zugleich vor einem regionalen demokratiepolitischen Problemdruck. Das Regionale Lagebild für den Landkreis Vorpommern-Rügen bewertet rechtsextreme Strukturen und Akteur:innen als das größte Gefährdungspotenzial für die demokratische und pluralistische Gesellschaft im Landkreis. Hervorgehoben werden insbesondere die zunehmende Normalisierung entsprechender Positionen, die Bedeutung digitaler Räume für Ansprache und Radikalisierung von Jugendlichen sowie eine erhöhte Sichtbarkeit des „III. Wegs“, unter anderem in Tribsees. Das Lagebild beschreibt zugleich Schulen, Vereine, kommunale Strukturen, Beratungsstellen und lokale Netzwerke als wesentliche demokratiestützende Ressourcen. Diese kreisweite Einordnung ist nicht mit einer flächendeckend identischen Situation in allen Gemeinden des Fördergebiets gleichzusetzen, sie bildet jedoch den regionalen Kontext, in dem die lokale PfD arbeitet.

Besondere Bedeutung kommt in der Analyse Kindern und Jugendlichen zu. Vorhanden sind bereits unterschiedliche Ansätze – von schulischen Projekten und Kinder- und Jugendgremien bis hin zu Beteiligungsformaten, in denen junge Menschen ihre Wünsche für ihren Sozialraum formulieren können. Gleichzeitig unterscheiden sich die Möglichkeiten erheblich zwischen den Orten. In einzelnen Gemeinden bestehen etablierte Zugänge, während andernorts beispielsweise personell

besetzte Jugendangebote oder dauerhafte Beteiligungsstrukturen fehlen. Hinzu kommt im weitläufigen Fördergebiet die Frage der Erreichbarkeit: Aus den Interviews wird deutlich, dass insbesondere für Jugendliche fehlende eigenständige Mobilität die Teilnahme an zentral organisierten Angeboten begrenzen kann. Zugleich verweisen die Gespräche auf die wachsende Bedeutung digitaler Informationsräume für politische Sozialisation und Meinungsbildung.

Eine wesentliche Stärke des Fördergebiets liegt in seiner bestehenden Akteurslandschaft. Viele Angebote entstehen aus Vereinen, Schulen, sozialen Trägern, kommunalpolitischem Engagement und informellen Kooperationen heraus. Beispiele wie das Ehrenamtsnetzwerk und die Mitmachgalerie in Bad Sülze, langjährige Projektarbeit an Schulen oder das Demokratiezentrum in Wittenhagen verdeutlichen, dass nicht bei null begonnen werden muss. Gleichzeitig zeigt die Analyse eine gewisse Verletzlichkeit dieser Strukturen. Engagement konzentriert sich teilweise auf einen relativ kleinen Kreis besonders aktiver Personen; hinzu kommen begrenzte zeitliche und finanzielle Kapazitäten. In den Interviews wird zudem deutlich, dass Projekte und Fördermöglichkeiten vor Ort zwar genutzt und positiv bewertet werden, ihre Wirkung aber gegenüber kommunalpolitischen Entscheidungsträger:innen nicht durchgängig sichtbar ist.

Damit liegt die zentrale Herausforderung für die weitere Arbeit der Partnerschaft weniger darin, völlig neue Strukturen aufzubauen, als vorhandene Ressourcen besser miteinander zu verbinden und auf die unterschiedlichen Bedingungen der einzelnen Teilräume auszurichten. Mit der Erweiterung des Fördergebiets ab 2027 wächst zugleich das Potenzial, Erfahrungen und vorhandene Strukturen zwischen den Gemeinden stärker miteinander zu verknüpfen. Entscheidend ist dabei, Demokratieförderung nicht als von den alltäglichen Anliegen der Bevölkerung getrenntes Themenfeld zu betrachten. Die Ergebnisse der Analyse zeigen vielmehr, dass demokratische Teilhabe vor Ort besonders dort entsteht, wo Menschen konkrete Gestaltungsmöglichkeiten erfahren, Begegnung stattfindet und kommunale Entscheidungen nachvollziehbar werden. Auf dieser Grundlage werden im folgenden Kapitel die zentralen Befunde gebündelt und daraus konkrete Empfehlungen für die weitere Ausrichtung der Partnerschaft abgeleitet.

7.2 Strategische Kernbefunde und Handlungsempfehlungen

Die Partnerschaft für Demokratie besteht seit 2016.[83] Allein in der Förderperiode 2020 bis 2024 wurden über die jährlichen Projektaufrufe Projektmittel von zusammen 349.000 Euro für das Fördergebiet ausgeschrieben: 71.000 Euro im Jahr 2020, je 57.000 Euro 2021 und 2022 sowie je 82.000 Euro 2023 und 2024.[84] Hinzu kommt die Finanzierung der Koordinierungs- und Fachstelle, über die Beratung, Antragsbegleitung und Vernetzung vor Ort abgesichert werden. Es handelt sich dabei um Mittel des Bundesprogramms „Demokratie leben!", die den beteiligten Kommunen nicht aus dem eigenen Haushalt entstehen, sondern zusätzlich in die Region fließen. Der kommunale Beitrag

[83] PfD Recknitz-Trebeltal-Gemeinden, Die Partnerschaft für Demokratie, https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/partnerschaft-fuer-demokratie/ [Zuletzt abgerufen am 15.09.2026].

[84] PfD Recknitz-Trebeltal-Gemeinden, Projektaufrufe 2020 bis 2024: 1. Projektaufruf 2020 (71.000 €), https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/aktuelles/meldungen/200204.php; 1. Projektaufruf 2021 (57.000 €), .../201217.php; 1. Projektaufruf 2022 (57.000 €), .../211214.php; 1. Projektaufruf 2023 (82.000 €), .../221212.php; 1. Projektaufruf 2024 (82.000 €), .../240112.php [Zuletzt abgerufen am 15.09.2026]. Die Gesamtsumme von 349.000 € ist eine eigene Summierung der fünf Aufrufe. Angegeben ist jeweils die ausgeschriebene Projektfördersumme, nicht die tatsächlich bewilligte.

beschränkt sich auf einen vergleichsweise kleinen Eigenanteil sowie auf die Bereitstellung des federführenden Amtes. Für die Projektträger selbst, überwiegend kleine Vereine und Einrichtungen, ist die Erbringung von Eigen- oder Drittmitteln ausdrücklich keine Pflicht.[85] Ermöglicht wurden unter anderem der VielfaltCheck 2020 und der ZukunftsCheck 2022, über die Vereine, Initiativen und Kirchengemeinden aus Marlow und dem Amt Recknitz-Trebeltal je bis zu 500 beziehungsweise 550 Euro für die eigene Arbeit erhielten, sowie der Digitale Vorlesetag 2021, bei dem Vorleserinnen und Vorleser an Orten in Bad Sülze, Marlow, Kölzow und Ehmkendorf gemeinsam ein Buch lasen. Aus dem VielfaltCheck ging zudem ein Vereinsverzeichnis des Fördergebiets hervor.[86] Getragen wurden die geförderten Projekte von Vereinen, Schulen, Kirchgemeinden und kommunalen Einrichtungen. Die Analyse zeigt, dass die Arbeit der Partnerschaft vor Ort genutzt und positiv bewertet wird, die Sichtbarkeit ihrer Arbeit aber noch gestärkt werden muss. Genau diese Lücke zwischen tatsächlicher Wirkung und dokumentierter Sichtbarkeit ist der Ausgangspunkt der folgenden Empfehlungen.

1. Sichtbarkeit und politische Verankerung der Partnerschaft stärken

BEFUND

Die Partnerschaft für Demokratie verfügt im Fördergebiet über langjährige Projekterfahrungen und hat zahlreiche zivilgesellschaftliche und schulische Angebote ermöglicht. Gleichzeitig zeigen die Interviews, dass Umfang und Wirkung dieser Förderung bislang ohne festes Verfahren in die kommunalpolitischen Gremien zurückgespiegelt werden. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund relevant, dass die zukünftige Partnerschaft mehrere kommunalpolitisch und räumlich unterschiedliche Teilgebiete zusammenführt und die Koordinierung ab 2027 neu aufgestellt wird. Die Analyse deutet daher weniger auf eine grundsätzliche Ablehnung der Partnerschaft als auf einen Bedarf nach stärkerer Transparenz und regelmäßiger Kommunikation ihrer konkreten Arbeit hin.

EMPFEHLUNGEN

- Regelmäßig über geförderte Projekte und Ergebnisse berichten. Die Arbeit der Partnerschaft sollte mindestens einmal jährlich, nach Möglichkeit halbjährlich, in den relevanten politischen Gremien der beteiligten Ämter und Kommunen vorgestellt werden. Dabei sollten weniger Programmlogiken als konkrete lokale Projekte, erreichte Zielgruppen und sichtbare Ergebnisse im Mittelpunkt stehen. Ein entsprechender Vorschlag wird auch in einem Interview ausdrücklich formuliert.
- Die Neuaufstellung ab 2027 kommunikativ begleiten. Mit der Erweiterung um das Amt Miltzow und der zukünftigen Koordination über das Demokratiezentrum in Abtshagen sollten

[85] PfD Recknitz-Trebeltal-Gemeinden, 1. Projektaufruf 2024: „Die Erbringung von Eigen- oder Drittmitteln in den Projekten ist keine Pflicht“, wird bei größeren Antragssummen aber empfohlen. https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/aktuelles/meldungen/240112.php [Zuletzt abgerufen am 15.09.2026].

[86] PfD Recknitz-Trebeltal-Gemeinden, Projekt VielfaltCheck 2020, https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/vielfaltcheck-2020/; Projekt ZukunftsCheck 2022, https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/zukunftscheck-2022/; Digitaler Vorlesetag 2021, https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/Vorlesetag-2021/ [Zuletzt abgerufen am 15.09.2026].
PfD Recknitz-Trebeltal-Gemeinden, Vereinsverzeichnis, https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/vereinsverzeichnis/ [Zuletzt abgerufen am 15.09.2026]. Die Zahl der Einträge ist eine eigene Auszählung.

Zuständigkeiten, Ansprechpartner:innen und Fördermöglichkeiten für Kommunen, Vereine und Einrichtungen frühzeitig und übersichtlich kommuniziert werden.

- Lokale Entscheidungsträger:innen stärker als Multiplikator:innen einbinden. Bürgermeister:innen und Gemeindevertretungen besitzen insbesondere im ländlichen Raum eine wichtige Vermittlungsfunktion. Sie sollten regelmäßig über laufende Möglichkeiten der PfD informiert und bei der Bekanntmachung von Angeboten einbezogen werden.

ZUSTÄNDIG / MITWIRKEND

Vorrangig: federführendes Amt und Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft.

Mitwirkend: Bürgermeister:innen, Amts- und Gemeindevertretungen sowie Projektträger:innen.

2. Kinder- und Jugendbeteiligung dezentral und verbindlich weiterentwickeln

BEFUND

Im Fördergebiet bestehen bereits unterschiedliche Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung. Dazu zählen unter anderem das Kinder- und Jugendgremium in Bad Sülze, der Kids-Konvent, schulbezogene Projekte in Marlow sowie Jugendsozialarbeit und weitere lokale Jugendangebote. Gleichzeitig sind diese Strukturen unterschiedlich stark institutionalisiert und durch die Größe des Fördergebietes sowie die Mobilitätsbedingungen räumlich voneinander getrennt. In Tribsees wird zusätzlich deutlich, dass vorhandene Infrastruktur ohne ausreichende personelle Besetzung nur eingeschränkt nutzbar ist: Die vorgesehene Stelle für den Jugendclub war zum Zeitpunkt des Interviews seit rund anderthalb Jahren unbesetzt.

Darüber hinaus existiert das Jugendforum der Partnerschaft selbst. Es ist als eigenständiges, von Jugendlichen geleitetes Gremium mit Stimmrecht im Begleitausschuss und Bestandteil der Programmstruktur, derzeit aber nicht durchgängig arbeitsfähig. Sein Aufbau ist damit keine zusätzliche Maßnahme, sondern die Wiederherstellung einer vorgesehenen Struktur. Besonderes Gewicht bekommt das dadurch, dass der Verfassungsschutzbericht für Mecklenburg-Vorpommern eine gezielte, niedrigschwellige Ansprache gerade der 14- bis 17-Jährigen beschreibt (vgl. Kapitel 3.6). In genau dieser Altersgruppe verfügt das Fördergebiet gegenwärtig weder über ein arbeitsfähiges eigenes Gremium noch, im Fall Tribsees, über eine besetzte Anlaufstelle.

Die Interviews zeigen zugleich, dass geringe Beteiligung nicht pauschal als fehlendes Interesse junger Menschen interpretiert werden sollte. Beteiligung gelingt insbesondere dann, wenn sie an konkrete Anliegen anknüpft, Jugendliche direkt angesprochen werden und nachvollziehbar ist, was mit ihren Vorschlägen geschieht.

EMPFEHLUNGEN

- Das Jugendforum wiederaufbauen und zwar dezentral. Statt ein zentrales Gremium für das gesamte Fördergebiet anzustreben, kann das Forum in den Kernorten je eine feste Anlaufstelle mit einer erwachsenen Begleitperson erhalten und ein- bis zweimal jährlich gemeinsam tagen.

- Lokale Beteiligungsstrukturen erhalten und miteinander verbinden. Aufgrund der unterschiedlichen Mobilitätsbedingungen sollte nicht ausschließlich auf ein zentrales Beteiligungsformat für das gesamte Fördergebiet gesetzt werden. Bestehende lokale Formate sollten weitergeführt und durch gemeinsame, wechselnde Austauschformate ergänzt werden.
- Jugendlichen verbindliche Rückmeldungen geben. Bei Beteiligungsprozessen sollte von Beginn an transparent sein, welche Entscheidungen beeinflusst werden können. Vorschläge aus Formaten wie dem Kids-Konvent sollten anschließend sichtbar in kommunale Gremien zurückgespiegelt und die Ergebnisse wiederum an die Jugendlichen kommuniziert werden.
- Aufsuchende Jugendbeteiligung weiter nutzen. Die sozialraumorientierte Schulsozialarbeit in Tribsees bietet bereits einen Ansatz, junge Menschen außerhalb klassischer Gremien zu erreichen. Dieses Prinzip kann auch für andere Teilräume genutzt werden, beispielsweise durch wechselnde Treffpunkte, projektbezogene Beteiligung oder Angebote an bestehenden Jugend- und Begegnungsorten.
- Kontinuierliche personelle Begleitung absichern. Wo Beteiligungsangebote an fehlenden Fachkräften scheitern, sollte die Besetzung und langfristige Sicherung entsprechender Stellen eine hohe Priorität erhalten.

ZUSTÄNDIG / MITWIRKEND

Vorrangig: für das Jugendforum die Koordinierungs- und Fachstelle gemeinsam mit dem Begleitausschuss; für die übrigen Punkte Kommunen, Jugendhilfe sowie Träger der Jugend- und Schulsozialarbeit.

Mitwirkend: Koordinierungs- und Fachstelle, Schulen, Vereine, Jugendfeuerwehren sowie Kinder und Jugendliche selbst.

3. Ehrenamtliche Strukturen entlasten und Zugänge zu Förderung erleichtern

BEFUND

Das ehrenamtliche Engagement bildet eine der wichtigsten Ressourcen des Fördergebietes. Gleichzeitig wird in den Interviews deutlich, dass sich Verantwortung häufig auf einen begrenzten Personenkreis konzentriert. Gerade kleine Vereine verfügen zudem nicht immer über die fachlichen oder administrativen Kapazitäten, um Förderanträge zu stellen, Projekte abzurechnen oder umfangreiche Vorgaben umzusetzen. Eine interviewte Person hebt hervor, dass diese Hürden auch dann bestehen können, wenn grundsätzlich Beratung angeboten wird.

Zusätzlich wird die zeitliche Planung von Förderungen als relevant beschrieben. Wenn Projektentscheidungen erst spät im Jahr erfolgen, können geeignete Honorarkräfte bereits anderweitig gebunden sein und die tatsächliche Projektlaufzeit verkürzt sich. Damit betrifft der Unterstützungsbedarf nicht nur die Höhe verfügbarer Mittel, sondern ebenso deren praktische Zugänglichkeit.

EMPFEHLUNGEN

- Antrags- und Abrechnungsberatung praxisnah fortführen. Kleine Vereine und Initiativen sollten möglichst von der ersten Projektidee bis zur Abrechnung begleitet werden können. Dazu gehören auch Hilfen bei der Übersetzung einer Projektidee in Förderziele und Antragsanforderungen.
- Förderverfahren möglichst frühzeitig starten. Förderaufrufe und Entscheidungen sollten, soweit dies innerhalb der Programmvorgaben möglich ist, so früh im Jahr erfolgen, dass Projekte über einen ausreichend langen Umsetzungszeitraum verfügen.
- Neue Projektträger gezielt ansprechen. Die Förderung sollte nicht dauerhaft nur von bereits projekterfahrenen Einrichtungen genutzt werden. Bestehende Netzwerke können genutzt werden, um kleinere Vereine und bislang weniger aktive Initiativen gezielt über Fördermöglichkeiten zu informieren und bei ersten Anträgen zu begleiten.
- Ehrenamtliche Schlüsselpersonen entlasten. Bei der Planung von Projekten sollte berücksichtigt werden, dass zusätzliche Aktivitäten häufig von Personen getragen werden, die bereits mehrere Funktionen übernehmen. Kooperationen und Aufgabenverteilung zwischen Vereinen können dazu beitragen, Verantwortung auf mehr Personen zu verteilen.

ZUSTÄNDIG / MITWIRKEND

Vorrangig: Koordinierungs- und Fachstelle sowie federführendes Amt.

Mitwirkend: Kommunen, Vereine, Ehrenamtsnetzwerke und weitere lokale Projektträger:innen.

4. Demokratiebildung stärker an Alltag, Begegnung und Mediennutzung anknüpfen

BEFUND

Die Analyse zeigt eine zunehmende politische Polarisierung und eine wachsende Distanz zu etablierten politischen Strukturen. Mehrere Interviewpartner:innen betonen zugleich, dass abstrakte politische Begriffe und klassische Veranstaltungsformate nicht alle Bevölkerungsgruppen erreichen. Als erfolgreicher werden Angebote beschrieben, die an konkrete Fragen des Zusammenlebens, der eigenen Gemeinde oder an unmittelbar wahrnehmbare Anliegen anknüpfen.

Besonders für Jugendliche wird die zunehmende Bedeutung sozialer Medien für die politische Meinungsbildung thematisiert. Diese Einschätzung wird durch das Regionale Lagebild für den Landkreis Vorpommern-Rügen ergänzt, das digitale Räume als wichtigen Ort rechtsextremer Ansprache, Vernetzung und Rekrutierung insbesondere von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen beschreibt.

EMPFEHLUNGEN

- Demokratiebildung an bestehenden Begegnungsorten verankern. Schulen, Vereine, Feuerwehren, Kirchen, die Mitmachgalerie und das Demokratiezentrum in Abtshagen bieten bereits Zugänge zu unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Demokratiefördernde

Angebote sollten stärker an solchen vertrauten Orten und an konkreten lokalen Themen anknüpfen.

- Medienbildung mit persönlicher Ansprache verbinden. Angebote zur Medienkompetenz sollten insbesondere junge Menschen dabei unterstützen, politische Inhalte, Desinformation und extremistische Ansprache in sozialen Medien einzuordnen. Dabei sollte Medienbildung möglichst mit Austauschformaten und vertrauten Ansprechpersonen verbunden werden.
- Niedrigschwellige Dialogformate weiterentwickeln. Formate wie die Klappstuhlkonferenz zeigen, dass Beteiligung auch außerhalb klassischer politischer Veranstaltungen möglich ist. Vergleichbare Ansätze können genutzt werden, um Menschen anzusprechen, die sich von ausdrücklich politischen oder abstrakten Demokratieformaten bislang wenig angesprochen fühlen.

ZUSTÄNDIG / MITWIRKEND

Vorrangig: Koordinierungs- und Fachstelle, Schulen und Träger politischer Bildung.

Mitwirkend: Schulsozialarbeit, Vereine, Jugendhilfe, Kommunen sowie spezialisierte Beratungsstellen.

5. Erfahrungen zwischen den Teilräumen stärker austauschen und externe Fachstrukturen gezielt nutzen

BEFUND

Mit der Erweiterung der Partnerschaft kommen unterschiedliche zivilgesellschaftliche Erfahrungen und Strukturen zusammen. Bad Sülze verfügt unter anderem über etablierte Beteiligungs- und Ehrenamtsstrukturen, Marlow über langjährige Erfahrungen mit schulbezogenen Projekten, Tribsees über sozialpädagogische und projektbezogene Ansätze und Wittenhagen über eine eng vernetzte Vereinslandschaft sowie das Demokratiezentrum in Abtshagen. Diese Unterschiede stellen nicht nur eine organisatorische Herausforderung dar, sondern bieten zugleich die Möglichkeit, erfolgreiche Erfahrungen stärker zwischen den Teilräumen auszutauschen.

Darüber hinaus bestehen auf Ebene des Landkreises und des Landes bereits spezialisierte Beratungs- und Präventionsstrukturen. Das Regionale Lagebild verweist unter anderem auf den Kommunalen Präventionsrat, das Regionalzentrum für demokratische Kultur sowie weitere Beratungsnetzwerke und Fachstellen. Für die Partnerschaft besteht daher nicht die Notwendigkeit, sämtliche Fachkompetenzen selbst vorzuhalten. Entscheidend ist vielmehr, diese Angebote für lokale Akteur:innen zugänglich zu machen und klare Kooperationswege zu schaffen.

EMPFEHLUNGEN

- Regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen den Teilgebieten etablieren. Vertreter:innen aus Vereinen, Schulen, Jugend- und Sozialarbeit sowie Kommunalpolitik sollten in wiederkehrenden Abständen erfolgreiche Formate, aktuelle Bedarfe und Projektideen

austauschen. Dabei sollte nicht die Übertragung identischer Formate, sondern die Übertragbarkeit zugrunde liegender Prinzipien im Mittelpunkt stehen.

- Das Demokratiezentrum in Abtshagen als einen möglichen Vernetzungsort nutzen. Mit dem Zentrum besteht ab 2027 eine Infrastruktur, die für gemeinsame Treffen, Qualifizierungen und teilraumübergreifenden Austausch genutzt werden kann. Gleichzeitig sollten Veranstaltungen weiterhin auch dezentral in den anderen Teilräumen stattfinden.
- Verweiswege zu Fachberatungsstellen festlegen. Für Fälle von Rechtsextremismus, Diskriminierung, Bedrohung oder komplexen Konflikten sollten lokale Akteur:innen wissen, welche Fachstelle zuständig ist und wie diese kurzfristig erreicht werden kann. Die Aufgabe der PfD liegt dabei insbesondere in der Vermittlung und Vernetzung.

ZUSTÄNDIG / MITWIRKEND

Vorrangig: Koordinierungs- und Fachstelle und federführendes Amt.

Mitwirkend: beteiligte Kommunen und lokale Netzwerkpartner:innen sowie auf überregionaler Ebene insbesondere das Regionalzentrum für demokratische Kultur und weitere zuständige Beratungsstellen.

Zur Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen sind sowohl zusätzliche personelle als auch finanzielle Ressourcen notwendig, die langfristig verfügbar und strukturell verankert sein müssen. Dies gilt im Fördergebiet in besonderem Maße für dauerhaft besetzte Stellen in der Jugend- und Schulsozialarbeit sowie für die Koordinierungs- und Fachstelle, die ab 2027 ein deutlich größeres und heterogeneres Gebiet zu betreuen hat. Daher ist es unerlässlich, die vorhandenen Fördermöglichkeiten auf kommunaler Ebene, im Land Mecklenburg-Vorpommern sowie auf Bundesebene nicht nur zu verstetigen, sondern bedarfsgerecht auszubauen, um den wachsenden demokratiefeindlichen Herausforderungen effektiv zu begegnen.

Für die strategische Weiterentwicklung der Partnerschaft für Demokratie Recknitz-Trebeltal-Gemeinden stellt der **Europäische Sozialfonds Plus (ESF+)** eine weitere potenzielle Finanzierungsoption dar. Zwar setzt das Land die ESF+-Mittel schwerpunktmäßig für Fachkräftesicherung, Strukturwandel und ausgewählte Mikroprojekte ein, dennoch eröffnet der Fonds in den Handlungsfeldern Bildung und soziale Inklusion theoretische Spielräume für eine längerfristige Strukturförderung. Perspektivisch ließe sich erörtern, inwiefern ESF+-Mittel zur Kofinanzierung hauptamtlicher Koordinierungs- und Beratungsstrukturen herangezogen werden können, um die typische Kurzatmigkeit reiner Projektförderung und die Überlastung ehrenamtlicher Träger abzufedern. Denkbare Einsatzfelder wären etwa die personelle Absicherung vorhandener Jugendangebote, wie sie das Beispiel der über anderthalb Jahre unbesetzten Stelle im Jugendclub Tribsees verdeutlicht, aufsuchende und mobile Formate der Jugend- und Schulsozialarbeit, die der eingeschränkten eigenständigen Mobilität junger Menschen im weitläufigen Fördergebiet Rechnung tragen, sowie Vorhaben der Medienbildung und digitalen Resilienzarbeit. Gleichzeitig ist hier realistisch einzuordnen, dass die ESF+-Förderungen einem hohen wettbewerblichen Druck unterliegen und mit erheblichen administrativen Nachweispflichten sowie Vorfinanzierungsrisiken verbunden sind. Gerade die in der Analyse beschriebenen begrenzten administrativen Kapazitäten kleiner Vereine

sprechen dafür, diese Mittel primär im Verbund mit erfahrenen Trägern oder über koordinierte Anträge auf Amts- bzw. Landkreisebene zu erschließen, um den Verwaltungsaufwand für lokale Initiativen vor Ort leistbar zu halten.

Zur Schaffung einer nachhaltigen und verlässlichen Grundlage für das demokratische Engagement, gerade auch im ländlichen Raum des Landkreises Vorpommern-Rügen, ist eine gesetzliche Verstetigung der Demokratieförderung dringend angeraten, wie sie beispielsweise in Form eines Demokratiefördergesetzes auf Bundesebene[87] sowie durch entsprechende landespolitische Rahmensetzungen in Mecklenburg-Vorpommern bereits gefordert wird.

[87] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Gesetz zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz). https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/ministerium/gesetze/gesetz-zur-staerkung-von-massnahmen-zur-demokratie-foerderung-vielfaltgestaltung-extremismuspraevention-und-politischen-bildung-demokratiefoerdergesetz--207726 [Zuletzt abgerufen am 02.09.2026].

8. Literaturverzeichnis

Agentur für Arbeit Stralsund (2026). *Jahresrückblick 2025: Arbeitsmarkt in Vorpommern-Rügen erstaunlich robust*. Bundesagentur für Arbeit. Abgerufen am 10. August 2026, von https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/stralsund/presse/2026-2-jahresruckblick-2025-arbeitsmarkt-in-vorpommern-rugen-erstaunlich-robust

Amt Miltzow (o. D.-a). *Amt Miltzow*. Abgerufen am 10. August 2026, von https://www.amt-miltzow.de/

Amt Miltzow (o. D.-b). *Tourismus*. Abgerufen am 10. August 2026, von https://www.amt-miltzow.de/seite/279828/tourismus.html

Amt Miltzow (2026). *Vereinsverzeichnis und Aktuelles*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.amt-miltzow.de/verzeichnis/index.php?mandatstyp=2

Amt Recknitz-Trebeltal (o. D.-a). *Fahrplan ÖPNV*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.recknitz-trebeltal.de/seite/212583/fahrplan-opnv.html

Amt Recknitz-Trebeltal (o. D.-b). *Jugendsozialarbeit*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.recknitz-trebeltal.de/seite/599608/jugendsozialarbeit.html

Amt Recknitz-Trebeltal (o. D.-c). *Kanutour*. Abgerufen am 7. August 2026, von https://www.recknitz-trebeltal.de/seite/844821/kanutour.html

Amt Recknitz-Trebeltal (2020). *Mitarbeiter/in im Jugendklub Tribsees*. Stellenausschreibung vom 11. Juni 2020. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.recknitz-trebeltal.de/news/1/579106

Antidiskriminierungsverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. (o. D.). *Beratung*. Abgerufen am 14. August 2026, von https://antidiskriminierung-mv.de/beratung/

Aus dem Weg (o. D.). *Der Stützpunkt Nord/Ost*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.ausdemweg.net/der-stuetzpunkt-nord-ost/

Bertelsmann Stiftung (2025). Datenaktualisierung im Wegweiser Kommune: Regionale Unterschiede bei der Altersarmut. Abgerufen am 15. September 2026, von https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/daten-fuer-die-gesellschaft/projektnachrichten/datenaktualisierung-im-wegweiser-kommune

Bertelsmann Stiftung (o. D.). *Sozialbericht Vorpommern-Rügen, LK*. Wegweiser Kommune. Abgerufen am 10. August 2026, von https://www.wegweiser-kommune.de/berichte/sozialbericht+vorpommern-ruegen-lk

Bundesagentur für Arbeit (2026). *Arbeitsmarkt im Überblick, Berichtsmonat Juli 2026: Vorpommern-Rügen*. Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Abgerufen am 14. August 2026, von

https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Kreise/Mecklenburg-Vorpommern/13073-Vorpommern-Ruegen.html

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (o. D.). *Gesetz zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz)*. Abgerufen am 2. Juni 2026, von https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/ministerium/gesetze/gesetz-zur-staerkung-von-massnahmen-zur-demokratiefoerderung-vielfaltgestaltung-extremismuspraevention-und-politischen-bildung-demokratiefoerdergesetz--207726

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (o. D.-a). *Fermentiert statt abserviert in Vorpommern-Rügen: Das Zentrum für Gemüsefermentation im Trebeltal*. Abgerufen am 14. August 2026, von https://www.bmleh.de/SharedDocs/Praxisbericht/DE/laendliche-Regionen/vorp-ruegen-zentrum-gemuesefermentation-las.html

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (o. D.-b). *Land(auf)Schwung: Förderregion Vorpommern-Rügen*. Abgerufen am 10. August 2026, von https://www.bmleh.de/DE/themen/laendliche-regionen/wirtschaft/las-portrait-vorpommern-ruegen.html

Bundeswehr (o. D.). *Flugabwehrraketengruppe 24*. Abgerufen am 10. August 2026, von https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/organisation-/luftwaffentruppenkommando/flugabwehrraketengeschwader-1/flugabwehrraketengruppe-24

CSD Rostock e. V. (o. D.). *CSD Rostock e. V.* Abgerufen am 14. August 2026, von https://www.csd-hro.de/

DIA.MV (2026). *Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Mecklenburg-Vorpommern 2025*. Rostock. https://report-antisemitism.de/documents/DIA-Jahresbericht-2025.pdf

fahrplan-bus-bahn.de (o. D.). *Fahrplan- und Verbindungsauskunft*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.fahrplan-bus-bahn.de/

Gemeinde Wittenhagen (o. D.). *Demokratiezentrum*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.gemeinde-wittenhagen.de/verzeichnis/mandat.php?mandat=271642&kategorie=4956

Gemeinschaft der Flugabwehr- und Flugabwehrraketentruppe e. V. (o. D.). *FlaRakG 1: Flugabwehrraketengruppe 24*. Abgerufen am 14. August 2026, von https://www.gff-ev.de/flarakg-1/

IHK zu Rostock (2025). *Der konjunkturelle Ruck lässt im Bezirk der IHK zu Rostock auf sich warten (Herbstumfrage 2025)*. Abgerufen am 10. August 2026, von https://www.ihk.de/rostock/servicemarken/presse/medieninformationen/der-konjunkturelle-ruck-laesst-auf-sich-warten-6787646

Infratest dimap (2026a). *LänderTREND Mecklenburg-Vorpommern, Januar 2026*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2026/januar/

Infratest dimap (2026b). *LänderTREND Mecklenburg-Vorpommern, Juli 2026*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2026/juli/

Klein.Stadt.Erwachen (o. D.-a). *Die Klappstuhlkonferenz*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.kleinstadterwachen.de/bad-suelze/initiativen/Die-Klappstuhlkonferenz.php

Klein.Stadt.Erwachen (o. D.-b). *Engagement-Netzwerk Bad Sülze*. Abgerufen am 21. August 2026, von https://www.kleinstadterwachen.de/bad-suelze/ehrenamt/Engagement-Netzwerk.php

Klein.Stadt.Erwachen (o. D.-c). *Kinder- und Jugendgremium*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.kleinstadterwachen.de/bad-suelze/ehrenamt/Kinder-und-Jugendgremium.php

Klug, P., Amsbeck, H., Loos, R., & Weber, J. (2024). *Bevölkerungsvorausberechnung 2040: Länderbericht Mecklenburg-Vorpommern*. Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/Bevoelkerungsvorausberechnung_2040/Laenderbericht-Mecklenburg-Vorpommern.pdf

Landesfachstelle Queere Jugendarbeit Hessen (o. D.). *Projekt Ländlicher Raum*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.queere-jugendarbeit.de/lr/

Landkreis Vorpommern-Rügen (o. D.-a). *Ämter und Gemeinden*. Abgerufen am 4. August 2026, von https://www.lk-vr.de/Kreisportrait/%C3%84mter-und-Gemeinden/

Landkreis Vorpommern-Rügen (o. D.-b). *Arbeitsbündnis Jugend und Beruf*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.lk-vr.de/Willkommen/%C3%9Cbergang-Schule-Beruf/Arbeitsb%C3%BCndnis-Jugend-und-Beruf/

Landkreis Vorpommern-Rügen (o. D.-c). *Verzeichnis Schulsozialarbeit und Berufsberatung (Tätigkeitsgebiete Amt Recknitz-Trebeltal)*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.lk-vr.de/media/custom/3034_4466_1.PDF sowie https://www.lk-vr.de/media/custom/2152_4087_1.PDF

Landkreis Vorpommern-Rügen (o. D.-d). *Wirtschaftsförderung: Gewerbegebiete*. Abgerufen am 14. August 2026, von https://www.lk-vr.de/Kreisverwaltung/Wirtschaftsf%C3%B6rderung/Gewerbegebiete/

Landkreis Vorpommern-Rügen & IGES Institut GmbH (2022). *Nahverkehrsplan Landkreis Vorpommern-Rügen*. Abgerufen am 4. August 2026, von https://www.lk-vr.de/media/custom/3034_3885_1.PDF?1661777103

LOBBI e. V. (2026). *Rechte Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern 2025: Hintergrundpapier zur Veröffentlichung der Jahresstatistik*. Rostock. https://lobbi-mv.de/wp-content/uploads/2026/04/2026-04-16_Rechte-Gewalt-in-MV-2025-Hintergrundpapier.pdf

LSVD Queer-Mecklenburg-Vorpommern e. V. (o. D.). *Koordinierungsstellen*. Abgerufen am 14. August 2026, von https://www.queer-mv.de/seite/651769/koordinierungsstellen.html

mente>factum & Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern (2020). *Mecklenburg-Vorpommern-Monitor 2020*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/MV-Monitor-2020/

Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (2019a). *Bevölkerungsprognose Mecklenburg-Vorpommern bis 2040: Landesprognose*. https://www.regierung-mv.de/static/Regierungsportal/Ministerium%20f%C3%BCr%20Energie,%20Infrastruktur%20und%20Digitalisierung/Dateien/Downloads/Bev%C3%B6lkerungsprognose-Landesprognose.pdf

Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (2019b). *Bevölkerungsprognose Mecklenburg-Vorpommern bis 2040: Regionalisierung für die Landkreise, kreisfreien Städte sowie die Mittelbereiche der Zentralen Orte*. https://www.regierung-mv.de/static/Regierungsportal/Ministerium%20f%C3%BCr%20Energie,%20Infrastruktur%20und%20Digitalisierung/Dateien/Downloads/Bev%C3%B6lkerungsprognose-Regionalisierung.pdf

Ministerium für Inneres und Bau Mecklenburg-Vorpommern (o. D.). *Politisch motivierte Kriminalität bleibt relevant: Fallzahlen auf Vorjahresniveau [Pressemitteilung]*. presseportal.de. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/108531/6259838

Nordkurier (o. D.). *AfD-Bundestagskandidat war in der rechtsextremen Szene*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.nordkurier.de/regional/mecklenburg-vorpommern/afd-bundestagskandidat-war-in-der-rechtsextremen-szene-1160963

Oben Rechts (2025). *Von TikTok auf die Straße*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://obenrechts.org/posts/2025-05-05-junge-neonazis-von-tik-tok-auf-die-strasse/

Partnerschaft für Demokratie Recknitz-Trebeltal-Gemeinden (o. D.). *Jugendforum*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/jugendforum/

Partnerschaft für Demokratie Recknitz-Trebeltal-Gemeinden (2020). 1. Projektaufruf 2020. Abgerufen am 15. September 2026, von https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/aktuelles/meldungen/200204.php

Partnerschaft für Demokratie Recknitz-Trebeltal-Gemeinden (2021). 1. Projektaufruf 2021. Abgerufen am 15. September 2026, von https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/aktuelles/meldungen/201217.php

Partnerschaft für Demokratie Recknitz-Trebeltal-Gemeinden (2022). 1. Projektaufruf 2022. Abgerufen am 15. September 2026, von https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/aktuelles/meldungen/211214.php

Partnerschaft für Demokratie Recknitz-Trebeltal-Gemeinden (2023). 1. Projektaufruf 2023. Abgerufen am 15. September 2026, von https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/aktuelles/meldungen/221212.php

Partnerschaft für Demokratie Recknitz-Trebeltal-Gemeinden (2024). 1. Projektaufruf 2024. Abgerufen am 15. September 2026, von https://www.pfd-recknitztal.de/pfd/aktuelles/meldungen/240112.php

portablo gGmbH (o. D.). *Projekte*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.portablo.de/wDeutsch/kompetenzen/projekte/

Queer Stralsund (o. D.). *Queer Stralsund*. Abgerufen am 14. August 2026, von https://www.queer-stralsund.de/

Queertreff Stralsund (o. D.). *Queertreff Stralsund*. Abgerufen am 14. August 2026, von https://queertreff-hst.de/#about

Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Rügen (2026). *Regionales Lagebild für den Landkreis Vorpommern-Rügen*. Stralsund.

rome2rio (o. D.). *Reise- und Verbindungsauskunft*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.rome2rio.com/

Stadt Bad Sülze (o. D.-a). *Das Amt Recknitz-Trebeltal: unsere Verwaltung*. Abgerufen am 4. August 2026, von https://bad-suelze.de/de/unsere-stadt/unter-uns/verwaltung/index.php

Stadt Bad Sülze (o. D.-b). *Kurort: Ältestes Sol- und Moorbad Norddeutschlands*. Abgerufen am 7. August 2026, von https://www.bad-suelze.de/de/aktiv-gastlich/kurort/

Stadt Marlow (o. D.-a). *Bauleitplanung (u. a. Vorhabenbezogener B-Plan Nr. 30 Sondergebiet „Solarpark Tressentin (Süd)"; Vorhabenbezogener B-Plan Nr. 14 „AGRI-PV-Anlage Jahnkendorf")*. Sitemap. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.stadtmarlow.de/sitemap/

Stadt Marlow (o. D.-b). *Gewerbegebiet am Funkturm im Ortsteil Marlow*. Abgerufen am 10. August 2026, von https://www.stadtmarlow.de/gewerbegebiete-stadt-marlow/

Stadt Marlow (2013). *Sitzung der Stadtvertretung 2013: Änderung des Patenschaftsvertrages der Stadt Marlow mit der Stabsstaffel der Flugabwehrraketengruppe 24 in Bad Sülze*. Abgerufen

am 11. August 2026, von https://www.stadtmarlow.de/plugin.php?menuid=50&template=pkalender/templates/pkalender_front.html&kal_id=25&monats_id=3&wy=2013&cal_view=&html2pdf_sumbit=1

Stadtplan-MV.de (o. D.-a). *Ortsporträt Bad Sülze*. Abgerufen am 10. August 2026, von https://stadtplan-mv.de/ort/bad-suelze/

Stadtplan-MV.de (o. D.-b). *Stadtplan von Marlow*. Abgerufen am 7. August 2026, von https://stadtplan-mv.de/landkreis-vorpommern-ruegen/stadtplan-marlow/

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (o. D.). *Gemeindeverzeichnis-Informationssystem (GV-ISys)*. Statistikportal. Abgerufen am 4. August 2026, von https://www.statistikportal.de/de/gemeindeverzeichnis

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2021). *Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern: Endgültiges Ergebnis (Kennziffer B721E 2021 01)*. Statistische Hefte. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Landtagswahlen/2021/

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2024a). *Europawahl in Mecklenburg-Vorpommern am 9. Juni 2024: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik (Kennziffer B751R 2024 01)*. Statistische Hefte. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Europawahlen/2024/

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2024b). *Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2024: Wahl der Kreistage der Landkreise und der Gemeindevertretungen der kreisfreien Städte, Endgültiges Ergebnis (Kennziffer B731E 2024 01)*. Statistische Hefte. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/MVHeft_derivate_00007926/B731E%202024%2001.pdf

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2024c). *Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2024, Kapitel 12: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*. Abgerufen am 10. August 2026, von https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/Statistisches%20Jahrbuch/2024_nach_Kapiteln/12%20Volkswirtschaftliche%20Gesamtrechnungen.pdf

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2025). *Wahl zum 21. Deutschen Bundestag in Mecklenburg-Vorpommern am 23. Februar 2025: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik (Kennziffer B711R 2025 01)*. Statistische Hefte. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Bundestagswahlen/2025/Ergebnisse/

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2026a). *Bevölkerung nach Alter und Geschlecht in Mecklenburg-Vorpommern, Teil 2: Gemeindeergebnisse 2025*. Abgerufen am 4. August 2026, von https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A133G/A133G%202025%2000.pdf

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2026b). *Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern 2025*. Abgerufen am 4. August 2026, von https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A123/2025/A123%202025%2021.pdf

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2026c). *Bevölkerungsstand der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern*. Abgerufen am 4. August 2026, von https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/A%20I%20Bev%C3%B6lkerungsstand/A113/A113%202025%2000.pdf

Statistisches Bundesamt (o. D.). *16. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung: Annahmen und Ergebnisse*. Abgerufen am 7. August 2026, von https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/annahmen_ergebnisse_16te_kBv.html

Tourismusverein Vogelparkregion Recknitztal e. V. (o. D.). *Tourismusverein Vogelparkregion Recknitztal e. V.* Abgerufen am 10. August 2026, von https://www.vogelparkregion-recknitztal.de/

Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern (2026). *Verfassungsschutzbericht 2025*. Schwerin. Abgerufen am 11. August 2026, von https://www.verfassungsschutz-mv.de/publikationen/?id=30360&processor=veroeff

Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (o. D.). *Rufbus MV (VVR-SURFER)*. Abgerufen am 11. August 2026, von https://vvr-bus.de/rufbus/